

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich: Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einget. in der Post-Verwaltung-Verzeichnis für 1896 unter Nr. 7277.

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfgeheftene Petitesse oder deren Raum 40 Pf., für Beilagen- und Belegungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abzugeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Erstverleger: Amt 1. Nr. 1508
Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Straße 2.

Mittwoch, den 3. Juni 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Straße 3.

Die deutsche Lehrerverammlung in Hamburg.

Die in der vergangenen Pfingstwoche in Hamburg stattgefundene, überaus zahlreich besuchte deutsche Lehrerverammlung stand unter dem Zeichen Pestalozzi's. Wenigstens sollte sie dies nach der Absicht der Veranstalter, und rein äußerlich hatte man es ja auch erreicht. Die grün umrahmte Wüste Pestalozzi's thronte hinter der Rednertribüne, die Eröffner der Versammlung wiesen theilweise in ihren Ansprachen auf Pestalozzi hin und der erste Hauptvortrag, den der Hamburger Schulrath Mahraun hielt, behandelte „Die Bedeutung Pestalozzi's für die Erziehungsaufgaben unserer Zeit.“

Weniger dagegen war vom Geiste Pestalozzi's in der Lehrerverammlung zu spüren. Wer in Pestalozzi einen jener starkgeistigen Revolutionäre sieht, die in der großen Weltentwende vor hundert Jahren in rücksichtsloser und kraftvoller Weise für die Emanzipation ihrer eigenen unterdrückten Klasse eintraten, dem fällt es schwer, den Verlauf der Lehrerverammlung, sowie die gefassten Beschlüsse als von Pestalozzi'schem Geiste durchtränkt anzusehen. Jene weise „Mäßigung“, jene Halbheit und Unentschiedenheit, jene Furcht, irgendwo unliebsam anzustoßen, Eigenschaften, die heute die deutschen Volksschullehrer für ihre größten Tugenden halten, sie passen herzlich schlecht zu der Kampfnatur eines Pestalozzi.

Und dabei wäre gerade die heutige Zeit für die deutschen Lehrer im allgemeinen, für die preussischen durch die rücksichtslose Ablehnung des Besoldungsgesetzes im besonderen eine energische Aufforderung, den alten „mäßigen“ Adam endlich einmal auszuweichen und sich dafür eine möglichst große Portion der ebenso berechtigten wie Besserung bringenden Unzufriedenheit zuzulegen.

Schulrath Mahraun schilderte in nicht übler Weise die Wirkungen der modernen Produktion auf die heutige Gesellschaft, besonders soweit dadurch die Erziehung in Mitleidenschaft gezogen wird. Dem vielfach sich breitmachenden Streben unserer Zeit, die Kinder einfach nach bestimmten Berufs- oder Standesinteressen zu erziehen, hielt er die Pestalozzi'sche Forderung der allseitigen harmonischen Ausbildung entgegen. Wenn er aber andererseits die heutige Parteizersplitterung beklagt und hierbei die heutige Arbeiterfrage auf dieselbe Stufe mit der Handwerker-, Antisemiten- und Agrarierfrage stellt, so befindet sich der Herr Schulrath damit in einem großen Irrthum. Die moderne Arbeiterbewegung ist denn doch wohl etwas mehr, wie eine einseitige und kleinliche nach augenblicklichen Vortheilen geizende Standesfrage; in ihren Endzielen umfaßt sie im Gegentheil die gesamte

Gesellschaft, die sie durch ihre eigene Entwicklung mit umgestalten und besseren Zuständen entgegenführen wird. Daher ist es denn auch ebenso falsch wie unnütz, der gewaltigen politischen und sozialen Bewegungen der heutigen Arbeiterschaft durch die Schule oder durch die Erziehung überhaupt Herr werden zu wollen. Gern unterschreiben wir die Forderung Mahraun's, daß der Lehrer nach Pestalozzi'schem Vorbilde es mit dem armen und unterdrückten Volke, zu dem ja der Lehrer durch seine berufliche wie materielle Stellung gehört, halten soll; ob er aber dann durch religiös-sittliche Bildung, wie Mahraun es weiter verlangt, hier viel ausrichten wird, ob er ferner durch Einwirkung auf Familie und Wohnung — zwei Begriffe, die die moderne großkapitalistische Produktion für die Arbeiter so ziemlich aufgehoben hat — etwas zur Linderung der Klagen entgegenzusetzen wird, das muß dann doch sehr stark bezweifelt werden.

Es giebt bereits einen Weg, den die Lehrer einschlagen müßten, wenn sie thätig an der Befreiung der Menschheit und damit an der gründlichen Umgestaltung der Bildungsziele mitwirken wollten. Sie sollten sich die Großthaten des bürgerlichen Liberalismus — von denen die letzte die Ablehnung des Besoldungsgesetzes durch die Oberbürgermeister im Herrenhause war — zur Lehre dienen lassen und mit einer kräftigen Wendung dessen alte, ausgegrenzte Geleise, in denen der vollgepackte Wagen der Volksbildung tagtäglich entgleist, verlassen; sie sollten nicht Männer aus ihren eigenen Reihen, die andere Vahnen einschlagen wollen wie u. a. der Egidy-Anhänger Langermann-Warmen, mittelbig und von oben herab belächelt, sie sollten das Wort eines Redners: „Wer erschöpft Geduld und Fähigkeit der deutschen Lehrer“ zu Schanden machen; sie sollten in klarer Erkenntniß der schul- und lehrerfeindlichen Grundlage der heutigen Gesellschaft, des kapitalistischen Wirtschaftssystems, zunächst auf Beseitigung dieser Grundlage Hand in Hand mit der klassenbewußten Arbeiterschaft hinwirken.

Daß die Volksschullehrer jedoch hiervon noch weit entfernt sind, zeigt ein Blick auf die weiteren Verhandlungen. Im Vordergrund des Interesses stand die Frage, welche Stoffe dem Lehrplane der Volksschule neu einzufügen, resp. welche aus demselben zu entfernen seien. Der Referent, Lehrer J. Lews, Berlin, betonte, daß er selbstverständlich nur die prinzipiellen Gesichtspunkte erörtern könne und andere Redner pflichteten ihm hierin bei. Gut! Dann aber will es uns gar nicht recht einleuchten, weshalb man das Thema, das anfänglich lautete: „Umgestaltung der Bildungsziele der Volksschule nach den

Bedürfnissen der Gegenwart“ und das in dieser Fassung der prinzipiellen Erörterung weit größeren Spielraum bot, auf die endgiltige Fassung verengt hat. Was nützt die Stellungnahme zu den Einzelheiten, zu den untergeordneten Gegenständen, zum Lehrplan, wenn nicht vorher die größeren, prinzipiellen Gesichtspunkte festgelegt sind! Allerdings dürften hierbei die Meinungen sehr auseinandergehen, allerdings dürften die Geister kräftig aufeinanderprallen; doch das wäre nur von Vortheil. In einer Zeit wie der heutigen, in der in fast noch größerem Umfange wie vor 100 Jahren alles Bestehende wackelt und auf seine Lebensfähigkeit hin kritisch geprüft wird, ist es gerade an der Zeit, die Wege der Zukunft anzukundschaften und nach bestimmten Grundrissen abzustechen.

Lews selbst hat in einem früheren Aufsatz einmal die Volksschule mit einem Haus verglichen, in das notwendigerweise Fuhren neuen Mobiliars (nämlich neue Unterrichtsgegenstände) hineingetragen werden müßten. Man darf nun aber nicht übersehen, daß dies Haus der Volksschule schon ein sehr altes, wackeliger und baufälliger Kasten ist, der es wahrlich verdient, abgerissen und durch ein neues und schönes Gebäude ersetzt zu werden. Weit davon entfernt, dies anzustreben, brüten die Volksschullehrer anhaltend darüber nach, wie sie in die mit Spinnweben überzogenen, muffigen Räume des alten Hauses neues, theils gutes, theils unnützes Mobiliar hineinzwängen können, ohne dabei zu bedenken, daß einmal schließlich kein Mensch sich mehr bewegen kann, daß ferner die mannigfachen Holz- und Bohrwürmer, die in den alten Möbeln sitzen, sich mit Eifer auf die neuen stürzen würden.

Nur eine gründliche, radikale Umgestaltung, natürlich nicht von heute zu morgen, sondern nach langer und allseitiger Vorberathung, führt in dieser Beziehung zum Ziele.

Damit sind für uns die langausgedehnten Verhandlungen über diese Frage im allgemeinen erledigt. Es soll gern zugestanden werden, daß im einzelnen manch guter Gedanke angeprochen worden ist, so besonders vom Referenten Lews, sowie auch von dem Hamburger Lehrer und Dichter Otto Ernst Schmidt. Wenn beide Männer energisch auf die innige Verbindung, die zwischen Lehrer und Volk bestehen müßte, hinwiesen, so sind wir bei ihnen, die als vorurtheilsfreie und klarblickende Männer bekannt sind, von der Wahrhaftigkeit dieser Gesinnung überzeugt. Nicht so jedoch bei den Vielen, die zwar Bravo klatschten, die aber durch die That leider nur zu häufig einen lächerlichen Dünkel und Stolz dem Arbeiterstande gegenüber beweisen.

Als ein gelungenes Kuriosum, das bei den Verhandlungen der Lehrerverammlung zu Tage trat, mag erwähnt

59
Tene. (Nachdruck verboten.)
Roman von Nicolaus Krauß.
Im dritten Sommer, den Tene im Streicher-Hof verbrachte, kam die langverhaltene Wuth zum Ausbruch. Im Tagelöhnerhäusl lagen drei Kinder krank, und die alte Bäuerin trug jeden Abend einen Topf voll von ihrem Essen hinüber, damit sie wieder zu Kräften kämen. Schon mehrere Male hatte der Bauer darüber gekummert. An einem Samstag sah Tene im Stall beim Melken. Die Thür stand offen, so daß man den vorderen Theil des Hofraumes überblicken konnte. Ein Schrei, der vom Hause herkam, machte Tene aufsehen. Vor der Hausthüre stand die alte Bäuerin, ihr Schurz bauschte sich von dem Gefäß, das sie mit der Rechten darunter hielt.
Der Bauer kam das Pfößl heraus. Tene sah es ganz deutlich. Er faßte seine Mutter am Arme und schrie ihr mit seiner rauhen Saustimme ins Gesicht:
„Was hast da? Zeig!“
„Nix... Dös geht D'r nix an... Dös is meine Sach!“
„Was da hast, will i wissen!“ brüllte der Bauer. Sein Gesicht war kirchbraun.
„Dös geht D'r nix an, hab i schon einmal g'sagt... Geh' weg und laß mi aufsi!“ Die alte Frau machte eine Bewegung mit der Linken. „Geh', geh' und leg' Di nieder, Du hast ja schon wieder z'viel trunken... Na?“
Mit beiden Händen faßte der Sohn die Mutter an den Schultern und schüttelte sie, daß sie hin und her taumelte.
„Wart! Dir werd i das Verschleppen einsieien. Hundertmal hab i schon g'sagt, daß ich's net leid'... Deut muß's a End nehma... Derr bin i!“
Die alte Frau ließ den Topf mit der Hüneruppe fallen und freischte, als ginge es ihr ans Leben.
„Deut! Deut! Tene! Helft mir! Der Bauer will mi umbringa. Umbringa will er mi!“
Tene zitterte so, daß ihr der Milchtopf entglitt. Aus dem Dachstuhl kam der Tagelöhner.
„Bauer, schämt's enk denn net? 's ist doch d'Mutter!“

Der Bauer gab seiner Mutter einen Stoß, daß sie wieder in das Haus zurückflog, stürzte sich auf den Warner und schlug ihm die Faust ins Gesicht.
„Du hast! Du... Du... Tagelöhner... Was hast Du Deinem Bauern dreinreden?!“
Der Geschlagnene sagte kein Wort. Mit beiden Händen packte er den Sinnlosen und drückte ihn auf die Hundshütte nieder, daß ihm die Rippen krachten. Dann riß er ihn wieder empor, gab ihm zwei Ohreigen, daß das Feuer aus den Augen flog und warf ihn wie ein Bund Stroh auf den Mist hinunter.
Der Bauer stand sofort wieder auf den Füßen und lief gegen das Hofthor.
„Lump! Ausst aus mein Hof... Ausst aus mein Hof!“
„Daß 's aus ist mit uns Zweien, weiß ich,“ leuchtete der Tagelöhner. „Zum Neujahr zieh ich...“
„Deut! Sofort!... Auf der Stell! I laß' Dich aus'm Häusl schmeißen! Du... Du Tagelöhner, elendiger!“
„Probit's!... Mir scheint, da hab' i a no a Wörtl mit'reden.“
Der Tagelöhner wischte sich den Mund, holte aus dem Stall seine Müge und verließ den Hof durch die Hintertür. Nach dem Abendessen — der Bauer war nach seiner Selbstthat in all seinem Dreck und Speck gleich wieder fortgegangen — wurde Tene von der alten Bäuerin in's Nebenstübel gerufen.
„Da hast Geld, dös trägt D' dem Tagelöhner 'nüber, daß sie sich was kaufen komma... Und das da, dös g'hört Dir... Weißt gut zu mir warst, die Jahre her... Ich zieh' morgen zu meiner großen Tochter... Zu dem Haus da halt's ich's nimmer aus. Net amal als Todter möcht' i da mehr sein... Dem Franz wird's schon komma... Ja, komma muß's ihm, wenn's noch a Gerechtigkeit giebt... Moidl, schau, daß D' aus dem Hof ausst kommst... Gott verzeih ma die Sünd, aber der Bauer is ärger wie a Räubershauptmann. Den holt nu der Teufel... Denk an mi, Moidl, daß ich Dir's g'sagt hab...“
Tene erschrak, als sie beim Tagelöhner eintrat. Die beiden Leute saßen am Tische und starrten in das Licht

einer kleinen Petroleumlampe, die ohne Brenner und Zylinder zwischen ihnen qualmte. In dem einzigen Bette rasselte und ächzte eines der kranken Kinder. Die Fenster waren geschlossen, und in der Stube, die einen Estrich aus geschlagenem Lehm besaß, herrschte eine Hitze zum Anfallen. Die Magd legte das Geld auf den Tisch und sagte von nem es komme. Sofort schob die Tagelöhnerin die Hand darauf, sie hatte ein Gesicht, bleich und eingefallen, wie eine Todte. Der Tagelöhner begann zu reden. Seine Stimme klang lautlos, wie erloschen.
„Aus ist's mit 'm Streicher-Hof. Und mit 'm Bauer auch... Aber hinausschmeißen kann er mi jetzt net. Ich komm ihm nimmer auf'n Hof... Nein, nur das net... Die Erdäpfel, die von mir 'auf Raub' sind, wird er mir jetzt net aufzugeben... Und mit 'm versprochenen Korn wird's a nix sein... Aber mein Verdient's muß er mir zahl'n, mein Lohn... Oder ich verlag' ihn... Jetzt heißt's halt wieda in's Tagelohr geh'n! A Herding, wo wir hausten können, wer'n wir schon finden.“
Er drehte sein Gesicht vom Lichte weg und fuhr fort:
„Siehst D's, Eva, ich hab's ja gleich g'sagt, daß nix is, wie i die Hundshütten da g'heh hab, wo ma rein haben sollen. Aber g'heirat't hat müssen wer'n.“
Die Frau legte die Hand auf ihres Mannes Knie.
„Lorenz!... Wir hätten ja sonst ewig Dienstoffoten bleiben müssen... Du hast's ja selber g'mollt... Und wir haben doch unsere eigene Heimath g'habt und...“
„Und Noth und Plag' und Gled. A Hund hat's besser...“
Die Augen der Frau füllten sich mit Thränen.
„Sei stad, Eva!“ begütigte der Mann und fuhr ihr lieblosend über die Finger, die auf dem Gelde lagen.
„Sei nur stad, ich sag' ja nicht's... Wir müssen's halt tragen, wie's kommt. 's wird schon gehen, wenn wir all Leidskräften z'sammehnen... 's wird schon gehen!...“
Er stand auf, ging zum Bette und neigte sich über seine Kinder. Tene hatte sich geräuschlos entfernt. — — — (Fortsetzung folgt.)

werden, daß auch die Lehrer, ähnlich wie viele unserer erst neugewonnenen Genossen, sich mit besonderer Vorliebe über die religiösen Fragen herumbewegten. Oft wollte es ausfallen, als hätte sich die Lehrerschaft in religiöser Beziehung zu der freien Ansicht emporgearbeitet, daß religiöse Bestimmung ebenso wie politische Ueberzeugung Sache des einzelnen ist und als solche mit dem Schulunterricht gar nichts zu thun hat; am nächsten Tage dagegen wird mit einer breitspurigen Wichtigkeit die „Schulbibelfrage“ erörtert und mit fast kirchlicher Andacht den weitschweifigen Ausführungen eines orthodoxen Pfarrers gelauscht.

Möge dies zur Charakteristik der diesjährigen Deutschen Lehrerversammlung genügen. Im allgemeinen legen wir diesen Versammlungen vorläufig noch nicht diejenige Bedeutung bei, die sie vielleicht später einmal erlangen dürften. Im Vergleich zur letzten Lehrerversammlung, die im Jahre 1894 in Stuttgart stattfand, ist die diesjährige allerdings ein nicht unwesentlicher Fortschritt zu nennen. Damals stand die Frage der Militärdienstpflicht der Volksschullehrer zur Diskussion, und bekanntlich vergaß damals die Lehrer so sehr die diesmal besonders betonte Verbindung mit dem Volke, daß sie in demütiger Kniebeuge vor dem kulturfeindlichen Militarismus die Gewährleistung der einjährig-freiwilligen Dienstpflicht erbettelten. Sollte sich der Charakter der nächsten Lehrerversammlung ebenfalls demmaßen erhöhen, wie es in diesem Jahre gegen früher der Fall war, so dürfte immerhin den Lehrerversammlungen der Zukunft größeres Interesse abzugewinnen und höhere Bedeutung beizulegen sein wie heutzutage.

Politische Uebersicht.

Berlin, 2. Juni.

Der Reichstag, der heute wieder zusammentrat, aber noch in vollster Ferienstimmung war, bezieht zunächst den Nachtragskredit. Im wesentlichen bewegte sich die Debatte um den merkwürdigen Vertrag mit der Neu-Guinea-Gesellschaft. Allgemein herrschte die Auffassung, daß die Interessen des Reiches bei dem Vertrage nicht genügend gewahrt worden seien, so daß die Ablehnung des Abkommens, dessen Einzelheiten in der Kommission vorher geprüft werden sollen, wahrscheinlich sein dürfte. Selbst der hochkonservative Graf Limburg-Stirum rügte die hohen Ausgaben für die Vertretung des Reiches bei den Moskauer Krönungsfeierlichkeiten. Morgen steht das Vereinsrecht auf der Tagesordnung.

Die Schüler'sche Angelegenheit hat neben allen den anderen zur Charakteristik interessanten Jügen auch dadurch Bedeutung erhalten, daß sie wieder ein typisches Beispiel liefert, wessen ein Sozialdemokrat beim Militär im Staate der Rechtsgleichheit gewärtig sein muß. Nicht, weil Schüler selbst Sozialdemokrat war — er gehört vielmehr der freisinnigen Partei an — sondern weil er sozialdemokratischer Gesinnung verdächtig war. Ein Polizeibeamter aus Osnabrück hatte ihn — Gründe unbekannt — bei seinem Eintritt in das Heer als einen Rotheln denunziert. So wurde Schüler von Anfang an mit mißtrauischen Augen angesehen und als er sich nicht direkte Widersprechlichkeiten zu schulden kommen ließ, schickte sich bei seinen Vorgesetzten die Meinung fest, daß er heimtückisch passiven Widerstand leiste. Diese Meinung schlug dann zu seinem Verderben aus. Charakteristisch für unsere Patriotenpresse ist es, daß in ihr sich Verteidiger für die Theorie vom passiven Widerstand finden, die über das strenge aber gerechte Urtheil unverhohlen ihre Freude ausdrücken.

Südafrikanisches. Der neueste Helfershelfer der Rhodesier, Herr Fort, wird fogar von seinen nächsten Freunden dementirt. Die „Times“ veröffentlichen ein Schreiben des Lord Loch, in welchem dieser erklärt, Seymour Fort habe seine Stellung als sein — Lord Loch's — Privatsekretär bereits 1891 niedergelegt; er — Loch — sei daher in keiner Weise verantwortlich für die Ansichten Seymour Fort's betrefend des Einfalles Jameson's in Transvaal.

Deutsches Reich.

Reichseinnahmen. Die amtliche Nachweisung der zur Anschreibung gelangten Einnahmen (einschließlich der kreditirten Beträge) an Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern, sowie anderer Einnahmen im Deutschen Reich für die Zeit vom 1. April 1895 bis zum Schluß des Monats April 1896 ergibt für Zölle 89 182 828 M. (+ 4 586 850 M.), Tabaksteuer 568 496 M. (— 1295 M.), Zuckersteuer 5 425 276 M. (— 740 301 M.), Salzsteuer 2 990 498 M. (+ 30 185 M.), Malzschottisch- und Branntweinmaterial-Steuer 740 628 M. (+ 20 023 M.), Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuschlag zu derselben 9 510 631 M. (— 157 648 M.), Brennsteuer 887 149 M. (+ 337 149 M.), Brausteuer 2 643 114 M. (+ 114 742 M.), Uebergangsabgabe von Bier 272 689 M. (— 17 492 M.); zusammen 60 858 557 M. (+ 4 111 515 M.). Stempelsteuer für: a) Wertpapiere 1 630 744 M. (+ 177 378 M.), b) Kauf- und sonstige Anschaffungsgegenstände 1 248 054 M. (— 472 985 M.), c) Zölle für Privatlotterien 843 908 M. (+ 139 166 M.), Staatslotterien 781 988 M. (+ 946 M.), Spielkartenstempel 1 073 852 M. (+ 10 650 M.), Wechselstempelsteuer 760 827 M. (+ 45 487 M.), Post- und Telegraphenverwaltung 26 467 641 M. (+ 1 228 834 M.), Reichs-Eisenbahnverwaltung 5 814 000 M. (+ 892 000 M.). Die zur Reichskasse gelangte Ist-Einnahme abzüglich der Aufschubvergütungen und Verwaltungskosten beträgt bei den nachbezeichneten Einnahmen bis Ende April 1896: Zölle 85 217 869 M. (+ 5 015 116 M.), Tabaksteuer 735 384 M. (+ 91 888 M.), Zuckersteuer 8 129 880 M. (— 307 084 M.), Salzsteuer 3 904 202 M. (+ 202 267 M.), Malzschottisch- und Branntwein-Materialsteuer 1 289 225 M. (+ 179 944 M.), Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuschlag zu derselben 9 890 836 M. (— 34 185 M.), Brennsteuer 274 881 M. (+ 274 881 M.), Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier 2 479 789 M. (+ 82 718 M.), zusammen 61 920 966 M. (+ 5 567 865 M.), Spielkartenstempel 143 595 M. (+ 1 476 M.).

Deutschlands Stellung im Welthandel. An der Gesamtfabrikaten-Ausfuhr aller Länder der Erde dürfte nach einem Berichte der Breslauer Handelskammer im abgelaufenen Jahre England mit 80 pCt., Deutschland mit 20 pCt. dem Reich nach beteiligt gewesen sein; von Jahr zu Jahr immer mehr nähern wir uns Großbritannien in dieser Hinsicht, lassen wir Frankreich, das nur mit 18,5 pCt. daran beteiligt ist, hinter uns.

Bestrafung eines Denunzianten. Eine sehr empfindliche Strafe erhielt von der Strafkammer in Dortmund ein Denunziant. Ein Bergmann aus Marten hatte einen Wäckermeister aus demselben Orte bei der Staatsanwaltschaft des Diebstahls und der Grenzverletzung (Versehen von Grenzpfählen) bezichtigt. Im Termine waren die Aussagen des Bergmannes so ungläubwürdig, daß der Staatsanwalt die Freisprechung beantragte. Zugleich erhob derselbe Anklage gegen den Denun-

zianten wegen Angabe wissentlich unwahrer Anschuldigungen. Der Denunziant erhielt wegen seiner gemeinen Gesinnung die empfindliche Strafe von einem Jahre Gefängnis.

Begnadigt. Die beiden Polizeisergeanten Wienel und Schulz aus Osnabrück, welche kürzlich wegen schwerer Mißhandlung eines verhafteten Wäckerers zu je vier Monaten Gefängnis verurtheilt wurden, sind, nachdem das Kreisgericht die Revision derselben verworfen, vom Kaiser insofern begnadigt worden, als diese Strafe in eine Geldstrafe von 150 M. für jeden derselben umgewandelt worden ist. Wienel hat diesen Begnadigungsakt nicht mehr erlitten, da er, wie seinerzeit berichtet wurde, vor kurzem Selbstmord verübt hat.

Der Disziplinar-Prozeß gegen den Bürgermeister Koll in Osnabrück, dessen Verhandlung vor dem Bezirksauschuß zu Bromberg bereits angefaßt war, ist vertagt worden und soll nächster Zeit in einer außerordentlichen Sitzung zu Ende geführt werden. Die Verhandlung wird aber nicht in mündlicher und öffentlicher Verhandlung, sondern in einer geheimen Sitzung erfolgen. Wie mitgeteilt wird, hatte Koll dem Kapellmeister des Osnabrücker Infanterie-Regiments unterzagt, nach einem gelegentlich des Schlußes der dortigen Gastwirths-Ausstellung von ihm — dem Bürgermeister — angebrachten Kaiserhoch, die preussische Nationalhymne zu spielen.

Obrigkeitliche Sonntagsjägeri. Zum Kampfe für Sittlichkeit und Ordnung“ schreibt man dem „Voll“ aus Battenberg in Hessen: „Nachdem bereits vor zwei Jahren der ärgerniserregende Fall vorgekommen, daß dem höchsten Beamten unseres Bezirks, Regierungspräsident v. Lepper-Pastl aus Wiesbaden, die Heiligkeit des Pfingstfestes so wenig galt, daß er dasselbe zum Jagen in den Wäldern bei Battenberg benutzte, hat sich, wie wir vernahmen, dasselbe betrübende Ereigniß, und zwar durch denselben Herrn wiederholt. Als nämlich am Nachmittage des ersten Pfingsttages einige Spaziergänger, die links der Eder zwischen Battenberg und Dodenan liegenden Wälder betreten wollten, wurden sie von Forstbeamten zurückgewiesen, damit nicht Regierungspräsident v. Lepper-Pastl, der gerade im Jagen begriffen sei, gestört werde. Was soll man zu einem solchen Verhalten eines hohen Regierungsbeamten sagen?“

Ja, was soll man dazu sagen! In wie fern braucht man sich doch wahrlich darüber nicht. Wenn selbst in Berlin bei Schloß- und Kirchenbauten die Sonntagsgelände in Vergessenheit — in Verstoß, sagte man in Oesterreich — gerathen kann.

Der Wiffersche Meineidsprozeß, schreibt die „Saale-Zeitung“, zieht immer weitere Kreise und gestattet schon heute einen erschreckenden Einblick in das seitliche Treiben des gewissenlosen Mannes, der augenscheinlich eine ganze Anzahl Personen mit ins Verderben zieht. Neuerdings ist auch, wie schon erwähnt, eine Magd gefänglich eingezogen worden, die eingestanden hat, von dem Gutsherrn Wiffers zum Meineid verleitet worden zu sein. Interessant sind einzelne Momente aus dem Geständnisse dieses Mädchens. Danach hat Wiffers seinen „Zeugen“ vor der jedesmaligen Gerichtsverhandlung die Mahnung zu theil werden lassen: „Steh fest und versprecht Euch nicht! Ich werde dann die Sache schon besorgen!“ Aber nicht bloß seine Diensthöfen, auch seine Familienangehörigen haben, von ihm verführt, wissentlich falsch geschworen, und nun beginnt auch über diese das Verhängnis hereinzubringen. Gestern Abend wurde der Sohn Wiffers, ein Reserve-Kavallerie-Offizier, unter dem Verdachte des wissentlichen Meineides in Haft genommen. Das aller schlimmste bei der Sache ist die Thatfache, daß die sämmtlichen Meineide um geringfügiger Dinge willen geleistet wurden. Wiffers, ein ungemein freit- und prozeßfächtiger Mann, pflegte auch die unbedeutendsten Sachen durch alle möglichen Instanzen zu verfolgen; er wurde dadurch zur Geißel der ganzen Gegend, deren Bewohnerschaft nunmehr ausnahmslos beginnt. Am Sonnabend Nachmittag ist auch die ledige Ottilie Wiffers, die bei Wiffers auch in Diensten stand, ins Landgerichtsgefängnis eingekerkert und in Untersuchungshaft genommen worden. Außer dieser befinden sich in dem Falle Wiffers noch sechs Personen in Untersuchungshaft und zwar: Wiffers sen., Wiffers jun., die Magde Lisette Jäger aus Benshausen und jetzt verheiratete Anna Wiffers geb. Koch, aus Riemstedt bei Gotha, dann die Knechte Emil Karow aus Driestien (Kreis Friedberg) und Meinhold Jlich (zur Zeit Soldat im 71. Infanterie-Regiment) aus Christes bei Subl. Eine dritte Magd, Christiane Geißel aus Christes, steht ebenfalls im Verdachte des Meineides. Möglich ist, daß auch noch die Frau Friedrich Wiffers in diesen Strafprozeß mit verwickelt wird.

Karlruhe, 1. Juni. (Eig. Bericht.) In der Kommission des badischen Landtags zur Verabreichung des Gesetzentwurfes über Abänderung der Gemeinde-Ordnung erklärte der Minister Eisenlohr den Antrag der Nationalliberalen, das direkte Wahlrecht auf Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern auszuweiten, für unannehmbar. Als Grenze für das direkte Wahlrecht betrachte die Regierung die Gemeinden bis zu 1000 (7 Neb.) Einwohnern. Sei die Kommission der Ansicht, daß etwas zu stande kommen solle, so rathe er, den Regierungsentwurf anzunehmen. Eine spätere Regierung würde vielleicht kaum einen ähnlichen Entwurf einbringen. In parlamentarischen Kreisen wird diese Meinung dahin interpretirt, daß ein Regierungswechsel im konservativen Sinne nach bevorstehe. Der soden erscheinende Bericht des Abg. v. Stedhorn über den Gesetzentwurf betreffend die Abänderung der Wahlordnung, erweitert die Wahlordnung des Wahlgeheimnisses dahin, daß nicht allein, wie der Entwurf will, die Wahlmänner, sondern auch schon die Urwähler bei den Wahlmännerwahlen verpflichtet sein sollen, ihren Stimmzettel in einem der Beobachtung unzugänglichen Raum in den von der Wahlkommission erhaltenen abgestempelten Umschlag zu legen.

Darmstadt, 2. Juni. Heute Vormittag trat die zweite heßische Kammer zu einer dreiwöchigen Session wieder zusammen. Der erste Gegenstand der Tagesordnung war der Antrag des liberalen Abgeordneten Wasserburg auf Aufhebung des Jesuiten-Gesetzes. Nach langer Debatte lehnte die Kammer mit 24 gegen 17 Stimmen den Antrag ab. Für den Antrag Wasserburg stimmten die Antisemiten, die Liberalen, die Freisinnigen und Sozialdemokraten. Die Abstimmung war eine namentliche.

Reichsständisches. Die Mannheimer Stadtfarben sind in Essig-Lothringen als staatsgefährlich verboten worden. Vor etwa 2 Jahren betheiligte sich der Velogipfelklub Colmar an einem Wettfahren in Mannheim und errang sich ein Fahnenband, das in den Mannheimer Stadtfarben — blau-weiß-roth — gehalten war. Zwei Jahre lang blieb das Band unbehelligt. Vor einigen Tagen aber wurde seine Staatsgefährlichkeit erkannt und seine sofortige Entfernung behördlich angeordnet. — Die Mannheimer „Volkstimme“ theilt das erheiternde Vorkommniß mit, damit der Mannheimer Stadtrath davon Notiz nimmt, um nicht in die Maschen des „dolus eventualis“ zu fallen. Weiße Vorlicht gebietet ihm, die „aufreizende“ Zusammenstellung sofort abzuschaffen und der Stadt Mannheim eine minder anstößliche Fahne zu geben. Wie wäre es mit hellgrau, schwarz, dunkelgrün? Das wäre weniger schreiend und brächte die Stimmung des größten Theils der deutschen Staatsbürger zum annähernd genauen Ausdruck. . . .

Schweiz.

Büsch, 1. Juni. Bei der geistigen Volksabstimmung im Kanton Zürich hat das Volk, wie schon so manches Mal, treu zu seinen Vertretern im Kantonsrath gestanden und hat alle vier Gesetzesvorlagen angenommen und zwar merkwürdigerweise das allein angeordnete Wirtschaftsgesetz mit 48 152 Ja gegen 15 592 Nein, während das Bürgergesetz mit 39 327 Ja gegen 11 664 Nein Annahme fand, welches Stimmenverhältnis auch

die beiden andern Vorlagen erreichten. Ob nicht mit der Annahme des Wirtschaftsgesetzes das Volk einen Fehler gemacht hat, wird die Zukunft lehren. Die ca. 11 000 Nein stellen den festen Stamm der professionellen Reinfäger dar, die fast berufsmäßig bei jeder Abstimmung ein Nein in die Urne legen. Der liberale Kern erhielt von 62 062 abgegebenen Stimmen deren 37 824 und ist somit in den Regierungsrath gewählt. In Winterthur war diese Wahl zum Unfall demütigt worden, durch Abgabe feststimmter die Stärke der sozialdemokratischen Partei festzustellen. Trotzdem der Beschluß erst zwei Tage vor der Abstimmung gefaßt wurde, sind dennoch 1579 leere Zettel gegen 1256 Stimmen für Nein in die Urne gelegt worden. Das bedeutet, daß in Winterthur die sozialdemokratische Partei stärker ist, als die Liberalen und Demokraten zusammen. — Im zweiten eidgenössischen Wahlkreise (Zürcher Seegemeinden) ist der liberale Ingenieur Berthold mit 8099 Stimmen in den Nationalrath gewählt worden. Der sozialdemokratische Kandidat Scherrer in St. Gallen erhielt 1809 Stimmen.

Der Schweizer Soldat erhält per Tag an Sold 64—80 Pf., 750 Gramm Weizenrot = 15—16 Pf., 620 Gramm Ochsenfleisch = 40 Pf., Orbindegeschuß 18 Pf. Total per Tag 129—144 Pf., wozu in gewissen Fällen Extravergütungen kommen, im ferneren die Portion Fleischkonserven, welche 76 Pf. kostet, an stelle einer Fleischportion. Der deutsche Soldat dagegen muß die Fleischkonserve, wie überhaupt alles Fleisch, aus der Menage bestreiten. Er erhält per Tag: Löhnung 35 Pf., 750 Gramm Roggenbrat = 12 Pf., und Menageschuß 15—21 Pf. Total per Tag 62—68 Pf., d. h. kaum halb so viel wie der schweizerische Soldat. Dem deutschen Soldaten wird von seiner Löhnung ein Theil als Einlage in die Menage zurückbehalten, so daß ihm noch 18 bis 20 Pf. in baar an Löhnung per Tag verbleiben; außer der Menage ist auch das Fleisch zu bestreiten, und die Fleischportion beträgt 120—150 Gramm statt 320 Gramm wie in der Schweiz; auch erhält der deutsche Soldat kein warmes Abendessen, sondern muß sich mit Roggenbrot begnügen, vorausgesetzt, daß er noch welches hat.

Frankreich.

Marseille, 2. Juni. Montagnac im Departement Geraud ist wegen der dort vorgekommenen Mauthausverrichtungen militärisch besetzt worden. Die Republikaner hatten nämlich die Wahlurne zertrümmert und die Wahllisten zerrissen, um so das Bekanntgeben des Resultats zu verhindern.

Belgien.

Brüssel, 2. Juni. König Leopold soll der Aufstellung seines Leibregiments Guden gestern zum ersten Male die jährliche Unterstützung von 15 000 Francs verweigert haben. Es wird behauptet, daß der König einen großen Theil seines Privatvermögens beim Kongo-Unternehmen eingebüßt habe.

Italien.

Rom, 1. Juni. In parlamentarischen Kreisen wird betont, die heute in der Deputirtenkammer von 64 Deputirten abgegebene Erklärung, sie würden, wenn sie in der Sitzung vom Sonnabend anwesend gewesen wären, für die Regierung gestimmt haben, beweise, daß die Lage des Kabinetts unverändert sei, und daß das Kabinet bei erster Gelegenheit eine kompakte Mehrheit finden werde.

Rom, 1. Juni. Deputirtenkammer. Im Laufe der Debatte über den Antrag auf Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung des Generals Baratieri sprachen mehrere Deputirte für den Antrag. Mehrere Deputirte der äußersten Linken erklärten, man solle jene ansüßig machen, die eine politische Verantwortlichkeit treffe; sie wünschten daher, daß das frühere Ministerium mit Baratieri vor den Staats-Gerichtshof gestellt werde. Kriegsminister Ricotti erklärte, man habe Untersuchungen angestellt, ob noch andere Militärpersonen außer Baratieri zur Verantwortung zu ziehen seien. Diese Untersuchungen hätten aber zu einem verneinenden Ergebnis geführt. Sollte sich im Laufe des Prozesses herausstellen, daß noch andere eine Verantwortlichkeit treffe, so werde das Ministerium seine Pflicht thun. Bei dem heutigen Stande der Dinge könne man nur gegen Baratieri vorgehen. Der Deputirte Geraoetti brachte einen Antrag ein, nach welchem alle Verantwortlichkeiten für das afrikanische Unternehmen festgesetzt werden sollen. Nachdem Ministerpräsident di Rudini erklärt hatte, daß er diesen Antrag nicht billige, wurde derselbe mit allen gegen die Stimmen der äußersten Linken abgelehnt. Die Genehmigung zur Verfolgung Baratieri's wurde, wie bereits gemeldet, fast einstimmig ertbeilt; dagegen stimmte nur ein Theil der äußersten Linken.

England.

London, 1. Juni. Im Unterhause kamen die sudanesischen Verwickelungen zur Sprache, ohne daß die Regierungsvertreter irgend welche bestimmte Erklärungen abgaben. Zu bemerken ist nur, daß Herr Curzon erklärte, die von Lord Salisbury am 17. März im Oberhause erwähnten Verhandlungen mit Italien seien mündliche gewesen, die vorzulegen unmöglich sei. — Finanzsekretär Hamburg theilte dann mit, zur Deckung von Mehraufgaben für die Uganda-Eisenbahn würde im laufenden Finanzjahre eine Vorlage eingebracht werden, durch welche die Regierung zur Ausgabe von 600 000 Pfund in kündbaren Annuitäten ermächtigt wird. — Vincent fragt die Regierung, ob die Ausfuhr-Prämien für Zucker von den deutschen Bundesstaaten durch das neue Zuckersteuer-Gesetz, besonders in betrefend der Zucker-Ausfuhr nach England, wesentlich erhöht würden. Der Präsident des Handelsamtes Ritchie erwidert, die Prämien schienen durch das neue Gesetz erhöht zu sein; das auswärtige Amt suche sich weiter darüber zu informieren und habe den englischen Botschafter in Berlin Sir J. Lubbock angewiesen, über den Unterschied zwischen dem früheren und dem jetzigen Zuckersteuer-Gesetz zu berichten. Die Frage der Zuckerprämien sei keineswegs neu; die britische Regierung habe deshalb wiederholt Vorstellungen gemacht; es sei aber nicht erwünscht, dieselben jetzt zu wiederholen, da sie wahrscheinlich keinen Erfolg haben würden.

Rußland.

Das Ernüchterungs-Manifest und politische Verbrecher. In der deutschen Presse wird mitgeteilt, daß das neue Manifest für politische Gefangene einige Erleichterungen schaffe. Es ist interessant zu sehen, wie lästig das Manifest verfaßt ist, so daß man glauben kann, es schaffe Erleichterungen. Diese Hoffnung bleibt meistens unerfüllt. Es verhält sich die Geschichte nämlich so: Im Manifest heißt es wörtlich, „indem Wir auch die Staatsverbrecher nicht ausschließen, gewahren Wir ihnen u. s. w.“. Man kann glauben, daß damit gesagt ist, daß Staatsverbrecher außer den allgemeinen Befreiungen noch andere genießen. Thatsächlich verhält es sich anders. Dieser Satz bedeutet nur, daß den Staatsverbrechern überhaupt Vergünstigungen gewährt werden, aber welcher Art dieselben sind, bestimmen die folgenden Punkte im Manifest, die lauten, daß dem Minister des Innern das Recht zukommt, für Staatsverbrecher, die seiner Ansicht nach es verdienen, beim Kaiser um Erleichterungen einzukommen. Das klingt schon etwas anders.

Wie man in Rußland politische Verbrecher behandelt. Wie das Flugblatt Nr. 92 (Lutwische Listki) mittheilt, befinden sich gegenwärtig in der russischen Wastka, in der Schiffschiffen-Festung bei St. Petersburg, 24 Gefangene, darunter 2 Frauen, Wera Figner und Submila Wolkenstein. 17 haben die Strafe lebenslänglich zu verbüßen. Alle Manifeste und Gnadenklasse haben diese

Unglücklichen unberücksichtigt gelassen. Ein Gefangener hat nach 18 Jahren Festung (sein Name ist Alexander Jurkowsky) noch 22 Jahre zu verbüßen, obwohl das russische Strafgesetzbuch von solchen Strafen nichts weiß, aber für politische „Verbrecher“ existieren wie bekannt keine Gesetze. Die übrigen haben noch eine Zeit von 9 Jahren bis zu 1 Jahr zu verbüßen. Die meisten befinden sich in Haft schon 18 bis 15 Jahre.

Die Festung wurde im Jahre 1888 neu errichtet. In dieser Zeit sind gestorben 19 Verhaftete, 3 sind wahnsinnig geworden. Wie man die Verhafteten behandelt, zeigen folgende Thatsachen. Im Sommer 1884 ist der Gefangene Jegor Winaloff erschossen worden. Sein Verbrechen bestand darin, daß er den Arzt geschlagen hat, der ihm mittels einer Nöhre künstliche Nahrung verabreichen wollte, als Winaloff zu hungern anfing, da er damit erzielen wollte, daß man ihm Bücher und Tabak gebe. 1885 ist Ruschkin erschossen worden. Er wollte bei der Gerichtsverhandlung über die schrecklichen Lebensverhältnisse in Schlüsselburg erzählen, um das zu erzielen, wollte er ein Vergehen begehen, damit man gegen ihn die Verhandlung einleitete. Er hat einen Zeller auf seinen Kusseher geworfen. 1887 hat Gratschewsky den Arzt geschlagen, aber die Strafe kam nicht zur Verhandlung. Nachdem hat er 20 Tage gehungert, er wurde wahnsinnig, hat sich mit Petroleum begossen und bekam solche Brandwunden, daß er nach drei Tagen unter schrecklichen Qualen verschied. 1891 hat sich die Sofia Winskburg mit einem Glasplitter die Schlagader zerschritten und starb.

— **Zensurverbote.** Die verstorbene Professorin der Mathematik an der Stockholmer Universität, Sonja Rowalewitsch, eine geborene Ruffin, hat unter dem Titel „Die Nihilistin“ einen Roman hinterlassen, der kürzlich in deutscher Uebersetzung im Verlage der „Wiener Mode“ erschien. Die Zensurbehörde in Rußland hat die Verbreitung dieses Werkes untersagt. — Der Professor der Philosophie an der Brüsseler Universität, de Greef, hatte ein Werk „Transformisme social“ (soziale Umgestaltung) herausgegeben, das in den höchsten großen Anerkennung fand. Das Werk war von Dr. Wierma in St. Petersburg in das Russische übertragen und in 3000 Exemplaren gedruckt worden. Wie Herr de Greef mitgeteilt worden ist, hat die russische Zensur diese 3000 Bände beschlagnahmt und verbrennen lassen. —

Rumänien.

Bukarest, 1. Juni. Der Metropolit Primas erschien heute vor der heiligen Synode, welche, nachdem sie ihn gehört, das Urteil über ihn fällt. Nach demselben wird gegen den Metropolitan wegen Einführung von lehrerischen Neuerungen in der Liturgie, wegen der Annahme der höchsten kirchlichen Gewalt an stelle der Synode und wegen verschiedener anderer Vergehen die Degradierung von allen kirchlichen Würden ausgesprochen. Weiter verfügt das Urteil, daß der Metropolit als einfacher Mönch in jenes Kloster zurückkehre, aus welchem er in die Ordensgeistlichkeit eintrat. —

Bulgarien.

Sofia, 2. Juni. Wie die „Smoboda“ meldet, verhandelte das Gericht erster Instanz leghin über den Antrag der Erben Stambulow's, den Sequester aufzuheben, welcher auf Acquisition der Untersuchungskommission durch die Regierung über das Vermögen Stambulow's verhängt worden war. Der Vertreter der Regierung bestritt die Kompetenz des Gerichtes, welches sich jedoch für kompetent erklärte und dem Regierungsvorsteher eine sechstagefristige Frist gab zur Einlegung der Berufung gegen diesen Beschluß. —

Türkei.

— Die Zahl der Opfer der Meheleien in Urfa schätzt der Biskopul Sir Maurice, der zu ihrer Untersuchung entsandt war, auf 8000 Personen. —

Amerika.

— Für die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten gilt als der aussichtsreichste Kandidat der republikanische Schulzträger Mac Kinley. Von dieser Persönlichkeit entwirft ein New-Yorker Berichterstatter der „Times“ folgendes Bild: „Mac Kinley ist, wie schon aus seinem Namen ersichtlich, schottischer Abkunft. Er ist 1844 im Staate Ohio geboren. Seine Eltern hatten neun Kinder und so mußte der Knabe schon früh sein Brot verdienen. Trotz seiner Jugend trat er sofort bei Ausbruch des Bürgerkrieges in die Armee. Nach Beendigung des Krieges wurde Mac Kinley Advokat. 1877 trat er in das Repräsentantenhaus in Washington ein. Er wurde Vorsitzender des Budget-Ausschusses. Besonders Interesse wandte er ökonomischen Dingen zu. Als Vorsitzender des erwähnten Ausschusses hatte er dem Hause die Berichte desselben vorzulegen, und so kam es, daß die Schutzoll-Bill den Namen Mac Kinley-Gesetz erhielt und so wurde der Name Mac Kinley im ganzen Lande bekannt. Die Demokraten thaten ihr Möglichstes, um ihn zu Falle zu bringen. Bei den Kongresswahlen im November 1890 wurde er in der That geschlagen. Trotzdem ernannte ihn die republikanische Partei in Ohio zum Gouverneurskandidaten. Es war eine große Ueberraschung, als er bei der Wahl 80 000 Stimmen Mehrheit erhielt. Als Gouverneur bewährte er sich. Die 80 000 Stimmen aber verschafften ihm eine neue Stellung in der Partei und seit mehreren Jahren hat diese ihn stets als Präsidentschafts-Kandidaten ins Auge gefaßt. Ein großer Redner ist Mac Kinley nicht. Aber er hat eine Art zu reden, welche auf große Volksversammlungen stets Eindruck macht. Seine Redefähigkeit scheint fast unerschöpflich zu sein. Während einer einzigen Wahlkampagne hat er einmal fast 400 Reden in 19 Staaten gehalten. Die Wirkung seiner Beredsamkeit verdanke der Rhetorik wenig. Von Beredsamkeit, Phantasie und Poesie merkt man nichts; er hat keinen Witz, keinen Humor, keine Uebersetzungsgabe und keine große Dialektik. In der öffentlichen Rede, wie im Privatleben ist er trocken, kalt, hart und verschlossen. Aber die Thatsachen versteht er meisterhaft zu gruppieren und seine Zuhörer zu zwingen, daraus die gewünschten Schlüsse zu ziehen. Woher kommt nun Mac Kinley's Volkshämlichkeit? Vielleicht fragt es sich, ob er überhaupt volkshämlich ist. Volkshämlich ist der Mac Kinley nicht. Mac Kinley hat der Sache nur seinen Namen geliehen. Der Westen leidet noch unter den Folgen der Panik und des finanziellen und industriellen Krachs des Jahres 1893. Bessere Zeiten erwartet er von der Silberwährung und hohen Zöllen. Kann er nicht beides haben, so will er doch wenigstens hohe Zölle. Vielleicht bekommt er unter Mac Kinley als Präsident beides. Es ist zweifelhaft, ob Mac Kinley überhaupt in der Währungsfrage bestimmte Ueberzeugungen hat. Zu Zeiten ist er für Silber gewesen, möglich, daß er jetzt für Gold ist. Er will weder ja noch nein sagen, er wird das Programm annehmen, welches die republikanische Nationalkonvention in St. Louis annimmt. Dies sind einige von den Erwägungen, welche die Geschäftswelt schlüssig von der Präsidentschaft Mac Kinley's befrachten lassen. Er hat nicht genügend Charakterfestigkeit für den Posten, er ist ein zu diebstahler Politiker. Von der Unbenachteiligung Cleveland's findet sich bei Mac Kinley keine Spur. Mac Kinley wird als Präsident bald dahin, bald dorthin schweifen, und jeder weiß, was das für Industrie und Finanz bedeutet.“

Afrika.

Pretoria, 1. Juni. Unter den einflussreichen Personen im „Rand“ ist eine Bewegung im Gange, aus dankbarer Anerkennung für die Freilassung der Gefangenen einen großen Flügel an das Volkshospital anzubauen. —

Die Katastrophe in Moskau.

Der Wiener „Neuen Freien Presse“ gehen sehr eingehende Berichte über die furchterlichen Vorgänge in Moskau zu, aus denen wir das folgende entnehmen:

Auf dem Wege nach dem Chodinkafelde begegnet mir ein Wagen, groß und hoch. Er hat einfache Gitter. Die Gitter sind mit Tüchern behängt, auch der Inhalt des Wagens ist unter Tüchern verborgen. Ich sah schon vormittags auf dem Wege nach Chodinka ein solches Gefährt, ich ahnte nicht, daß es bis zur Höhe mit Todten angefüllt sei.

Die Katastrophe war schon lange vorüber. Die meisten Buden waren ganz leer, aber einzelne dicht gefüllt. In Reihen geordnet, lagen hier, neben einander geschichtet, je fünfzehn bis achtzehn Todte. Vor dem traurigen Todtenhaufe stand eine Wache, die den Zutritt nicht gestattete. Nur jene, die gekommen waren, die Leichen zu agnoszieren, erhielten Durchlaß. Mit solchen kam ich in eine Bude. Welcher Anblick! Diese Todten, nicht Leichen gewöhnlicher Art, sondern furchterlich entstellt — die Gesichter zertreten, Stücke Fleisches herausgerissen, die Brustlöcher eingedrückt, die Kleider zerlegt. Lautlos werden diese Menschenreste nun seit frühesten Morgenstunden aufgeladen, auf Wagen geschichtet. Still verfahren die Braven vom Nothen Kreuz heute ihre furchterliche Arbeit. Langsam fahren die Wagen der Feuerwehr mit ihren Todtenladungen fort. Männer und Frauen voll Trauer launen währenddessen manüßgeht, um nachzusehen, ob sie nicht Verwandte in diesem Bereiche des Todes finden. Ich sah eine Frau, die ihren Mann gefunden hatte. Zehn, zwölf Leichen hatte sie schon besichtigt, da erkannte sie den Todten, den sie sucht. Sie schluchzt, dann hilft sie die Leiche des Mannes hinaustragen, ladet sie auf einen Wagen, setzt sich daneben und fährt weinend fort.

Eine Leibesheuerin erzählte folgende Einzelheiten: Mein Mann war aus dem Kaukasus nicht herausgekommen. Ich hatte Todesangst um ihn, um so mehr, als ich fand, daß das Drängen immer größer wurde. Die Leute hatten geglaubt, die Verteilung beginne um 8 Uhr. Sie wollten die ersten sein und die Verteilung früher erzwingen. Es war ein fortwährendes Rufen und Schreien. Plötzlich schien die Verteilung zu beginnen. Die Artelschicks in den Buden waren förmlich eingeleitet. Sie warfen im Glauben, daß das Gewähl hierdurch kleiner werde, die Geschenkpäckchen in die Menge. Jetzt blickten sich die Leute und fielen, andere stürzten in Brunnen und Gruben. Es war einseitlich. Ein Geschrei und Geheul, wie ich es nie gehört — ein Ruf von so vielen Tausenden: Karaoui! Karaoui! Karaoui! (Hilfe! Hilfe! Hilfe!) Die Hilfe kam aber nicht, im Gegenteil, jetzt wurde klar, daß eine Strafe Gottes über uns losbricht. Es gab schon sehr viele Todte. Die Leute umstellten sie und ließen, so weit es anging, ihnen nichts geschehen, sie nicht berühren und nicht auf sie treten. So ist mein Mann gerettet worden. Er legte sich auf einen Todten und fand dann eine Nische, durch die er davonkommen konnte. Das Werfen der Päckchen dauerte noch fort, aber nicht mehr von den Artelschicks; es waren Leute aus dem Volke in die Buden gedrungen und warfen die Sachen hinaus. Die Hintenstehenden wußten vielleicht nicht, was sie machten; sie drängten immer noch wie wahnhaft vor. Ohnmächtigen, die bald Todte sein sollten, fielen die Geschenkpäckchen auf den Kopf. Manche Leute in der Nähe kamen dadurch zu vier und fünf Bechern. Polizei war nicht zu sehen. Eine Kostenvache kam aus der Höhe herbei, vier Mann. Was konnten sie gegen drei Viertelmillionen? Sie waren selbst in Gefahr. Das große Unglück schien aber die Leute doch zur Einsicht zu bringen. Es gab schon Leute, welche die Menschen zur Ruhe beschworen, leider zu spät. Alle diese schrecklichen Szenen von Geschrei, Lärm und einem einseitlichen Hin- und Hergehen hatten eine Stunde gedauert. Als die Gefahr am größten war und diese Tausende eine große Kugel geworden schienen, ging aus ihr ein Dampf und Dampf heraus, wie aus einem erhitzten Samovar. Der Schweißgeruch wurde unerträglich; man roch ihn noch viele Stunden später.

Um 6 Uhr kamen Wache und Militär. Es wurde volle Ordnung schnell geschaffen. Jetzt erst ging der Jammer los — das Weinen, Schluchzen und Wehklagen. Kinder suchten ihre Eltern, Eltern ihre Kinder, Männer ihre Frauen, Frauen ihre Männer. Färllich, drohend, ängstlich, weinend riefen sie die Namen der Ihren. Einzelne erzählten, wie sie gerettet worden waren; andere, wie Nachbarn von ihnen verunglückten, die auf ein Dach, auf das Karussell oder auf Wasserfässer gestiegen waren, die einbrachen. Wasser! Wasser! Wie ein Tropfen uns gelobt hätte! In der staubigen, stinkenden Luft klebte unsere Zunge am Gaumen. Die Leichen, die man im ärgsten Gebirge nicht mehr schauen konnte, wurden jetzt aus dem Gemüth gebracht. Die Armen gaben etwas von ihrem Gelde her, zwei oder vier Kopelen. Man bedeckte die Gesichter der Leichen mit diesem Gelde, das die Beerdigungskosten decken sollte. Jeder, der gab, machte das Zeichen des Kreuzes. Man war wieder bei Besinnung und Vernunft. Unter den Todten waren reiche Frauen; eine hatte Brillanten, eine andere eine schöne Uhr. Die Leute, die so viel Opfer brachten, um Brot und Bier zu bekommen, rührten nichts an. Der Ruffe ist gutmüthig, und es ist nur ein Unglück, daß viele Leute sich so vergessen und dies Unheil geschaffen haben.

Bei unserer Wanderung gelangten wir nur die 140 Häuschen oder Buden, welche die Geschenke bargen. Vor denselben steht man ein Menschengewühl, das von Kojalen besetzt wird; durch dasselbe dringt man mühsam zu dem Schauplatz des Unglücks. Er macht im Augenblicke noch den Eindruck eines Schlachtfeldes. Todte und Verwundete sieht man allerdings nicht mehr, der Wagen, dem wir begegnet sind, war offenbar der letzte, aber auf dem durchwühlten und zerstampften Boden liegen hauchlos Höpfe, Stiefel, Schuhe aus Stroh, Paß und Saffian, zertretene Röcke für Proviant, zerdrückte Blechflaschen, Fesseln von Kleidern, Strümpfen, rothen Tüchern und Schürzen, die dem Kostüm der russischen Bauern Farbe geben, Fragmente von Säcken und Schirmen. Zehnwiese sind diese Spuren des Unglücks auf Haufen zusammengelehrt, theilweise liegen sie noch da, wie sie der Kampf hingeworfen, aus dem dünnen, zertretenen Graße unheimlich herausragend. Leute, die aus der Stadt gekommen sind, sehen traurig und einfüßig vor diesen Spuren menschlicher Kleidung und Geräthschaften. Dichtere Ansammlungen sieht man vor einem kleinen Graben; er sollte zu einer Wasserleitung dienen. Die Bretter, die ihn deckten, wurden durch die Menschenhäufen, die darauf geriethen, zerdrückt. „Man holte eben 28 Todte heraus“ — sagt man — „vielleicht liegen noch welche darin.“

Die Gefahr für die andrängenden Massen wurde auch angehtlich durch einen artesischen Brunnen erhöht, der seit der letzten Ausstellung besteht. Der Dedel brach ein und hierdurch wurden viele Opfer gefordert. Nach einer Version entstand das erste Gewir durch einen Streit einzelner Leute mit den Artelschicks, die sie beschuldigten, bei der Verteilung nicht gerecht vorzugehen. Noch während der Katastrophe stürmten die Leute die Buden mit den Bierfässern, zerfetzten dieselben und tranken das Bier aus Mähen und Hüten.

Die kleinen Häuser sind einfach aus Brettern zusammengefaßt. In ihrem Innern gleichen sie Verkaufsstätten, Läden für Brot. Hinter den Tischen für den Bier-Ausschank war der Platz für die vertheilenden Beamten. Einzelne von den Häusern — etwa zwei, höchstens drei — sind zerprengt; die Latten stehen heraus, die Dächer sind eingedrückt. Der freie Raum zwischen ihnen ist nicht groß. Die Häuser sollten gleichzeitig wie ein Wall gegen den Andrang des Volkes dienen. Nun hatte man zwischen ihnen einen Einlaß gemacht, der von außen breit, nach innen schmal war; man glaubte, je zwei Mann werden aus demselben auf das Feld treten, wo die Verteilung

der Leute erfolgte. Die Armen, die nun hier herein gerietzen, konnten nicht vor, nicht zurück. Hinter und vor ihnen war eine lebendige Mauer. Eine Bierlache in der Nähe der Verteilungshäuser erinnert an den schweren Kampf, der hier gewüthet hat; nun wäpft ein graubärtiger Ruschik gleichgültig seine Stiefel darin und steht apathisch in die Gruppen neben sich.

Das Bild der traurigen Folgen des hiesigen Verhängnisses — auf dem Friedhofe kann man es in vollen Zügen genießen. Man empfindet und sieht es, und sein Eindruck legt sich beklommend auf die Brust. Den Eingang zum Friedhof bildet ein schöner Garten, reich an Büschen und Bäumen; sie haben lange keine solche Bewegung gesehen, wie heute unter ihren Zweigen zu beobachten ist. Der ganze Apparat des Todes ist hier lebendig: Todtengräber, Verkäufer geweihter Kerzen, Geißliche im Ornat für die Leichenmesse, Pfarreranten von Särgen, die aus Moskau und Umgebung herbeikommen. Die Säрге sind einfache, glatt gehobelte Schreine, die bald vier, bald nur zwei Leute, manchmal auch Frauen tragen, die es sich nicht nehmen lassen, die letzten Ueberreste ihrer Männer selbst an Ort und Stelle zu führen. Als und zu erscheinen auch Kinderfärge, in weiße oder blaue Seide gehüllt, die eine Mutter oder Schwester schluchzend herbeibringt. Die Träger und die Säрге wandern alle über den ganzen Friedhof zu dem großen Felde auf der Höhe an seinem Ende. Kein Schatten der Bäume breitet sich schützend darüber, offen liegt es vor dem Strahlen der Sonne dar. Hier ruhen die Opfer von gestern — paarweise, wie es der Assoziationstrieb der Russen auch für diese Stätte verlangt. Viele dieser Leichen liegen in Särgen, viele auf der Erde, mit einem Leintuch bedeckt, das Haupt frei. Es sind zumest Männer mit blonden oder dunkelbraunen Köpfen, die mit einer dichten Erdruste bedeckt erscheinen oder blauroth die Spuren des Starckrampfes zeigen, der in Erstickungsfällen einzutreten pflegt. Während sie still ausgestreckt, die Hände über die Brust gekreuzt, daliegen, sind die Lebenden um sie her um so lauter. Sie weinen, klagend und halten ihr Schnupftuch vor die Nase, um den penetranten Geruch, der hier herrscht, abzuwehren. Ihr Schmerz nimmt oft ergreifende Formen an. In dem Weinen und konvulsischen Lachen, in dem Angenden Klagen eines Weibes scheinen Shakespears'sche Akte lebendig. Ophelia steht im Wauernde vor uns. Und die Menschen, die der Tod hingestreckt und welche die Opfer einer kindlich naiven Rengier und Sucht nach Bestiz wurden, zeigen auch jetzt noch in ihren entstellten Gesichtern die Züge der Gutmüthigkeit des russischen Typus. Die Armen hätten ein besseres Loos verdient. Neben diesen Todten arbeiten zahlreiche Hände, um drei Massengräber fertig zu machen. Man hört ihre Äste, den Boden lockern, man hört, wie die Säрге unablässig genagelt werden, wie eine gleichmäßige Stimme das Anklagen eines Bettels auf die Säрге gebietet, welche agnoszirierte Leichen enthalten; man hört endlich, wie unter Dialonsang der Sarg die Weihe erhält. Es ist eine Musik des Graues, die an Herz und Nerven geht — kein frohlicher oder freundlicher Laut.

Partei-Nachrichten.

Von der Agitation. Genosse Heinrich Schulz aus Berlin sprach in seiner Eigenschaft als früherer Volksschullehrer am vergangenen Sonntag in einer überaus gut besuchten Volksversammlung in Zielentz über das Thema: „Die Jugendberziehung im kapitalistischen Klassenstaat.“ Von den zahlreich auswesenden Begnern fand keiner den Muth, dem Referenten entgegenzutreten.

Strassunder Wahlkreis-Konferenz. Am 1. Pfingstfeiertage fand in Stralund in den „Drei Kronen“ unsere diesjährige Konferenz für den hiesigen Wahlkreis statt. Anwesend waren 22 Delegirte aus 16 Ortschaften. Hauptächlich war Mügen mit 18 Ortschaften vertreten. In der Vormittags Sitzung sprach Genosse Genzen-Stralund über den Stand der Bewegung im hiesigen Kreise. Nachmittags sprach Genosse Knappe-Stettin über die Verfassung des Deutschen Reiches. Zum Kreis-Vertrauensmann wurde Genosse Genzen-Stralund gewählt. 5 1/2 Uhr nachmittags wurde die zweite Konferenz mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Auf einer Konferenz im Wahlkreis Hanau wurde beschlossen, von einer Delegation nach dem internationalen Kongress in London abzugehen, dagegen will man einen angemessenen Antheil der Kosten für eine gemeinsame Besichtigung aus den Wahlkreisen Frankfurt, Höchst-Müngen und Wiesbaden übernehmen. Im weiteren Verlauf der Debatte wurde die Gründung eines eigenen Organs für Hanau in Erwägung gezogen. Die Angelegenheit wurde aber bis zur nächsten Parteikonferenz vertagt. — Unseres Wissens bedürfen sämtliche im Raingau erscheinenden Blätter der sehr thätigen Unterstützung der Parteigenossen, und wäre es deshalb zu wünschen, daß sich unsere Genossen die Sache zweimal überlegen, ehe sie ein neues unterstützungsbedürftiges Blatt gründen.

Von Liebknecht's Agitationsreise wird uns aus Edinburgh geschrieben: Am 26. Mai sprach Liebknecht in Glasgow in der City Hall, einer geräumigen, etwa 3000 Personen fassenden Halle, die bis auf den letzten Platz besetzt war. Er entwickelte die Entstehung des Sozialismus in Deutschland, die Fortschritte desselben in Frankreich, die Internationalität des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit und die kapitalistischen Wurzeln der Kolonialpolitik. Die Rede wurde mit außerordentlichem Beifall aufgenommen und durch zwei Resolutionen unterstützt, die der Befriedigung über Liebknecht's Erscheinen in England und den Gesühlen internationaler Brüderlichkeit Ausdruck geben. Rehnlich verließ am 27. Mai ein Meeting in Edinburgh, dem der steuernde Klasse von Old Greyfriars, der aus der Zeit der Covenanten berühmten alten Kirche präsidirte. Auch verschiedene andere Geistliche waren in der Versammlung, die sämtlichen Ausführungen Liebknecht's mit gespannter Aufmerksamkeit folgten. Auch hier wurden sympathische Resolutionen angenommen. Beide Meetings waren sowohl von Anhängern der Sozial Demokratischen Generation als auch der Independent Labour Party und Trades-Unionisten besucht.

Am 29. Mai sprach Liebknecht in Bradford, Central Hall, vor 1500 Zuhörern. Die Versammlung affluirte eine Resolution zu gunsten des Programms der internationalen Sozialdemokratie und verließ glänzend. Am 30. Mai wurde in Manchester, der alten Kapitale des Freihandels, Liebknecht ein von etwa 250 Personen besuchtes Bankett gegeben und Liebknecht auf das herzlichste begrüßt. Verschiedene Tischredner betonten mit Nachdruck die Nothwendigkeit des Zusammengehens der Arbeiter aller Parteischattierungen und aller Länder. Liebknecht wurde auf dem Bankett eine äußerst kunstvoll ausgeführte Adresse überreicht, deren Unterschriften mehr als hundert Korporationen Lancashire's repräsentirten. Sodann war die Free Trade Hall, der historische Versammlungsort für alle politischen Bewegungen, die Manchester seit Cobden und John Bright durchgemacht hat, am 31. der Schauplatz einer Rieserversammlung von 5000 Köpfen unter der Leitung Dr. Aveling's. Alle Redner apostrophirten unter tosendem Beifall die Menge als berufen, aus Manchester, dem Mittelpunkt Lancashire's, der industriellsten Gegend Englands, das seinen Namen den entschiedensten Äußerungen des Kapitalismus gegeben habe, den Mittelpunkt einer neuen Bewegung, des Zusammenklingens der Proletarier, der englischen Sozialdemokratie zu machen. Die Versammlung resolvirte ferner gegen den Versuch der Stadtverwaltung, das Recht auf Meetings in einem öffentlichen Parte der Stadt, wie kürzlich geschehen, auf ungesetzliche Weise zu hindern. Liebknecht verließ die Halle unter nicht endendem Beifall.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Sächsisches. Groben Unfug sollen anlässlich der Ehrung der Mägdalenen in Dresden die Genossen Richard Zimmermann und Moritz Lange begangen haben. Sie werden beschuldigt, am 9. Mai auf dem Dresdener Trinitatis-Kirchhofe zwei Kränze mit rothen Schleifen niedergelegt, dadurch aber die „öffentliche Ordnung gestört“ zu haben. Wacklige Ordnung! Das Verbrechen erheischt Geldstrafen von 100 bzw. 75 M. Die also beglückten Genossen werden gegen die Strafmandate auf richterliche Entscheidung antragen. Wenn auch von den sächsischen Richtern nicht viel zu hoffen ist, so können wir uns doch kein besseres Agitationsmittel wünschen, als eine derartige Verhandlung.

Zwickau, 1. Juni. Heute Vormittag wurde vom hiesigen Landgericht der Redakteur R. Keil vom „Sächsischen Volksblatt“ wegen Beleidigung des Gesamtministeriums zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Es handelte sich um denselben Artikel gegen die sächsische Landtags-Wahlrechtsvorlage, der zuerst Anfang Februar in der „Sächs. Arbeiter-Zeitung“ erschien und wegen dessen Genosse Witttrich in Dresden bereits zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Es soll in dem Artikel den Ministern Mangel an Energie und Dummheit vorgeworfen worden sein. Der Staatsanwalt gab, wie auch das Gericht, zu, daß der Angeklagte sich als Staatsbürger in seinen Rechten bedroht gefühlt haben könne und bei Vertbeidigung dieser Rechte die Interessen der sozialdemokratischen Partei und seine eigenen gewahrt habe, aber die Form und Ausdrucksweise sei besonders an zwei Stellen des inkriminierten Artikels strafbar auf Grund der §§ 185 und 186. Als strafmildernd komme ferner die erregte Zeit, in welcher der Artikel geschrieben und veröffentlicht worden sei und der Unfug in Betracht, daß der Angeklagte den Artikel nur nachgedacht habe, als strafverschärfend die 2 Vorstrafen des Angeklagten wegen Beleidigung (10 M. Geldstrafe resp. 4 Wochen Gefängnis). Herr Rechtsanwalt Schumann aus Plauen führte eine sehr geschickte Vertbeidigung.

Soziale Uebersicht.

Die Väterceiverordnung tritt nach Bekanntmachung des Polizeipräsidenten von Berlin, die der „Nat.-Ztg.“ zugegangen ist, am 1. Juli in Kraft. Eine Ausführungsanweisung des Handelsministers, welche wir morgen zum Abdruck bringen werden, giebt Bestimmungen u. a. über die vorzunehmenden Revisionen, welche den Ortspolizeibehörden und neben diesen den Gewerbe-Aufsichtsbeamten zuziehen.

Gewerkschaftliches.

Der deutsche Brauerkongress tagte am 27., 28. und 29. Mai in München. Zu demselben sind 81 Delegirte erschienen, welche 65 Zahlstellen, darunter 17 bayerische, vertreten. Dem Bericht des Hauptvorstandes ist zu entnehmen, daß der Verband sich dieses Jahr um 1800 Mitglieder vermehrt hat und die Zahlstellen von 54 auf 70 gestiegen sind. Nach dem Bericht des Hauptkassiers belaufen sich die Einnahmen vom 1. April 1895 bis 31. März 1896 auf 90 670,05 M., die Ausgaben auf 27 186,86 M., so daß ein Bestand von 3483,70 M. verbleibt. Für den Unterstützungsfonds sind 2003,08 M. eingegangen, wovon 1782,11 M. ausgegeben wurden, so daß der Bestand am 31. März, er 261,79 M. betrug. Bei dem Punkt „Presse“ fand eine lebhafteste Diskussion statt. Während der Redaktion und Expedition volle Anerkennung gezollt wird, wurden die eingesandten, oft sehr langatmigen Versammlungsberichte sehr stark kritisiert. Die „Brauerzeitung“ hat zur Zeit eine Auflage von 7800 Exemplaren. Den streikenden Schafflern Münchens bewilligte der Kongress eine Unterstützung von 300 M.

Der zweite Sitzungstag des Kongresses wurde mit der Beratung der zahlreich vorliegenden Statutenänderungsanträge eingeleitet, von denen u. a. nachstehende zur Annahme gelangten: Der Verbandstag ersucht, daß an jenen Orten, wo ein Zusammengehen zwischen den Bräuern und den Hilfsarbeitern unthunlich erscheint, die Hilfsarbeiter sich selbst organisieren und als Sektionen dem Verbande beitreten sollen. Die Einzelmitglieder, welche sich in einem Orte oder in der Nähe eines Ortes befinden, wo eine Zahlstelle ist, haben sich dieser anzuschließen. Ausgenommen hiervon sind nur solche Mitglieder, denen dies mit Rücksicht auf ihre Stellung unmöglich erscheint.

Die Verhandlungsstage finden alle zwei Jahre statt, jedoch ist der Hauptvorstand mit dem Ausschusse ermächtigt, einen Verbandstag früher einzuberufen, wenn in einer Urabstimmung die Hälfte der Zahlstellen sich dafür ausspricht. Für die ausfallenden Verbandstage sind von den Zahlstellen drei Delegirte zu wählen, welche Bücher und Kasse des Hauptvorstandes zu prüfen haben. Mitglieder, welche vom Militär entlassen werden, können in ihr früheres Verhältnis zum Verbande wieder eintreten, wenn sie sich 14 Tage nach Erlangung von Arbeit bei der nächsten Zahlstelle melden.

Zum Streikreglement wurde die Entsammlung eines Streikfonds, sowie die Erhebung einer Extraksteuer zur Unterstützung bei Streiks und Ausperrungen beschlossen. Die Errichtung einer Kranken-Zuschkasse wurde abgelehnt, dagegen eine Resolution angenommen, der zufolge jede Zahlstelle da, wo es möglich ist, eine solche Krankenkasse errichten soll bzw. errichten kann.

Der Kongress beschließt, daß der deutsche Brauerverband seine Mitgliedschaft zur Generalkommission der deutschen Gewerkschaften auch ferner beibehält und wählt den Kollegen Delinger-Hannover als Vertreter zur Generalkommission.

Hierauf referirte Klein-Hamburg über: Die Arbeitszeitverlängerung und das Bestreben der Brauereien, billige Arbeitskräfte anzustellen. Zur Diskussion, die am dritten Tage stattfand, stand gleichzeitig ein Antrag aus Düsseldorf, wonach bei Lohnforderungen oder Streiks für die ungelerten Arbeiter, welche Brauerarbeit verrichten, derselbe Lohn zu fordern ist, wie für die gelerten Arbeiter, sowie weitere Anträge aus Chemnitz und Hamburg, betr. Befreiung bzw. Zahlung der Ueberstunden und der Sonntagarbeit mit einem Gehaltszuschlag von 25 bzw. 50 pCt. und Aufstellung der Forderung auf Einführung des zehnstündentages als Maximalarbeitszeit seitens aller jener Zweigvereine und Zahlstellen, die ihn noch nicht haben. Diese Anträge wurden auf Grund einer von Wiehle-Hannover eingereichten und von den Delegirten Gerhards-München, Klein-Hamburg und Schulz-Karlsruhe beschworenen Resolution abgelehnt, da diese Forderungen selbstverständlich sind und es auch jeder einzelnen Zahlstelle überlassen bleiben muß, den Verhältnissen in den einzelnen Orten und Betrieben entsprechend vorzugehen. Nachdem ein Antrag Gerhards-München, den Sitz des Verbandes nach München zu verlegen, trotz eingehender Begründung durch den Antragsteller abgelehnt worden war, wurde beschlossen, den Sitz des Verbandes in Hannover zu belassen. Als Hauptvorsitzender, Hauptkassierer und Redakteur wurde Wiehle-Hannover wiedergewählt und wird demselben auch ferner eine besoldete Hilfskraft beigegeben. Ferner wurde der 700 Mitglieder starken Zahlstelle München zur Anstellung eines besoldeten Vertrauensmannes ein Monatszuschuß von 40 M. bewilligt. Der Verbandsausschuß wird wieder nach Berlin, die Rechtsanw. und Pressekommision nach Frankfurt a. M. verlegt. Der nächste Verbandstag findet in Stuttgart statt.

Die Tarifverhandlungen der deutschen Buchdrucker haben zu einem scharfen Konflikt zwischen der Redaktion des „Correspondenten“ und dem Verbandsvorstand geführt. Letzterer beabsichtigt, den Redakteur Gash seines Postens zu entheben. Dieser bestritt aber dem Verbandsvorstande eine dahingehende Befugnis, da bloß die Generalversammlung über die Befugnis des Redakteurpostens zu bestimmen hat.

Die Buchdrucker in Frankfurt a. M. nahmen in einer gut besuchten Versammlung bezüglich der vereinbarten Tarifgemeinschaft folgende Resolution an: 1. Die heutige Buchdrucker-Gehilfen-Versammlung erkennt die in Leipzig resp. Berlin vereinbarten Tarifabmachungen nicht an, da dieselben, wenn sie zur Durchführung gelangen, nur die deutschen Gehilfen zersplittern würden und kein richtiger Kollege solche Todtengräber-Arbeit an dem Verbands ausüben kann. Die Versammlung erwartet, daß der Gehilfenvertreter von Frankfurt a. H. seinen Mandat niederlegt und daß die gesammte Kollegenschaft Deutschlands die Tarifabmachungen als ihrer unwürdig zurückweist.

2. „Die heutige Buchdrucker-Versammlung spricht dem Redakteur des „Correspondenten“, Kollegen Gash, den Dank aus für sein leider sehr spät, aber hoffentlich noch zur rechten Zeit gekommenes offenes, männliches Auftreten in der Leipziger Versammlung. Sie erwartet, daß er auch in Zukunft ohne Rücksicht auf sonstige Persönlichkeiten den „Correspondenten“ durch eine unparteiische Haltung zum Wohle der ganzen Gehilfenschaft leitet.“

Achtung, Metallarbeiter! Die Ausperrung der Arbeiter der Metallwarenfabrik A. Fleck & Söhne, Amstufstraße 31 Hamburg, dauert unverändert fort. Einer am 30. Mai bei Herrn Fleck vorstellig gemordenen Kommission gegenüber erklärte Herr Fleck, daß er sich auf nichts einlassen könne, da er die Sache dem Industriellen Verbands übergeben habe. Bis jetzt ist es der Firma noch nicht gelungen, Arbeiter heranzuziehen. Die Stimmung unter den Ausgesperrten ist gut, sie hoffen zuversichtlich auf den Sieg, wenn Zuzug von allen Metallarbeitern nach Hamburg ferngehalten wird. Alle Anfragen und Sendungen sind zu richten an H. Meyer, pr. Adresse H. Lüth, Amstufstr. 13.

Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Der Streik der Berliner Blumenopferer währt bereits 5 Wochen. Außer den 13 abgereisten Kollegen befinden sich noch 19 Mann im Ausstand, welche entschlossen sind den Kampf fortzuführen. Bemerkenswert ist, daß die Firma Krüger, Schönhauser Allee, welche sonst mit 18 Mann arbeitete, trotz lebhaftester Anstrengung nur 8 Mann als Ersatz für die Streikenden finden konnte. Unter den letzteren befinden sich ein Restaurateur und ein Besitzer eines Porzellanwarengeschäfts (ehemalige Scheibentöpfer), die den Streik der Scheibentöpfer benutzen, um ihre Kunst nach langer Zeit wieder einmal auszuüben. (Unglaublich! Red.) Wir bitten unsere Kollegen im Lande, den Zentralvorstand des Allgemeinen Vereins der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands durch besondere Sammlungen in den Stand zu setzen, die Unterstühtungen an streikende Kollegen regelmäßig erfolgen lassen zu können. Zuzug nach Berlin ist streng ferngehalten. J. A.: F. Kaulich.

Der Leipziger Klempnerstreik ist erfolgreich beendet.

Die Lohnbewegung der Leipziger Bauhändler ist infolge weitausgehender Zugeständnisse der Innung ohne Streik im wesentlichen beendet. Die Mitglieder der Innung sind bereit, dem geforderten Zuschlag von 30 pCt. auf Ueberstunden zuzustimmen und einen Mindestlohn von wöchentlich 15 bez. 21 M. zu zahlen, die Frage der Erhöhung des Affordlohn von 15 pCt. vorläufig noch offen zu lassen, sie erklären im übrigen, zu weiteren Verhandlungen mit der Gehilfenkommission bereit zu sein. Infolge dieses entgegenkommenen Verhaltens der Innung beschloß die Versammlung der Arbeiter, von einem allgemeinen Ausstand abzusehen und im Nothfalle die Arbeit nur in denjenigen Werkstätten einzustellen, deren Inhaber sich den Gehilfenforderungen gegenüber absolut ablehnend verhalten.

Streik der Bremer Speicherarbeiter. Die „Weser Ztg.“ meldet: Wegen Lohn Differenzen haben die Arbeiter der hiesigen Getreide-Expeditoren gestern die Arbeit eingestellt; die Entlohnung der hier liegenden Getreidedampfer stockt deshalb. Die Entlohnung des am Sonnabend mit 4000 Tonnen Getreide eingetroffenen Dampfers „Ringtor“, welche gestern beginnen sollte, konnte bis jetzt nicht angefangen werden. Bis Mittag ist keine Einigung zwischen den Expeditoren und Arbeitern erfolgt.

In der Nordwestdeutschen Zeitung in Bremen befindet sich ein großer Theil des Geheimpersonals im Ausstande. Ueber die Ursache der Differenzen giebt ein Flugblatt folgende Gründe an: 1. Will man das Personal auf ein Minimum herabziehen, welches nicht im Stande ist, die Arbeit zur rechten Zeit fertigzustellen, außer es müßte die Arbeitskraft bis auf's Äußerste ausgenutzt werden. 2. Sind den Gehilfen Beweise in die Hände gekommen, daß die Geschäftsleitung in einem Fachblatte unter einer Pseudonym-Gehilfen zu 20 M. suchte, und ist doch der ortsübliche Mindestlohn für Seher 22,50 M. hier. Es geht aus vorstehendem zur Genüge hervor, daß die Geschäftsleitung mit der Absicht umgeht, die jetzt vorhandenen Gehilfen nach und nach zu entlassen, um dieselben durch billigere Arbeitskräfte zu ersetzen. 3. Wurde ein verheirateter Maschinenmeister gemahregelt, welcher im Auftrage seiner Kollegen die Wünsche und Beschwerden derselben vortrug. Die Forderungen der Gehilfen zu den vorstehenden drei Punkten hat die Geschäftsleitung rundweg abgelehnt und haben dann 18 Seher, 1 Maschinenmeister und der Stereotypur die Arbeit verlassen. Die Geschäftsleitung hat noch erklärt, daß man bereits 20 Mann engagirt habe. Es ist dies ein scharfer Beweis, daß man das alte Personal abbauen wolle.

Der Streik der Maurer von Gera und Umgegend dauert unverändert fort. Auf die einzige Forderung von 82 Pf. Mindestlohn pro Stunde und zehnstündige Arbeitszeit verhalten sich die Meister nach vierwöchentlichem Streik noch immer ablehnend. Sie suchen unter den gewöhnlichsten Mitteln Streikbrecher heranzuziehen. Vor dem Streik wurde von 25-32 Pf. pro Stunde bezahlt bei elfstündiger Arbeitszeit. Wenn der Zuzug streng ferngehalten wird, hoffen wir in aller kürzester Zeit mit unserer Forderung durchzukommen. Die Streikkommission der Maurer von Gera und Umgegend. J. A.: Karl Lomdorf, Goldner Adler.

Die Dachdecker-Gehilfen der Firmen Georg Hensel und Friedr. Müller in Ludwigshafen sind in den Ausstand getreten. Beide Firmen lehnten die sehr minimalen Forderungen der Gehilfen ab. Zuzug nach Ludwigshafen ist strengstens ferngehalten. Briefe und Sendungen sind zu richten an Wendelin Reiper bei Schach, Mundenheimerlandstraße, Ludwigshafen.

Von den Offenbacher Stelmachern befinden sich nur noch sieben im Ausstand. Von den vier in Betracht kommenden Fabriken hat eine die Forderungen bewilligt und eine neugegründete Fabrik gab gleichfalls dem Verlangen der Arbeiter statt.

In der Räder'schen Werfabrik in Darmstadt haben sämtliche Arbeiter, Bieher, Horner und Schloffer die Arbeit wegen Lohn Differenzen eingestellt.

Die Londoner Bäcker haben mit einer ähnlichen Unloyalität der Bäckermeister zu rechnen, wie die Berliner Konfektions-schneider mit der der Konfektionäre. Das von beiden Seiten angeregte Schiedsgericht der Londoner Handels- und Gewerbetammer hatte einen Minimallohn und eine wöchentliche Maximalarbeitszeit festgesetzt. Darauf nahmen indess eine große Anzahl von Meistern gar keine Notiz von dieser Entscheidung. Am Sonnabend Abend fand deshalb in London eine große Versammlung der Bäckergehilfen statt, in der der Sekretär der Gewerkschaft der Bäcker John Jenkins mittheilte, daß an 4000 Bäckermeister eine Aufforderung ergangen sei, den Bestimmungen des Schiedsgerichts nachzukommen. Gleichzeitig sei ein Rundschreiben an die Bäckergehilfen abgegangen, sie möchten mittheilen, ob die Bestimmungen durchgeföhrt seien, oder wie lange Arbeitszeit in ihren Betrieben sei und was für Lohn sie erhielten. Nach Eingang der Antwort würde das Streikomitee weitere Vorschläge machen.

erhielten. Nach Eingang der Antwort würde das Streikomitee weitere Vorschläge machen.

Vom Londoner Bauhandwerker-Streik wird gemeldet, daß noch 5000 Tischler und Zimmerleute, 4800 Handlanger, 500 Puger, 1500 Maurer und 250 Maschinisten ausständig sind. Von bürgerlicher Seite wird noch berichtet: Am Sonnabend unterhandelte der Zentralverband der Baumeister wieder mit dem Gewerkeverein der Zimmerleute und Tischler. Beide sehnten sich nach Frieden. Die Meister haben längst die Forderung von ca. 18 Pf. Lohnerhöhung die Stunde zugestanden. Diefelbe soll sofort in Kraft treten. Nur auf die Ausschließung der Nichtgewerkevereiner wollen sie nicht eingehen. 133 Meister haben auch diesen Punkt bewilligt. Die Mehrzahl derselben sind natürlich kleine Geschäftsleute, die einen längeren Kampf mit ihren Arbeitern ebenfalls aushalten können wie die letzteren. Die Puger erhielten 21 M. jeder, die Handlanger über 11 M., die Zimmerleute und Tischler je 16 M., die Maurer 20 M. Von den 3000 Pugern, welche die Arbeit niederlegten, um 1/2 Penny die Stunde mehr Lohn und neue Arbeitsbedingungen zu erlangen, sind jetzt nur noch, wie schon oben angegeben, 500 ausständig. Bis jetzt haben 108 Meister die Forderungen der Puger bewilligt.

Der englische Gewerkeverein der Seelente und Heizer fordert eine Lohnerhöhung von 10 M. den Monat für die Heizer. Jetzt beträgt der Lohn 80 M.

Versammlungen.

Zwei öffentliche Versammlungen der Schuhmacher waren zum 1. Juni von der Agitationskommission einberufen, die sich beide eines sehr guten Besuchs zu erfreuen hatten. In der Versammlung bei Cohn, Beuthstraße, referirte Hammacher über „Die Lohnkämpfe der Gegenwart und die augenblickliche Lage der Lohnbewegung der Schuhmacher“. Eingehend beleuchtete der Redner die Kämpfe der verschiedenen Berufe des In- und Auslandes in der letzten Zeit, ihre Ursachen und Folgen sowie die fast immer gleichartigen Begleiterscheinungen, welche sich bei den derzeitigen Bewegungen bemerkbar machten. Wie überall, so hat sich auch bei dem Streik der Schuhmacher gezeigt, daß in dem Augenblick, wo es gilt die Arbeiter zu bekämpfen, die gegenseitige Befehdung der Unternehmer aufhört, der Antifemismus mit dem Juden, der Kapitalist mit dem Kleinmeister liebäugelt und diese Herren sich ungeachtet des sonstigen Konkurrenzweides zusammenschließen, um den Arbeitern entgegenzutreten. Trotzdem war es aber doch den Schuhmachern durch ihre Solidarität möglich, nach fünfwöchiger Dauer des Kampfes bedeutende Erfolge zu erringen, sobald der Obermeister der Innung Veranlassung nahm, mit der Lohnkommission zu verhandeln, um sie zu der Aufhebung des Streiks zu bewegen, da nach seinen eigenen Ausführungen der Ring gesprengt und die Arbeiter einen Sieg auf der ganzen Linie zu verzeichnen haben. Versprochen wurde den Arbeitern die Abschaffung der schwarzen Liste, theilweise Entlassung derjenigen Schuhmacher, welche während des Streiks gearbeitet haben, und die Zurücknahme der Beschlüsse, nach welchen die Streikenden entlassen und bei anderen Meistern innerhalb sechs Monaten nicht wieder eingestellt werden sollten. Bewilligt haben bisher 43 Geschäfte mit ungefähr 440 Gesellen die gestellten Forderungen, im allgemeinen einen Zuschlag von 75 Pennig bis 1 Mark, was einen durchschnittlichen Mehrverdienst von 8 Mark wöchentlich bedeutet. Sieben Geschäfte zum theil kleinere haben noch nicht bewilligt bzw. ist eine Verständigung noch nicht erzielt worden. Ein Theil der betreffenden Arbeiter ist bereits abgereist und hat anderweit Arbeit gefunden, so daß von den 90 Arbeitern, die von den 7 Geschäften in Betracht kommen, nur noch 40 sich im Streik befinden und zu unterstützen sind. Wie von dem Referenten, so wurde auch von dem Diskussionsrednern aufgefordert, den Beschluß, welcher besagt, daß der Zuschlag bis auf weiteres an die Kommission abzuliefern ist, hochzuhalten, um die Streikenden genügend unterstützen zu können, damit sie nicht nothwendig haben, Streikbrecher zu werden. Vergüt wurde das Verhalten der Arbeiter in einzelnen Geschäften, welche ihren Verpflichtungen bisher nicht in wünschenswerther Weise nachgekommen sind. Außerdem sind der Kommission nicht von allen Geschäften Mittheilungen zugegangen, ob und wie viel bewilligt wurde und soll dies deshalb nachträglich geschehen und gleichzeitig der Kommission die bewilligten neuen Tarife zugesandt werden. Da die Lohn-erhöhungen verschiedenartig sind, so soll späterhin eine Regelung stattfinden, um einheitliche Preise zu erzielen. Beschlüssen wurde sodann, den allgemeinen Streik aufzuheben und über folgende Geschäfte, die sich bisher nicht bequemt haben, die Forderungen zu bewilligen, die Sperre zu verhängen. Breitsprecher, Neue Wilhelmstr. 13; Herzberg, Friedrichstraße; Schumann, Rosstr. 40; Schumann in Firma Frost, Dönhofsplatz; Heinrich Müller, Potsdamerstraße; Bod. Französischstraße; Pape, Rosstr. 5; Rath, Neue Wilhelmstr. 8; Wöllinger, Kanonierstraße 1.

In der Versammlung bei Grändel, Brunnenstraße 188, referirte Lange, der die Mißstände, welche sich in der letzten Zeit in den Filzschuhfabriken bemerkbar machen, erörterte und als Mittel zur Abschaffung derselben den Anschluß an die Organisation empfahl. In der Diskussion, an der sich mehrere Redner beteiligten, wurden noch verschiedene Vorkommnisse in den Fabriken kritisiert und gleichfalls zum festen Zusammenschluß aufgefordert. Daraus wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung erkennt an, daß die Arbeiter in der Filzschuhbranche unter sehr unthunlichen Verhältnissen zu leiden haben und verpflichtet sich deshalb mit aller Macht zu versuchen, dieselben zu ändern, indem sie alle Kollegen auffordert, sich zu organisieren und dem Verein der deutschen Schuhmacher beizutreten, um dann in eine Lohnbewegung eintreten zu können.“ Hierauf wurde bekannt gegeben, daß der Streik bei Unger, Blumenstraße, zu Gunsten der Arbeiter beendet; hingegen der Streik bei Expi noch nicht beendet ist. Die Situation für die Streikenden ist sehr günstig.

Die Schneider und Schneiderinnen der Kostümbbranche hielten am Montag eine öffentliche Versammlung ab. Fräulein Jentsch referirte über die Frage: „Was haben wir zu thun, um unsere im Streik errungene Forderungen zu erhalten. Die Rednerin betonte vor allem die Interessengemeinschaft der männlichen und weiblichen Arbeiter und wies auf die Nothwendigkeit einer festen Organisation hin, die allein im Stande sei, nicht nur das Errungene festzuhalten, sondern auch zu geeigneter Zeit weitere Schritte zur Besserung der Lage der Kostümschneider und Schneiderinnen zu unternehmen. Nachdem sich verschiedene Redner in ähnlichem Sinne geäußert, wurde beschlossen: Die Agitationskommission möge sich mit den Kollegen der einzelnen Werkstätten befaßt Wahl eines Werkstättdeputirten in Verbindung setzen, um auf diese Weise zunächst eine rege Werkstätttagitation zu entfalten.“

Deyeschen und letzte Nachrichten.

Moskau, 2. Juni. (B. V.) Bei dem großen Unglück am Sonnabend sind, wie erst jetzt festgestellt ist, viel mehr Kinder, als zuerst angenommen, umgekommen. Es sollen dies weit über 1000 Kinder sein. Die Katastrophe wurde durch die herrschende Windstille und durch eine furchtbare Hitze befördert, die zahlreiche Hitzschläge hervorrief.

Bukarest, 2. Juni. (B. G.) Das Verfahren gegen den Metropolit-Primas erregt hier großes Aufsehen und Erbitterung, und man befürchtet Kundgebungen, weshalb von der Behörde Vorsichtsmaßregeln getroffen werden. Die erbitterte Stimmung gegen die Regierung, welche sich auf die Seite der Synode gestellt hat, wird von der liberalen Partei anzunehmen versucht.

Reichstag.

95. Sitzung vom 2. Juni 1896, 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrates: von Boetticher, von Marshall, Graf Posadowsky, Präsident v. Buol. Zudem ich die Herren nach dem Pfingstfest begrüße, eröffne ich die Sitzung. (Die Bänke sind sehr mäßig besetzt.)

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Entwurfs eines Nachtragssetzels für 1896/97, welcher Nachforderungen enthält wegen Uebernahme des Schutzgebietes von Neuguinea in die Reichsverwaltung, wegen der Vergrößerung der Dienstwohnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, wegen der Repräsentation des Reiches bei den Krönungsfeierlichkeiten in Moskau und wegen Anlegung einer neuen (vierten) Telegraphenverbindung mit England. Die Ausgaben für das Schutzgebiet Südwest-Afrika sind bereits vor Pfingsten erledigt worden.

Abg. Paffe (natl.): Ich setze voraus, daß der Nachtragssetzel der Budgetkommission überwiesen wird und beantrage dies namens meiner Freunde. Wiederholen möchte ich meinen Wunsch bezüglich der Unterstützung der deutschen Schulen im Auslande, die ich schon früher angeregt habe. In Bezug auf das Schutzgebiet der Neuguinea-Kompagnie wird das Reich, wie bei den anderen Schutzgebieten, sich nicht der Aufgabe entziehen können, die Verwaltung zu übernehmen. Aber in diesem Augenblick in der Form eines Nachtragssetzels diese Dinge zu regeln, scheint mir bedenklich; wir werden vielleicht im nächsten Winter an diese Regelung herantreten können.

Abg. Müller-Julda (Z.) bemängelt den ungenügenden Inhalt der Denkschrift über die Neuguinea-Angelegenheit. Er hält angelegentlich der hohen Verbindlichkeiten, die das Reich eingegangen und der geringen Vorteile für dasselbe aus dem Vertrage eine genaue Prüfung für dringend nötig.

Abg. Barth (fr. Vg.) hält den Vertrag mit der Neuguinea-Kompagnie ebenfalls für bedenklich. Kenner behaupteten, daß es wirtschaftlich nicht möglich sein werde, diese Kolonien auf die Dauer zu halten. Die Gesellschaften würden ihre Tätigkeit schließlich ganz aufgeben, wenn nichts mehr zu holen sein werde und das Reich werde wie in den anderen Kolonien auf nationalen Rücksichten die ganze Sache übernehmen müssen. Der Vertrag führt dahin, daß alle Lasten auf das Reich abgewälzt werden, während alle Aktiva der Neuguinea-Kompagnie verbleiben, welche sich alle möglichen Dinge vorbehalten hat. Aber nicht die Mängel des Vertrages veranlassen den Redner und seine Freunde zur Ablehnung der Vorlage, sondern lediglich die Gefahr, daß das Reich verpflichtet werden könnte, die ganze Kolonie zu übernehmen. Es könnte die Frage entstehen, ob nicht Neuguinea lieber ganz aufgegeben werden sollte, mindestens sollte man es bei den Zuständen belassen, wie sie sind, wenn sie auch noch so mangelhaft sind.

Abg. Graf Arnim (Rp.): Neuguinea hat noch gar nicht seine Vorteile offenbart. Es ist eine Expedition in das Innere gemacht worden und es ist festgestellt worden, daß das Land eine üppige Vegetation hat. Die Heiden des Herrn Bamberger haben bewiesen, daß Samoa ausgegeben wurde; heut wird es vielfach bedauert werden, daß dadurch die bedenklichen Zustände entstanden sind, welche jetzt dort herrschen. Wir sollen jetzt Neuguinea aufgeben, weil wir nicht im Stande sind, 180 000 M. für die Verwaltung aufzugeben! Ein solcher Gedanke wird trotz der Bedenklichkeiten des Vertrages hoffentlich nicht die Oberhand gewinnen. Ich denke, wir werden den Vertrag, wie er liegt, nicht annehmen, sondern ihn anderweitig redigieren, damit wir aus den Einnahmen der Kolonie so viel erübrigen, daß wir die Kosten der Ausübung der Landeshoheit decken. Der stille Ozean wird in Zukunft ein Feld des Wettstreites für die Nationen werden. Man kann über diese Dinge nicht als phantastischer Budgetmensch sprechen; es gehört keine Phantasie dazu, um eine große Entwicklung dieser Gebiete in den nächsten 30-40 Jahren vorauszu sehen. In der Budgetkommission kann die Sache jetzt nicht so schnell entschieden werden, wie die Neuguinea-Kompagnie es wünscht. Deshalb sollte man die Sache ruhig bis zum Herbst vertagen.

Abg. Richter: Wir haben bessere Gelegenheiten im Inlande Geld zu verwenden als für koloniale Zwecke. Die Aufgabe Samoa war sehr dankenswert, denn es würde sonst nur viel Geld ausgegeben werden, um einigen Plantagen-Gesellschaften ein klägliches Dasein zu fristen. Es sind für keine Kolonie so viel Verordnungen und Steuerreglements erlassen, wie gerade für Neuguinea. Aber die direkten Steuern bringen nur 7000 M., die gesammten Zölle 21 000 M. ein. Die Bedeutung des Stillen Ozeans ist schon früher dieselbe gewesen, aber niemals hat jemand daran gedacht, Neuguinea zu nehmen; am allerwenigsten haben die Engländer früher daran gedacht, trotzdem Australien so nahe liegt. Es ist eine starke Zustimmung, daß wir jetzt, wo es dem Hochsommer entgegengeht, uns in diese Frage vertiefen sollten. Ich möchte Sie bitten, etwas Mittel mit der Budgetkommission zu haben, zumal die Frage gar nicht so eilig ist. Verhandeln Sie die Sache im Plenum und legen Sie die Vorlage ab.

Direktor Kaiser: Bereits seit dem Herbst vorigen Jahres wird zwischen dem Reichs-Schatzamt und der Neuguinea-Kompagnie über diese Frage verhandelt. Es ist bei früherer Gelegenheit anerkannt worden, daß es nicht möglich sei, durch eine souveräne Gesellschaft, wie die Engländer sagen durch eine royal chartered company, die Verwaltung zu führen. Die Klagen des Herrn Wachem beweisen das. Erst nach mehrjährigen Erfahrungen kam man zu einer Entschlieung. Die königlichen Kompagnien waren vor 300 oder 400 Jahren am Plage. Aber wenn man vor 12 Jahren an die Gründung solcher Kompagnien gedacht hat und ihnen die Ausübung der Hoheitsrechte übertragen wollte, so hat man dabei nicht die Lehren der Geschichte zu rathe gezogen. Man hat jedenfalls nur daran gedacht, diese Form als ein Uebergangsstadium zu betrachten. Die Erfahrungen sprechen dafür, daß die Hoheitsrechte vom Reiche ausgeübt werden. In Ostafrika wird niemand mehr Neigung finden, die Hoheitsrechte der Gesellschaft zu übertragen. Der südwestafrikanischen Gesellschaft ist die Gewährung von Hoheitsrechten abgeschlagen worden und sie hat es wohl niemals bereut. In England giebt es nur 2 royal charters companies, die Nigergesellschaft und die südafrikanische Gesellschaft. Aber die Verhältnisse dieser Kompagnien bringen manche Mißstände mit sich, ich will nur an den Fall Königsberg erinnern. Im englischen Parlament ist oft genug der Antrag gestellt worden, der Nigergesellschaft ihren Freibrief zu entziehen. Von der südafrikanischen Gesellschaft brauche ich wohl nicht erst zu reden. Nicht bloß die Ansiedler in Südafrika beschwerten sich über diese Gesellschaft, sondern auch an anderer Stelle ist man wohl der Meinung geworden, daß solche Gesellschaften nicht mehr am Plage sind. Die Neuguinea-Gesellschaft ist in erster Linie Erwerbsgesellschaft. Danach muß sie ihre Beamten auswählen. Diese Beamten können sehr gute Kaufleute sein, aber sehr schlechte Verwaltungsbeamte. Auf Grund der Reichsgesetze, an denen der Reichstag selbst mitgewirkt hat, muß eine geordnete Verwaltung und Rechtspflege geschaffen werden. Eine Privat-Gesellschaft kann sich ein Personal dafür nicht beschaffen, sie fehlt den anderen Ansiedlern als Mitbewerberin gegenüber und es beignet ihr deshalb ein Mißtrauen, welches die Er-

schließung des Landes erschwert. Die Klagen gegen die Neuguinea-Gesellschaft sind sehr vielfach: die Steuern sind zu hoch, der Rechtsschutz ist zu mangelhaft. Aus Anlaß des Falles Stoker wurde festgestellt, daß im Kongostaat ein lauterer Wettbewerb nicht möglich sei, weil die Beamten an demselben mit erheblichen Prozentsätzen beteiligt sind. Die Klagen der Missionen sind in dem Schutzgebiet der Neuguinea-Gesellschaft lebhafter gewesen, als in allen anderen Schutzgebieten, weil die Beamten der Privatgesellschaft kein Verhängnis für diese Dinge haben. Es ist auf die Werthlosigkeit des Gebietes hingewiesen worden, welches bis jetzt noch keinen Nutzen aufzuweisen habe. Aber es handelt sich um ein Gebiet, welches zwei Drittel so groß wie Deutschland ist; es ist daher begreiflich, daß die Nutzungen der Tabak- und Baumwollenplantagen noch nicht ausgereicht haben, die öffentlichen Ausgaben zu decken. Es sind verschiedene Aufwendungen gemacht worden, welche jetzt Dividenden ausschließen. Die Kompagnie hat 2 1/2 Millionen aufgewendet für die Herstellung einer Schiffsverbindung, sie hat eine halbe Million aufgewendet für die Erforschung des Gebiets. Daraus wird die Gesellschaft niemals selbst einen Nutzen haben; diese Ausgabe kommt nur der Allgemeinheit zu gute. Besonders schmerzhaft hat es mich berührt, daß Herr Barth auf die Werthlosigkeit des Gebietes hingewiesen hat. Es liegen objektive Berichte vor von Herrn Fink, von Schleinig, Dr. Joller, Landeshauptmann Kroeckle u. s. w. Wenn man sehen will, was von Neuguinea zu erwarten ist, dann sollte man einmal die Sitzung der Budgetkommission in die Kolonialausstellung verlegen. (Weiterkeit links.) Der Reichstag würde dort den Dank finden für die Bewilligung der Mittel für die Kolonialausstellung. Ich verweise auf eine Schrift, welche auf Veranlassung der Kolonialabteilung verfaßt ist, und darstellt, wie die Produkte der Kolonien, namentlich Neuguinea's von der deutschen Industrie verwendet werden: Tabak, Baumwolle, Arzneipflanzen u. s. w. (Redner verliest die betreffenden Stellen aus der angegebenen Schrift.) Das Prinzip des Vertrages besteht darin, daß der Regierung der gesammte Bismardarchipel zufällt, während der Gesellschaft das noch wenig erschlossene Kaiser-Wilhelm-Land zufällt. Es ist im Reichstage ausgesprochen worden, daß die Gesellschaft eine Entschädigung gewähren müsse für die Uebernahme der Hoheitsrechte seitens des Reiches. Diese Entschädigung liegt nicht in barem Gelde, sondern in der Ueberlassung des Bismardarchipels, welcher viel mehr dem Reiche erschlossen ist als Neuguinea selbst. An diesem Objekt kann das Reich sich für seine Unkosten erholen. Das Reich hat vollkommene Steuer- und Zollfreiheit und thatsächlich wird die Kompagnie als die vornehmste Unternehmerin auch die meisten Lasten zu tragen haben. Die großen Kolonialgesellschaften haben sich immer das Landmonopol vorbehalten. Von diesen Gesichtspunkten geht auch die Neuguinea-Gesellschaft aus. Aber es bestehen zwei Ausnahmen von dem Monopol, welche eine ungehinderte Entwicklung gestatten. Die Gesellschaft muß für Eisenbahnen und öffentliche Wege den Grund und Boden abtreten und herrorufenes Land, welches sie in Besitz genommen hat, meistbietend zum Verkauf und zur Verpachtung stellen, wenn sie es nicht für ihre eigenen Unternehmungen gebraucht. Diese Bestimmungen sollen nicht bloß für die Ansiedler, sondern auch auf die Missionen für ihre Bedürfnisse an Grund und Boden Anwendung finden. Wenn das Reich nicht eintritt, so sind alle aufgewendeten Mühen vergeblich gewesen. Wenn die Neuguinea-Kompagnie aus dem Lande scheidet, welcher deutsche Unternehmer wird sich dann finden, um die Ansiedelung zu wagen? Man sollte denen die Anerkennung nicht versagen, welche im Dienste der Kompagnie bemüht gewesen sind, das Land zu halten für die Gesellschaft und für das Deutsche Reich.

Abg. Graf Limburg-Sturum (L.): Ich habe selten in den Nachtragssetzeln Dinge gefunden, die wirklich sehr eilig waren. So steht es auch bezüglich der Position für Neuguinea. Die Sache ist nicht aufgeklärt genug, daß sie jetzt schon entschieden werden könnte. Was wir geben sollen ohne sichere Gegenleistung, ist sehr bedeutend. Eine ausgiebige Prüfung der Sache sollte erst im nächsten Herbst stattfinden. Für die Kolonien haben wir ein großes Beamtenpersonal, aber wir bewirtschaften sie nicht richtig; man müßte etwas mehr intensiver und konzentrierter und weniger bürokratisch wirtschaften. Den bantuschischen Hilfsarbeiter für die Kolonien z. B. brauchen wir nicht. Bezüglich der elektrischen Beleuchtung im auswärtigen Amte sollte sich die Reichsregierung mit den preussischen Verwaltungen in der Wilhelmstraße in Verbindung setzen. Könnten denn die Gefangenen, die jetzt den freien Arbeitern Konkurrenz machen, nicht zur Erzeugung der Elektrizität verwendet werden? (Weiterkeit.) Auch die Repräsentationskosten für die Moskauer Feierlichkeiten sind sehr hoch. Solche Kosten wurden früher nicht vom Reiche allein bezahlt.

Staatssekretär v. Marshall: Die Forderung für die Moskauer Krönung konnte nicht in den Hauptetat aufgenommen werden, weil damals noch jede Unterlage dafür fehlte. Früher wurde die Ausgabe als außerordentlich verzeichnet. Dieses Verfahren hielt ich, da doch ein Nachtragssetzel vorgelegt wurde, für nicht richtig.

Direktor Kaiser: Die Kolonialverwaltung kann nicht alle ihre Bauten selbst ausführen, sie müssen in den Kolonien hergestellt werden. Aber für einzelne Bauten besteht die Notwendigkeit, sie hier prüfen zu lassen, und dazu leistet der bantuschische Hilfsarbeiter dem Auswärtigen Amte sehr gute Dienste.

Abg. Beck (fr. Vg.) meint, daß die Verhältnisse in Neuguinea einigermaßen geordnet seien, trotzdem er die Zustände als nicht befriedigend bezeichnet. Es wird als glaubhaft bezeichnet, daß den Einzelnen das Gefühl der Rechtssicherheit beeinträchtigt wird. Thatsächliche Beweise sind dafür aber nicht vorhanden. Das Gefühl der Rechtssicherheit besteht zum Teil auch in Deutschland und in den anderen Kolonien ebenfalls. Redner tabelt die Auswahl der Beamten, die nachher sich nicht bewähren, zurückberufen werden und dann in den Wäldern ihr Gehalt verzehren; Redner bemängelt ferner, daß die Süddeutschen, welche sich für die Kolonialverwaltung melden, nicht genügend berücksichtigt werden. Redner erwähnt endlich einen Fall, wo der Gouverneur das Zimmer eines beurlaubten Beamten durchhöbert und sich Gegenstände angeeignet habe, die er erst nach energischen Vorhaltungen wieder herausgegeben habe.

Direktor Kaiser: Ich habe die Ausführungen des Vorredners, die sich augenscheinlich auf den Gouverneur v. Puttamer bezogen, nicht vollständig verstanden; ich kann daher nicht darauf eingehen. Dagegen muß ich aber protestieren, daß die Süddeutschen in der Kolonialverwaltung zurückgesetzt wurden. Sie finden sich gerade jetzt in sehr wichtigen Verwaltungsposten in Südwestafrika und Kamerun.

Abg. Wachem (Z.) hält es nicht für zweckmäßig, die Neuguinea-Angelegenheit gleich im Plenum zu erledigen, wenn man nicht von vornherein eine Ablehnung beabsichtigt. Die Theilung des Geschäfts dahin, daß das Reich die Gefahr des Verlustes übernimmt, an dem Gewinn aber nicht beteiligt wird, ist nicht durchzuführen.

Abg. Freese (fr. Vg.) stellt richtig, daß sein Freund Barth nur das Kaiser-Wilhelm-Land als werthlos bezeichnet habe, nicht aber den Bismard-Archipel. Die Gesellschaft hat eine Station aufgeben müssen, trotzdem sie den besten Tabak

liefernte, weil die Kulis nicht gehalten werden konnten; bei jeder Neuordnung brachen heftige Fieber aus. Die Neuguinea-Gesellschaft hat ihre Baumwolle nach Liverpool und nicht nach Bremen verkauft. Den Tabak hat sie zuerst in Bremen abgesetzt, aber im nächsten Jahre, nachdem ein hoher Preis erzielt worden, hat sie sich damit nach Holland gewendet und nach Deutschland nur eine schlechte Ladung geschickt, die auch in Holland schlechte Preise erzielt hätte, um zu beweisen, daß sie berechtigt war, nach Holland zu gehen. Das ist die Thätigkeit der Neuguinea-Gesellschaft für Deutschlands Handel! Das Urtheil über die Vorlage ist wohl deutlich genug gesprochen, daß ich mich des weiteren enthalten kann.

Abg. Graf Arnim meint, daß die Vorlage einer Kommission überwiesen werden müsse, da die Mehrheit des Reichstages sie nicht a limine zurückzuweisen, sondern Modifikationen des Vertrages herbeizuführen wünsche. Wenn die Sache bis zum Herbst verschoben würde, so könnten sich Dinge ereignen, die vom nationalen Standpunkt aus nicht zu wünschen wären.

Damit schließt die Debatte. Die Vorlage wird der Budgetkommission überwiesen.

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr (zweite Beratung der Anträge wegen eines Reichs-Vereinsgesetzes auf Grund des Berichtes der betreffenden Kommission.)

Parlamentarisches.

Die Kommission für den Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches begann am Dienstag die zweite Lesung des Entwurfs. Zu derselben lagen auch von Frohne und Stadtpagen bereits eine Reihe Abänderungsanträge vor. Zurückgestellt wurden zunächst die Bestimmungen über die privatrechtliche Stellung der Vereine (§§ 21-85). Von den §§ 1-20 vorliegenden Anträgen ist ein auch in dieser Lesung von unseren Genossen gestellter Antrag auf Streichung des § 6 Nr. 3 hervorzubeden. § 6 Nr. 3 will im Gegensatz zum bestehenden Recht den entmündigten lassen, der infolge von Trunksucht seine Angelegenheiten nicht zu besorgen vermag oder sich oder seine Familie der Gefahr des Nothstandes aussetzt oder die Sicherheit anderer gefährdet. Das Streichungsverlangen wurde damit begründet, daß der Begriff der Trunksucht ein völlig vager, unbestimmter, definirbarer und unklarer sei. Der Bericht versuche den Begriff „Trunksüchtiger“ durch folgenden nichtsfagenden Satz zu umschreiben: „Trunksüchtig“ solle „derjenige sein, der einer in der Regel oder doch häufig unüberstehtlichen „Sucht“ zum Trinken verfallen sei.“ Was der Bericht hier beschreibe, sei das menschliche und thierische Bedürfnis, das man Durst zu nennen beliebe, mag Durst nach Wasser, nach Milch, nach Bier oder nach Schnaps vorliegen. Offenbar habe man den Schnapsüchtigen gemeint. Die Ursache der Schnapsucht sei aber eine soziale; verschaffe man bessere Erwerbsmöglichkeiten, so trete man der in 1000 Fällen 900 Mal vorhandenen Ursache des Schnapselens entgegen. Der Entwurf zähne aber an einer falschen Stelle auf. Um den Trunksüchtigen zu bessern, wolle man ihn entmündigen und würde ihm dadurch noch schlechtere Erwerbsmöglichkeiten geben, das Unglück also vermehren. Die Feinbarkeit des Begriffs ließe auch befürchten, daß ein politischer Mißbrauch mit der Entmündigung getrieben würde. Der Reiche könne allerdings nie so trunksüchtig sein, daß er seine Familie dem Nothstand aussetze, auch beim Hagestolz sei dies ja nicht möglich. Es würde also zweierlei Recht durch diese neue, völlig unzuverlässige Bestimmung getroffen. Da, wo Trunksucht die Energie so gelähmt habe, daß Geisteskrankheit oder auch nur Geisteschwäche eintreten sei, sei ja durch die Zulassung einer Entmündigung aus bloßen Gründen hinreichend gesorgt. Warum übrigens bekämpfe man, wenn man einmal den vorgeschlagenen Weg für den richtigen halte, nicht die Morphiumsucht und die Opiumsucht, die sich allerdings fast nur bei Wohlhabenderen finde, auf demselben Wege? Abg. Gröber hält die vorgebrachten Bedenken nicht für unbeachtlich. Er meint aber, daß der Befürchtung der Sozialdemokratie, die ja schon in erster Lesung dazu geführt hatte, eine Resolution anzunehmen, die für eine Befreiung des Entmündigungsverfahrens sich ausspricht, soweit sie politischer Natur sei, der Hauptboden entzogen werde, wenn man einer von ihm eingebrachten Resolution zustimme, nach der die Kommission voraussetzt, daß die Novelle zur Zivilprozess-Ordnung nicht den Staatsanwalt, sondern lediglich Verwandte des Trunksüchtigen für berechtigt erklärt, einen Antrag auf Entmündigung wegen Trunksucht zu stellen. Die Nationalliberalen stimmen sachlich dieser Resolution zu, die Abgg. Enneccerus und v. Bennigsen sehen es aber durch, daß die Resolution in milderer Weise nicht die erwähnte Voraussetzung, sondern nur das Erwarten ausspricht, daß der Staatsanwalt einen Antrag auf Entmündigung wegen Trunksucht zu stellen nicht berechtigt sein soll. Diese Resolution findet mit großer Mehrheit Annahme, § 6 Nr. 3 selbst wird aber aufrecht erhalten. — § 104 bestimmt: „Schließt der Minderjährige einen Vertrag ohne die erforderliche Einwilligung des gesetzlichen Vertreters, so hängt die Wirksamkeit von der Genehmigung des Vertreters ab.“ Unsere Genossen verlangen, vor Genehmigung „ausdrücklicher“ einzuschalten, und führen zur Begründung folgenden, für die obrigkeitliche Fürsorge für jugendliche Arbeiter äußerst charakteristischen Fall an. In Teltow trat ein 16jähriger Diensthilfe ohne Besondere in den Mai 1894 bei dem Gärtner Henschel in Dienst. Damals hatte er keinen Vormund. Ein solcher wurde ihm erst am 17. Juli in Person eines sehr verständigen Glaschleifers gestellt. Die Genehmigung zum Dienst oder zur Fortsetzung desselben erteilte dieser nicht. Anfangs Dezember 1895 lief der junge Mann aus dem Dienst, weil er es vor unaufrichtigen Mißhandlungen nicht aushalten konnte. Der Vormund billigte dies und versagte seinem Mündel den Wiedereintritt in den ihm erst jetzt näher bekannt gewordenen Dienst. Die Polizeiverwaltung lehnte aber den Antrag des Diensthilfen, das Dienstverhältnis als aufgelöst zu erachten, ab. Denn es sei „nur festgestellt, daß die Kinder Franz und Marie Henschel Ihnen einige Male weil Sie ungeschickt und schlecht arbeiteten und, wie häufig vorgekommen, morgens die Zeit verschlafen hatten, Ohrfeigen und Kackelköpfe versetzt haben. Diese Züchtigungen waren verdiente und können als unbarbarische Behandlung, wie Sie angeben, nicht angesehen werden.“ (!) Die Polizeiverwaltung drohte dem jungen Mann nun wiederholt an, in den Dienst bei 15 M. Strafe zurückzukehren. Vergebens habe der Vormund sich an den Landrath Stubenrauch gewandt. Ein diesen vertretender Assessor habe trotz des Fehlens eines Dienstbuchs das Vorliegen eines Befindungsverhältnisses für vorhanden erklärt, denn der Vormund habe „bei seiner Bestellung als Vormund“ keinen Einwand gegen das Dienstverhältnis erhoben, sich „also stillschweigend mit demselben einverstanden erklärt“. Der Regierungspräsident habe gleichfalls dem Vormund, der mit Zug und Recht Beschwerde führte, erwidert: „Bei Uebernahme der Vormundschaft am 17. Juli haben Sie die Fortsetzung des Dienstverhältnisses zugelassen und damit (!) die erforderliche Genehmigung erteilt.“ Es seien nun weitere Schritte eingeschlagen. Ob dieselben etwas nützen werden, lasse

sich aber nicht sagen, wiewohl zweifellos — das haben die Kommission und die Regierungsvertreter ja schon in erster Sitzung anerkannt — von einer auch nur stillschweigenden Genehmigung keine Rede sein könne. Solcher Interpretation von Behörden in nächster Nähe von Berlin gegenüber, sei es im Interesse des Minderjährigen, vorrichtigerweise aus der Sache Genehmigung zu fordern. Der Regierungsvertreter betont, daß auch die klaren Befehle falsch angewendet werden können. Das bloße Nichtauflösen eines Vertrages sei allerdings keine Genehmigung. Würde nun auch die vorgeschlagene Fassung in solchem Fall wie, vorgetragen sei, Abhilfe schaffen können, so schädige er doch andererseits Minderjährige in vielen anderen Fällen, zum Beispiel wenn in Gegenwart des Vormundes ein dem Mündel günstiges Geschäft geschlossen und vom Vormund durch konkludente Handlungen genehmigt wird. Der Antrag wird darauf abgelehnt. Von den bis § 123 gestellten Anträgen gelangte nur noch ein Zusatz zu § 109 zur Annahme, der einen Antrag von Nachta und einem Antrage unserer Genossen theilweise Rechnung trägt, eine Bestimmung zu schaffen, durch welche die nicht zu erhaltende Genehmigung des Vaters oder Vormundes zum Eintritt in Dienst oder in Arbeit ergänzt werden soll. Die Kommission lehnt solchen Antrag bezüglich des Vaters ab, beschließt aber: Ist die Ermächtigung (zum Dienst oder Arbeitsantritt) des Vormundes nicht zu beschaffen, oder verweigert der Vormund die Ermächtigung ohne genügenden Grund und zum Nachtheil des Arbeiters, so kann das Vormundschaftsgericht die Zustimmung des Vormundes ergänzen. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch um 10 Uhr statt.

Dem Abgeordnetenhaus ist eine Denkschrift über die Ausführung des Gesetzes vom 18. August 1893, betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering besoldeten Staatsbeamten, zugegangen. Durch dieses Gesetz sind der Staatsregierung fünf Millionen Mark zur Verfügung gestellt, um für Rechnung des Staates Wohnhäuser, die im Eigentum des Staates verbleiben, zu errichten und die in diesen Häusern erhaltenen Wohnungen an Arbeiter, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, oder an gering besoldete Beamte zu vermieten. Die bereitgestellten Mittel dürfen ferner zur Bewilligung von Baudarlehen verwendet werden. Ueber die Ausführung dieser Anordnung berichtet die Denkschrift u. a.: Bei der Nothwendigkeit, zunächst die Baupläne für die zu errichtenden Miethshäuser fertigzustellen, hat zwar infolge der Kürze der noch zur Verfügung stehenden Bauzeit im vergangenen Jahre mit der eigentlichen Bauausführung noch nicht begonnen werden können. Es ist indes im Ressort des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten den beteiligten Eisenbahn-Direktionen der Auftrag erteilt worden, für untere Eisenbahn-Bedienstete in 21 verschiedenen Orten insgesamt 488 Wohnungen, und zwar 156 mit vier Räumen, 208 mit drei Räumen, 94 mit zwei Räumen (die Küche eingeschlossen), auch 11 Zimmer für Unverheirathete herzustellen zu lassen. Zum Muster sind genommen die Wohnhäuser, die neuerdings für Werksstättenarbeiter in Gleiwitz nach 9 Grundrissen erbaut worden. In Geldmitteln sind veranschlagt: 1. für die Baukosten (einschließlich aller sonstigen Kosten für Hof- und Straßenregelung, Gut- und Bewässerung, Ställe u. s. f.) rund 1 501 700 M. 2. für Baupläne, die noch nicht im Besitze des Fiskus sind, rund 80 600 M. Der Werth des im Besitze des Fiskus schon befindlichen Geländes wird auf rund 53 670 M. geschätzt, so daß das gesammte Anlagekapital zunächst auf 1 585 970 M. anzunehmen ist. Die Miethsverträge werden auf rund 69 420 M. veranschlagt. Werden hiervon für Verwaltung und Unterhaltung 1 pCt. des Anlagekapitals und für Amortisation 1/2 pCt. der Bau- und sonstigen Kosten abgerechnet, so ergibt sich ein Reinertrag von rund 48 050 M., d. h. 2,90 pCt. des Anlagekapitals. Außerdem ist auf Antrag des von Eisenbahnbediensteten in Dirschau gebildeten Spar- und Bauvereins, dessen Bemühungen mit der Erbauung eines kleinen Hauses mit zwei zweiräumigen Wohnungen, als abgeschlossen betrachtet werden müssen, der Ankauf dieses Hauses für 4500 M. genehmigt worden. Es ist ferner in Aussicht genommen, noch in einer größeren Zahl anderer Orte in gleicher Weise Miethshäuser zu errichten, und werden zu diesem Zwecke nach überschläglicher Berechnung rund etwa 1 700 000 M. erforderlich sein. Im Ressort der Bergverwaltung werden die Vorarbeiten und die Revision der Projekte gleichfalls in kurzer Zeit so weit erledigt sein, daß alsbald mit der Bauausführung begonnen werden kann. Nach überschläglicher Berechnung werden hier etwa 1 150 000 M. zur Erbauung bzw. Beschaffung von Miethshäusern in Anspruch genommen werden. Im ganzen werden demnach zur Errichtung von Wohnhäusern, welche im Eigentum des Staates verbleiben, aus den jetzt zur Verfügung gestellten Mitteln etwa 4 400 000 bis 4 500 000 M. Verwendung finden. Zur Bewilligung von Baudarlehen werden daher etwa 500 000 bis 600 000 M. zur Verfügung bleiben. Am dringendsten ist das Bedürfnis für derartige Darlehen im Ressort der Eisenbahnverwaltung hervorzuheben. Im Ressort der Bergverwaltung sind der Bergwerksdirektion zu Saarbrücken 50 000 M. zur Gewährung von Baudarlehen mit der Bestimmung zur Verfügung gestellt worden, Arbeitern der Saarbrücker Staatsbergwerke zum Bau von Wohnhäusern Darlehen zu gewähren. Der Höchstbetrag dieser an erster Stelle hypothekarisch sicher zu stellenden Darlehen soll für das Zweifamilienhaus 4000 M. betragen und keinesfalls die Hälfte der Baukostensumme übersteigen. Für diese Darlehen ist ferner eine Verzinsung zu 3 1/2 pCt. vorgesehn und die Tilgung durch jährliche, mit den Einzahlungen zu vereinbarende Abschlagszahlungen in Aussicht genommen. Die der Staatsregierung zur Verfügung gestellte Summe wird demnach voraussichtlich schon im laufenden Sommer voll zur Verwendung gelangen. Damit wird aber für die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Arbeiter kaum irgendwie Erhebliches erreicht sein.

lokales.

Das Kranken-Transportwesen befindet sich in Berlin in einem Zustande, der dringend der Aenderung und Besserung bedarf. Es giebt zwar Krankenwagen, aber das Haupttransportmittel für Kranke ist die Droschke, die schneller zu haben ist und weniger kostet. Im Jahre 1894/95 nahmen die drei städtischen Krankenhäuser im Friedrichshain, in Noabit und am Urban zusammen 24 552 Personen auf. 7273 Kranke wurden den Krankenhäusern mit besonderen Transportmitteln zugeführt, davon 2075 mit Krankenwagen, 4516 mit Droschken, 625 mit Privatfuhrwerk, 57 mit Tragen. Droschken wurden also zu fast zwei Dritteln aller Transporte benutzt. Sie werden leider selbst bei akuten Infektionskrankheiten benutzt. Von den 7273 Kranken, die den Krankenhäusern mit besonderen Transportmitteln zugeführt wurden, litten an: Cholera asiatica 1, Unterleibstypus 91, Scharlach 100, Diphtherie 181, Masern 98, an anderen Infektionskrankheiten 107, überhaupt an Infektionskrankheiten 466. Droschken wurden benutzt bei: Unterleibstypus 24 Mal, Scharlach 11 Mal, Diphtherie 29 Mal, Masern 5 Mal, bei anderen Infektionskrankheiten 87 Mal, überhaupt bei Infektionskrankheiten 106 Mal. Wie oft Kranke dieser Art, wenn die Krankheit noch in dem ersten Stadium war, Pferdebahn oder Omnibus zur Fahrt nach dem Krankenhause benutzten, das entzieht sich natürlich der Feststellung. Es scheint aber ziemlich oft zu geschehen; denn 1894/95 wurden in den drei Krankenhäusern zum Beispiel 516 Scharlachkranke und 218 Masernkranke behandelt, während, wie gesagt, nur 100 Scharlachkranke und 36 Masernkranke mit Krankenwagen, Droschke, Privatfuhrwerk oder Trage ankamen. Die Benutzung von öffentlichen Fuhrwerken (Wohnwagen, Droschken, Omnibus, Pferdebahnen, Eisenbahnen) und von öffentlichen Wasserfahrzeugen zum

Transport von Cholera, Typhus, Pocken, Diphtherie, Ruhr, Scharlach und Masernkranken ist zwar verboten. Die mitgetheilten Zahlen zeigen aber, daß das Verbot leider oft übertritten wird. So lange der Krankentransport Privatunternehmern überlassen bleibt und die Benutzung eines Krankenwagens der hohen Kosten wegen für viele ein Luxus ist, wird's kaum anders werden.

Der Magistrats-Siffarbeiter Malih vom Amte suspendirt! Aus dem Statthause kommt die überraschende Kunde, daß auf Anordnung des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg gegen den Bureau-Siffarbeiter Malih das Disziplinarverfahren eingeleitet und der Angeklügte sofort vom Amte suspendirt worden ist. Malih war, wie erinnerlich, früher schon einmal und zwar wegen gewisser Ausschreitungen vom Magistrat entlassen worden und schon damals hatte der Oberpräsident infolge der Beschwerde des Malih die Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen denselben verlangt. Der Bezirksausschuß hatte indessen ein solches Verfahren für unzulässig erachtet, weil dem Malih die Beamteneigenschaft ermangelt. Nachdem nun jetzt das Reichsgericht dahin für Recht erkannt, daß Malih als festangestellter Beamter zu betrachten sei, hat der Ober-Präsident auf Grund des Gesetzes vom 21. Juli 1882, betreffend die Dienstvergehen der nichtrichterlichen Beamten, die Veretzung derselben auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand, aus neuer die Einleitung des Disziplinarverfahrens und die Suspendirung vom Amte angeordnet.

Die Große Berliner Omnibus-Gesellschaft hat den Betrieb ihrer vor sechs Wochen eröffneten Linie Lustgarten-Treptow (Eisenstraße) infolge Mangel an Verkehr seit dem gestrigen Tage eingestellt. Statt dessen wird die Gesellschaft in den nächsten Tagen eine neue Linie eröffnen, deren Wagen zwischen Gartenplatz und Treptow kursiren werden.

Ueber die Punschbowle des Kaisers schreibt der „Lokal-Anzeiger“: Von dem Interesse unseres Kaisers für alles, was die Kunst anbetrifft, legt eine Punschbowle neues Zeugniß ab, zu welcher der Monarch selbst den Entwurf gezeichnet hat. Die Ausführung wurde dem Goldschmied Werner übertragen.

Infolge der vielen Verkehrshörungen, welche bei dem elektrischen Betriebe der Pferdebahn-Gesellschaft bisher zu verzeichnen waren, hat sich die Direktion entschlossen, dem Uebelstande durch Abgabe eines verstärkten Stromes entgegenzutreten. Es werden jetzt für die Bahnhöfe statt 500 500 Volt Strom gegeben mit dem Erfolge, daß seit dieser Aenderung Betriebsstörungen nicht mehr zu verzeichnen waren. So der offizielle Wadsettel. Man sollte sich aber nicht gleich auf Renommiren verlegen. Am Montag Abend kamen, wie berichtet wird, in der Säulowstraße wieder Betriebsstörungen vor.

Die Verhandlungen zwischen der Direktion der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft und dem Magistrat haben Zeitungsveränderungen zufolge vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtordnenden zu folgendem Ergebnisse geführt: Die Stadt Berlin verlängert die Koncession der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft auf weitere acht Jahre unter nachstehenden Bestimmungen: Die Pferdebahn-Gesellschaft verpflichtet sich, binnen fünf Jahren ihren gesammten Betrieb in einen elektrischen mit Einheitstarif auf allen Linien umzuwandeln; sie verpflichtet sich weiter, binnen fünf Jahren Neubauten auszuführen, die einen Aufwand von annähernd 40 Millionen Mark erfordern; die jährliche Abgabe an die Stadt Berlin erhöht sich von 8 auf 10 v. H. vom Reingewinn. Weiter will man erfahren haben, die städtischen Behörden hätten die Uebernahme der Elektricitätswerke durch die Stadt Berlin abgelehnt.

Die Dampfschiff-Gesellschaft „Stern“ hat eine neue Anlage an der Säulingsbrücke eröffnet.

Warum? Auf Bahnhof Alexanderplatz sind die großen Retiraden trotz des jetzigen großen Ausstellungenverkehrs laßig geworden. Es giebt nur noch zwei kleine, die eine unentgeltlich, die andere gegen Entgelt. Mehr Geschäftsgeld ist kaum zu verlangen.

Wiederum soll ein neues großes Theater projektirt sein, und zwar, wie ein hiesiges Blatt meldet, von dem Verleger des Berliner „Lokal-Anzeigers“. Derselbe will ein „Goldtheater“ errichten, in dem die Abonnenten des „Lokal-Anzeigers“ zur Hälfte des Restpreises Eintritt finden. Wir dächten, an einem Schiller-Theater hätte der minder zahlungsfähige, aber sonette Bürger Berlins schon gerade genug. Oder will man ein zweites Olympia-Theater für die Abonnenten des „Lokal-Anzeigers“ gründen?

Dr. Fris Friedmann hatte gestern eine zweite Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter zu bestehen, der sich wiederum zu ihm in die Hölle begab. Durch einen Zufall wurde ein Zusammenreffen zwischen Friedmann und dem Freiherrn v. Hammerstein herbeigeführt. Beide wurden zu dem täglichen Spaziergang gleichzeitlich nach dem Hofe des Untersuchungsgefängnisses geleitet. Sprechen konnten sie miteinander jedoch nicht.

Ein anscheinend Irrenkranke, der in der Nacht zum Dienstag mit einem Messer in der Schönhauserstraße umhergelaufen und dann von einem Unbekannten niedergeschlagen wurde, ist nach der Charitee gebracht worden.

Die Mittheilung des Fuhrhalters, daß bei dem Konflikt, den ein Fuhrwerksbesitzer am Freitag in Kairo hatte, die Pferde von den Beduinen geschlachtet werden sollten, ist, wie nunmehr mitgetheilt wird, durchaus unrichtig.

Zwei Baunfälle haben sich im Laufe des Montags ereignet: Auf dem Neubau Petersburgerstraße 6 brach vormittags infolge Ueberlastung ein zur Errichtung der Mittelwände hergestelltes Gerüst zusammen. Hierbei stürzten die Maurer Otto Lichtenberg und Paul Habicht 4 Meter in das Treppenhause hinab. Lichtenberg erlitt außer einem Schädelbruch schwere innere Verletzungen und mußte nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht werden. Habicht, der nur leichte Verletzungen am Kopfe und an den Händen davongetragen hatte, konnte sich selbst dorthin begeben. — Nachmittags stürzten auf dem Grundstücke Lichterfelderstraße Nr. 30 infolge Zerreißen der am mittleren Bod eines Gängegerüsts zur Befestigung des Blachenzuges angebrachten Taufe zwei Gerüstbrücken aus der Höhe des dritten Stockes herab, wobei der 46 Jahre alte Dachdecker Rudolf Hnedbauer und der 29 Jahre alte Malergehilfe Alex. Gütter auf den Hof hinabfielen. Ersterer erlitt einen schweren Bruch des Beckens, letzterer eine erhebliche Verletzung am Hüftgürtel; beide wurden nach dem Krankenhause am Urban gebracht. Zwei anderen, ebenfalls auf der Rüstung befindlichen Malern, Paul Mürr und Felix Neumann, gelang es, im Augenblick der Gefahr die Gerüsttaue zu erfassen und sich daran festzuhalten, bis sie durch Hausbewohner aus ihrer Lage befreit wurden. Beide trugen nur leichte Verletzungen davon.

Auscheinend auf der Reise hat sich am Montag Abend ein unbekannter Mann auf dem Lehrter Hauptbahnhof das Leben genommen. Man fand seine Leiche bald nach 8 Uhr auf einem entlegenen Orte des Bahnhofes auf, wo er sich erhängt hatte. Es handelt sich um einen gut gekleideten Mann von etwa 50 Jahren, einen Krüppel, dem das rechte Bein am Oberschenkel abgenommen worden ist.

Im Krankenhause ist der 73 jährige Almosenempfänger Kalbe aus der Eisenacherstraße zu Charlottenburg am Montag Abend gestorben, der am Sonntag Abend infolge eigener Unvorsichtigkeit am Rollendorfsplatz unter einen Wagen der Dampfstraßenbahn geriet und so schwer überfahren wurde, daß er einen Fuß verlor.

Verstümmelter ist der 30 Jahre alte Buchhalter Johannes Bönsch, der Säulowstr. 54 bei seinem Vater, einem Postbeamten, wohnte.

Als am Montag ein Radfahrer namens Paul Hahn auf seinem Zweirad von der Rathenowerstraße in die Thurnstraße einlenken wollte, warf ihm ein etwa 13jähriger Knabe einen Knäuel zwischen die Speichen, wodurch der Fahrer zu Fall kam. Der Sturz war so unglücklich, daß H. eine Verrenkung des rechten und einen Bruch des linken Armes erlitt. Der Verunglückte wurde in einer Droschke nach seiner Wohnung geschafft. Der Junge hat sich leider durch die Flucht der Strafe für seinen nichtswürdigen Trevel entzogen.

Ein frivoles Spiel trieb am Montag Nachmittag der Klempner Edmund Schulz in der Fernstraße. Schulz lag gegen 6 Uhr in der Nähe der Eisenbahnbrücke und jammerte, als ein berittener Schutzmann ihn fand, daß er nicht gehen könne, weil er überfahren worden sei und einen Beinbruch erlitten habe. Der Schutzmann holte eine Droschke, stieg vom Pferde, trug den anscheinend schwer verletzten Mann in den Wagen und geleitete ihn nach einem Krankenhause. Hier übergab er sein Pferd einem Jungen zum Halten und sorgte für den Kranken, bis er aufgenommen war. Ein Wärter kam, vorsichtig hob man den Mann, der laut über seine Schmerzen klagte, aus der Droschke heraus, legte ihn auf einen Handwagen und brachte ihn auf die Station. Als aber hier die Ärzte den Schulz untersuchten, stellte sich heraus, daß der ganze Unfall erdichtet war. Er entfernte sich schleunigst.

Einen glücklichen Absturz aus der Höhe des dritten Stockwerks machte gestern der 18 jährige Arbeiter Möser, welcher auf einem Neubau an der Nixdorf-Brüher Grenze thätig war. Er wurde, nachdem er den gefahrvollen Absturz gethan, in das nahe Kreis-Krankenhaus gebracht, wo festgestellt wurde, daß er, abgesehen von einer Gesichtswunde, keine erhebliche Verletzung erlitten hatte.

Selbstmord hat Montag Abend aus unbekanntem Gründen der 48 Jahre alte Töpfer Wilhelm Jäncke aus der Mülterstraße Nr. 158 b begangen.

Gesperrt für Fuhrwerke und Reiter sind bis auf weiteres: Der westliche Damm des Zionskirchplatzes von der Orlebensstraße bis zur Zionskirchstraße behufs Asphaltirung und der Kreuzdamm der Charlotten- und Schönebergstraße behufs Asphaltirung der elektrischen Straßenbahn vom 2. Juni cr. ab, die Memelerstraße von der Königsbergerstraße, einschließlich Kreuzdamm, bis zur Posenerstraße behufs Umpflasterung vom 3. Juni ab, die Demminerstraße, von der Brunnenstraße bis zur Putzenerstraße exkl. Kreuzdamm behufs Asphaltirung vom 2. Juni ab, die Hirttenstraße, von der Partellstraße bis zur Prenzlauerstraße ebenfalls behufs Asphaltirung vom 2. Juni ab.

Aus dem Polizeibericht. Am Montag früh wurde in der Spree, an der Straße Siegmundshof, die Leiche der Buchhalterin Baleska C., Calowstraße 31, angeschwemmt. — Erhängt wurden vorgefunden: Der dem Trunk ergebene 46jährige Berggold Otto G. in seiner Schlafstelle in der Kasanien-Allee, ferner ein etwa 50 Jahre alter Mann auf dem Abort des Lehrter Bahnhofes, und endlich der 47jährige Töpfer Wilhelm J. in seiner Wohnung in der Mülterstraße. — Aus „Liebesgram“ versuchte nachmittags der 27jährige Buchhandlungs-Gehilfe Karl O. in der Bodstraße sich durch einen Revolveranschlag in die Brust zu tödten. Er wurde schwer verletzt nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht. — Infolge eines Streites mit ihrem Geliebten machte abends die 23jährige Schneiderin Klara U. in der Wohnung ihrer Freundin in der Bernauerstraße den Versuch, sich mit Schwefelsäure zu vergiften; sie hatte jedoch erst einen kleinen Theil zu sich genommen, als ihr die Freundin den Rief entriß. Nach Anwendung von Gegenmitteln scheint eine ernstere Gefahr ausgeschlossen zu sein. — Abends fiel der 34jährige Kutscher Ernst Seblöse vor dem Hause Gneisenaustraße 68 anscheinend infolge Unwohlseins von seinem Arbeitswagen, gerieth unter die Räder und verletzte sich die rechte Hand, so daß er in das Krankenhaus am Urban gebracht werden mußte. — In der Nacht zum Dienstag fand in der Schankwirtschaft von Soble, Stralauerstraße 35, wegen einer Frauensperson eine Schlägerei statt, wobei der obdachlose Sattler Ludwig Barthelmann den Tischler Konrad Sommer durch einen Messerhieb in den linken Vorderarm schwer und den Arbeiter Heinrich Leuchter an der Hand leicht verletzte. Der Thäter wurde verhaftet.

Witterungsübersicht vom 2. Juni 1896.

Stationen.	Barometer stand in mm. reduziert auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1—12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius = 9/5 F.
Swinemünde	763	SO	3	wolkenlos	18
Hamburg	760	OSO	3	wolkenlos	18
Berlin	762	OSO	3	wolkenlos	19
Wiesbaden	760	O	1	wolkenlos	16
München	762	O	3	wolkenlos	16
Wien	763	N	1	wolkenlos	13
Paparanda	758	NO	6	heiter	4
Petersburg	—	—	—	—	—
Coit	758	S	2	halb bedekt	16
Aberdeen	760	OSO	4	bedekt	9
Paris	765	SO	2	wolkenlos	16

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 3. Juni 1896.
Warmes Wetter mit mäßigen, südlichen Winden, zunehmender Bewölkung und Gewitterneigung; nachher etwas kühler.
Berliner Wetterbureau.

Gewerbe-Ausstellung 1896.

Der Kassenabschluss der Ausstellung für Monat Mai soll sich günstiger gestellt haben, als ansangs erwartet wurde. Es sind verkauft worden an den Kassen der Ausstellung, der Eisenbahnen und der Dampfschiffe für 510 000 M. Billets und außerdem für 90 000 M. Dauerkarten. Hoffentlich karirt dies Resultat, welches als recht gut bezeichnet wird, den geschäftsführenden Ausschuss ein wenig von der nervösen Stimmung, die sich zum Schaden des Unternehmens in der letzten Zeit nur zu auffällig bemerkbar machte.

Auch ein Segen der Gewerbe-Ausstellung. Das „Hamburger Engros-Lager“ auf dem Spittelmarkt giebt seinem Personal folgendes bekannt: „In anbetragt dessen, daß hiesige andere große Kaufhäuser in diesem Jahre Urlaube von Erholungswecken gar nicht ertheilen wegen voraussichtlich starken Geschäftsganges während der Ausstellung, können auch wir nur in ganz beschränktem Maße den an uns heranretenden Gesuchen Rechnung tragen.“ — Es scheint, als ob der voraussichtlich flotte Geschäftsgang während der Ausstellung die Einstellung von Hilfspersonal aus irgend einem geheimnißvollen Grunde unmöglich macht. Mögen die in Stellung befindlichen Gehilfen und Gehilfeninnen sich zu Ehren des Profits abrackern und mögen die zu hunderten auf den Straßen laufenden Stellungslosen sehen, wie sie weiter verhungern!

Freie Ausstellungsmittage. Der Ortsverein IV des Vereins der deutschen Kaufleute hat sich zu der Kühnheit aufgeschwungen, den folgenden Beschluß zu fassen: „Der Verein der deutschen Kaufleute beschließt, durch Veröffentlichungen in den größeren Tages- und Fachzeitungen die Geschäftsinhaber zu ersuchen, ihren Angestellten während der Dauer der Gewerbe-Ausstellung mindestens alle 14 Tage einen freien Nachmittag zu gewähren, damit den Angestellten Gelegenheit geboten werde, die Ausstellung eingehend besichtigen und die daraus geschöpften Erfahrungen geschäftlich zu verwerthen zu können.“ — Mögen einzelne

weise haben unter den Geschäftsinhabern diesen Verlangen auch stattgeben, so wird im allgemeinen das kaufmännische Unternehmertum den gefassten Beschlüssen als eine große Dreifachheit betrachten. Das Vorgehen des „Engros-Lagers“ und anderer Geschäfte, auf welche diese Firma sich bezieht, zeigt deutlich, was die Glücke geschlagen hat.

Ein sehr verständiger Beschluß ist von Arbeitsausschuß gefaßt worden. Er hat auf Vorschlag der Vortragskommission nämlich angeordnet, den Eintritt für die Vorträge vollständig freizugeben. Der Besuch der Vorträge hat sich in letzter Woche erheblich gesteigert.

Wegen dauernder Erhaltung einzelner Bauten der Ausstellung haben bereits Ausdrücken mit Oberbürgermeister Stelle stattgefunden. Der Oberbürgermeister hat im Prinzip der Idee, einen Teil der Bauten für spätere Ausstellungen erhalten zu sehen, vollste Sympathie entgegengebracht, zugleich aber betont, daß die Durchführung der Idee in der Stadtverwaltung nur dann werden vertreten können, wenn der Stadt selbst Opfer dazunehmen und Sicherheit geboten ist, daß in angemessener Weise für Unterhaltung und Verwaltung der Gebäude gesorgt wird. Man plant die Bildung eines Konsortiums, welches diese Verpflichtung übernehmen will.

Die sämmtlichen Wohnungs-Verhältnisse der Reklamerinnen im Vergnügungspark sind bekanntlich vor Kurzem von uns geschildert worden. In dieser Angelegenheit meldet jetzt die „Kreuz-Ztg.“: Der Besitzer eines großen Establishments im Vergnügungspark der Gensler-Ausstellung hatte Reklamerinnen und Bedienung vielfach in Räumen schlafen lassen, welche polizeilich nicht abgemessen und für Schlafzwecke völlig ungeeignet waren. Auf Anordnung der Polizei sind diese Räume nunmehr geschlossen worden. — In der Sonderausstellung Kairo, sowie in der Deutschen Kolonialausstellung werden von Zeit zu Zeit sanitätspolizeiliche Revisionen seitens des Kreisphysikus stattfinden, um das Einschleppen von Krankheitsstoffen durch Araber und Afrikaner zu verhindern.

Bei einem Streik der im Stuhvermietungs-Geschäft angestellten Bogen, der am Sonntag ausgebrochen, sollen dem „N. Journal“ zufolge Ausdrücken vorgekommen sein, welche zur Folge gehabt hätten, daß der 15-jährige Paul Knappe, Hächelstraße 43, der den Streik nicht mitmachen wollte, verwundet worden sei. Fünf junge Leute sollen verhaftet sein.

Auf der internationalen Hunde-Ausstellung ist dem Kaiser die silberne Medaille für fünf Hunde zuerkannt worden, die er dahin geschickt hatte. Zur Beaufsichtigung der Thiere waren, wie die „Nat.-Ztg.“ zu berichten weiß, sechs und vierzig Säbberer Jäger beurlaubt worden.

Die „Fontaine lumineuse“ beansprucht, wie die Berliner Ausstellungs-Zeitung“ schreibt, allmählich ein Kuriositäts-Interesse. Wenn nicht noch Wunder geschehen, so wird wohl vor Schluß der Ausstellung auf ihre Vollendung nicht gerechnet werden dürfen. Man hat schon eine Anzahl Gründe genannt, warum das Ding nicht fertig werden will — nur den richtigen Grund scheint man zu verschweigen. Das neueste ist, daß infolge von Siderwasser die Einmauerung unterirdisch wurde und einstürzte. In drei Wochen soll die Fontäne endlich fertig sein. Warten wir es ab.

In dieser Woche findet in der Gruppe II. im oberen Stockwerk des Trachtenpavillons eine Sonderausstellung von Kostümen, Blusen, Capes, Umhängen und anderen Konfektionsartikeln statt.

Der Anzug des Aufsichtsdirektors am Hauptrestaurant Adlon u. Dressel wird am heutigen Tage dem Publikum zur Benutzung übergeben. Vorgestern Nachmittag hat die Abnahme des mit elektrischer Kraft getriebenen Aufzuges durch Herrn Gewerbe-Inspektor Jäger stattgefunden. Die Aufzöge nach dem 40 Meter hohen Aussichtspunkt, die ca. 30 Sekunden dauern, finden statt täglich von 10—1 Uhr und 2—6 Uhr. Die Aufsahrt kostet pro Person 30 Pf.

Unfallstatistik der Ausstellung. In der Woche vom 24. bis 30. Mai sind auf der Sanitätsstation 141, auf der Unfallstation 101 kranke und verwundete Personen behandelt worden.

Der Betrieb der elektrischen Nordbahn mußte am gestrigen Tage eingestellt werden, weil die Leitung getroffen war. In der Nacht zum Dienstag wurde die Uebergangsbauwerke der Nordbahn am Musterplatz abgetragen, wobei die Leitung beschädigt wurde. In Stelle der abgetragenen Brücke wird übrigens ein einfacher Fußübergang hergestellt werden.

Kunst und Wissenschaft.

Franklin Emma Goerke, Fräulein Elise Sarkowka und Herr Robert Schweißmann werden Mittwoch, den 3. Juni er., mittags 12 Uhr, beim Dienel'schen Orgelvortrage in der Marienkirche mitwirken. Der Eintritt ist für jedermann frei.

In der internationalen Kunstausstellung ist gestern die 8. russische Abteilung eröffnet worden. Die Sammlung ist in den Sälen 87 und 88 untergebracht und zählt 160 Werke von 116 Künstlern.

Diebstahl geistigen Eigentums. Plagiate und deren Verfertiger beschäftigen heute mehr denn je die Öffentlichkeit. Aus Dresden kommt jetzt die Nachricht, daß der bisherige Intendant des Igl. Hoftheaters, Dr. Franz Koppel-Gälsel plötzlich aus seiner Stellung als Dramaturg des Theaters entlassen ist. Diese Entlassung vom Amt hängt mit einem Plagiat zusammen, welches Dr. Arthur Seidl in der „Deutschen Wacht“ vor einigen Wochen dem Herrn Intendant nachgewiesen hat. Vor einem Jahre veröffentlichte Paul Lindau in seiner Zeitschrift Nord und Süd ein Bildnis des Dr. Koppel-Gälsel und dazu dessen Erzählung: „Die süße Frau“. Lindau und andere Dresdener Literaturfreunde waren überrascht über das reiche Talent, das sich in dieser Erzählung befand, und Dr. Koppel nahm die Komplimente für diese Erzählung sowohl privatim wie auch in den Besprechungen der Blätter öffentlich entgegen, ja, er hat auch diesen und jenen Kritiker um Besprechung der Geschichte ersucht. Dr. Arthur Seidl hat nun nachgewiesen, daß ganze lange Seiten dieser Erzählung einem Werke W. N. v. Weber zum Teil wörtlich entnommen sind, zum Teil in einer derart umfassenden Weise benutzt wurden, daß man nicht begreift, wie ein Schriftsteller von Koppel's Talent darauf verfallen konnte, einen anderen Autor derart auszusprechen und mit dem Produkt seinen Freund Lindau zu täuschen.

Gewichts-Beitrag.

Einen typischen Beitrag zu den Berliner Bauverhältnissen lieferte die Verhandlung, welche gestern vor der zweiten Strafkammer unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Kaefer stattfand. Drei Handwerksmeister, der Schlossermeister Carl Reich, der Töpfer Edward Herzog und der Tischler Franz Liezeng, sollten sich durch einen Akt der Selbsthilfe des strafbaren Eigentums schuldig gemacht und ihr eigener Auftraggeber, der Bauunternehmer Hermann Bodin, sollte sie dazu angezettelt haben. Die Angaben der vier Angeklagten deckten sich genau mit dem Ergebnis der Beweisaufnahme. Bodin hatte die Baustelle Scopiussstraße 2 erworben, die er anfangs des vorigen Jahres zu bebauen anfang. Die Baugelder gab die Preussische Pfandbriefbank her. Nach vorheriger Schätzung wurde ein Feuerkassenwert von 200 000 M. angenommen. Hieron wollte die Bank 70 pCt. also 140 000 M. zahlen, eine Hypothek in dieser Höhe wurde sofort auf das Grundstück eingetragen. Vorher war aber noch eine bereits vorhandene Hypothek von 88 000 M. zu löschen, so daß für den Bau noch 104 000 M. verblieben. Der Zimmermeister Wolf, der die Zimmerarbeiten lieferte, erhielt sämtliche Baugelder zehnt und übernahm die Verpflichtung, hiervon die übrigen Handwerker nach Maßgabe der von Bodin ausgestellten Anweisungen zu befriedigen. Im Sommer vorigen Jahres war der Bau beinahe fertig. Die Bank ließ denselben jetzt durch den Baumeister Wohlgenuth abschätzen und nun stellte sich heraus, daß der Bau nicht den erwarteten Feuerkassenwert erreicht hatte. Die Bank, welche bereits 128 500 M. Baugelder gegeben hatte, weigerte sich, weitere Zahlungen zu leisten und nun saß Bodin und mit ihm seine Handwerker auf dem Trocknen. Da nun bereits eine Hypothek von 140 000 M. für die Bank eingetragen war, so begaben die vier Angeklagten sich zu dem Bankdirektor und ersuchten ihn, die zu viel eingetragenen 16 500 M. löschen zu lassen, hiervon könnten dann die Handwerker befriedigt werden. Die Bank wollte hierauf nicht eingehen (der als Zeuge vernommene Direktor befandete im Termine, daß ein solcher Antrag schriftlich hätte eingereicht werden müssen, erklärte aber, daß sie bereit sei, das Grundstück bis zu 75 v. H. des Feuerkassenwertes zu beleihen. Damit war den Angeklagten wenig geholfen. Man hatten die Handwerker geglaubt, dadurch besonders vorsichtig gewesen zu sein, daß sie in den zwischen ihnen und Bodin abgeschlossenen Verträgen die Bedingung aufgenommen hatten, daß sämtliche von ihnen gelieferten Arbeiten ihr Eigentum bleiben sollten, bis sie vollständig bezahlt seien, einerlei ob sie bereits im Bau besetzt waren oder nicht. Bodin rief ihnen nun, von dem hieraus für sie erwachsenen Recht Gebrauch zu machen und so viele der von ihnen gelieferten Gegenstände aus dem Bau wieder herauszuholen, bis sie für ihre Restforderungen gedeckt seien. Die angeklagten Handwerker folgten diesem Rath, eines Tages wurden die Ofen und Kochmaschinen wieder abgehoben, die Türen ausgehängt und Ballongitter und Schieber wieder losgeschraubt. Die Bank stellte gegen die Angeklagten den Strafantrag. Das Haus wurde unter den Hammer gebracht, Wolf erstand es für 129 500 M., sodas die Bank nicht geschädigt wurde. Nur Bodin will 30 000 M. eigenes Geld in den Bau gesteckt haben und ist jetzt ein ruinierter Mann.

Der Staatsanwalt beantragte die Freisprechung sämtlicher Angeklagten, denn einerseits habe das Reichsgericht entschieden, daß einem Pfandgläubiger nicht ohne weiteres die Gewahrsame an den in einem Bau befindlichen Gegenständen zuzufinde und andererseits hätten die Angeklagten nicht das Bewußtsein von der Rechtswidrigkeit ihrer Handlungsweise gehabt. Die Verteidiger, Rechtsanwält Drucker und G. Müller, führten aus, daß auf irgend einer Seite zweifellos ein wirtschaftliches Unrecht begangen sei. Eigenhümer der Gegenstände sei aber Bodin und nicht die Bank gewesen und es sei doch nicht möglich, daß dieser die drei Angeklagten zu einer ihn schädigenden Handlung angezettelt oder daß diese Handlung als strafbarer Eigennutz oder gar als Diebstahl aufgefaßt werden könne.

Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung sämtlicher Angeklagten. Der pensionierte Polizeiwachmeister Herbst hatte sich gestern wegen Verletzung eines Schuhmanns vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Der Angeklagte hatte eines Abends mit mehreren Bekannten eine kleine Bierreise gemacht und war auch in einen in der Koppentrasse belegenen Ingel-tangel hineingerathen. Dort amüsierte sich einer der Gäste auf seine Art: er hatte sich das ganze Gesicht schwarz gemacht und ein Blechgeschloß auf den Kopf gesetzt und als eine Chansonette ein prickelndes Lied von der „Badehofe“ sang, hatte er sich auf den Moralisten ausgespielt und mit lauter Stimme „ein anständiges Lied, wie es für ehrliebe Bürger paßt“, verlangt. Dies verdroß den Wirth und auf dessen Ersuchen forderte ein im Lokale anwesender Kriminalschuttmann den „Schwarzen Max“ auf, das Lokal zu verlassen, und als dagegen remonstrirt wurde, schickte er ihn zur Polizeiwache. Der Angeklagte und seine Freunde glaubten, daß dem Wirthmacher unrecht geschehen sei, sie führen deshalb schweigend mit einer Droschke gleichfalls zum Polizeibureau, um sich als Zeugen anzubieten. Dort wurden sie von dem Schuhmann Jatz nicht vorgelesen, sondern zum Hause hinausgewiesen. Bei dieser Gelegenheit richtete der Angeklagte die freundliche Anfrage an den Beamten, ob er ihm einmal in die Zähne schlagen solle. Als sich die zurückgewiesenen Zeugen auf der Straße nicht sofort entfernten, trat der Schuhmann noch-mals vor die Thür und forderte sie auf, „keine Zusammenrottung“ zu bilden. Da antwortete ihm der Angeklagte: „Sie haben ja keine Ahnung von Ihrem Dienst.“ Hierdurch fühlte sich der Schuhmann mehr beleidigt als durch das erste unfreundliche Anerbieten des pensionierten Wachmeisters und nahm nunmehr diesen fest. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu 50 M. Geldstrafe, wobei er berücksichtigte, einerseits daß der Angeklagte wohl etwas angezogen war, andererseits aber, daß er als ehemaliger Polizeibeamter besondere Veranlassung hatte, nicht in dieser Weise gegen einen Schuhmann aufzutreten.

Die Aufsehung einer Stadtverordnetenwahl beschäftigte am 30. Mai den 2. Senat des Ober-Verwaltungsgerichts. Im November 1894 hatte die 1. Wählerabtheilung zu Ostrow zwei Wahlen zur regelmäßigen Ergänzung der Stadtverordneten-Versammlung und die Ersatzwahl für ein vor Ablauf seiner Amtszeit ausgeschiedenes Mitglied der Stadtvertretung vorgenommen. Die Wahlen wurden in einem Wahlakte verbunden. Vor dem Eintritt in die Wahlhandlung, als nur erst ein Theil der Wähler zur Stelle war, verkündete der Wahl-vorsteher, daß drei Namen hintereinander zu nennen seien und daß er die beiden ergebnannten Personen als die zur Ergänzung bestimmten und die letzte als Ersatzmann betrachten werde. Gegen die Billigkeit der drei Wahlen wurde nach erfolglosem Einspruch Klage erhoben. Der Kläger Stenzel war der Meinung, daß die Belehrung der Wähler betrefis der Reihenfolge nicht bloß vor Beginn der Wahlen erfolgen durfte, sondern daß sie während ihres Verlaufes mehrfach hätte wiederholt werden müssen. Der Bezirksauschuß erklärte das Mandat der drei Gewählten für ungültig. Er führte aus: Wenn Artikel I des Gesetzes vom 31. März 1891 ausdrücklich vorschreibt, daß im Falle der Verbindung von Ergänzungs- und Ersatzwahlen jeder Wähler zunächst so viel Personen zu bezeichnen habe, als zur regelmäßigen Ergänzung, und darauf so viel, als zum Ersatz notwendig seien, dann werde damit bezweckt, Mißverständnissen und Irthümern vorzubeugen. Die Bestimmung könne demnach nur so verstanden werden, daß nicht mehrere Namen unterschiedslos hintereinander zu nennen seien und daß jeder Wähler von selbst oder auf Befragen des Vorstehenden angeben solle, welche Person er zum Ersatz und welche er zur Ergänzung wählen wolle. — Das Ober-Verwaltungsgericht theilte jedoch diese Auffassung nicht. Der Vorstehende Jenzel führte aus, das Gesetz gebe dem Wahl-vorsteher das Recht, bei einer Verbindung von Ergänzungs- und Ersatzwahlen die ergebnannten Kandidaten als Ergänzungs-männer und die oder die später genannten als zum Ersatz bestimmt anzusehen; eine Vorschrift, in welcher Weise die Trennung sonst noch zu bewirken wäre, enthalte es nicht. Der Senat hob deshalb die Vorentscheidung auf, beließ es jedoch hinsichtlich der Ersatzwahl bei der Ungültigkeitserklärung, weil bei derselben eine erhebliche Unregelmäßigkeit hier nicht interessirender Art vorgekommen war.

Der Polizeifergeant Hoffmann aus Aplerbeck, welcher in Dortmund im betrunkenen Zustand mittels blanker Waffe gegen eine Festversammlung vorging, wurde gestern zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurtheilt.

Eine zahlreich besuchte Versammlung der ausgesperrten Outarbeiter und Arbeiterinnen tagte gestern Vormittag im Schweizergarten, um den Situationsbericht über den gegenwärtigen Stand der Bewegung entgegenzunehmen. Wie aus dem Bericht hervorging, hat sich die Lage der Ausständigen noch bedeutend günstiger gestaltet, indem sich bisher nur sehr wenig Streikbrecher gefunden haben, so daß die Fabrikanten jetzt zu dem Mittel greifen, vollständig ungelernnt, mit dem Tarif nicht vertraute Arbeitskräfte einzustellen, um auf diese Weise den Glanben unter den Ausständigen zu erwecken, daß in den Fabriken die Arbeit nicht ruht. Verschiedene Fabrikanten scheinen auch schon einzusehen, daß das Vorgehen gegen die Organisation ein verfehltes war; sie versuchen nun Arbeiter, ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zur Organisation, zu bekommen. Ein weiterer Beschluß der Fabrikanten, nach welchen diejenigen Werkmeister, welche sich verpflichteten, keine Arbeiter anzulernen und nur ihre bisherigen Arbeiten verrichten, auf ein Jahr aus den Fabriken auszuschließen und nicht zu beschäftigen, wurde von den Anwesenden damit erwidert, daß sie sich mit den Gemäßigten solidarisch erklärten und nur erst dann gewillt sind, die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn auch diese wieder an ihre Plätze eingestellt werden. Von einem Medner wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Fabrikanten versuchen, die notwendigen Aufträge in den Provinzen fertigstellen zu lassen. Um dies zu verhindern, sollen geeignete Schritte unternommen und die Kollegen in den verschiedenen Städten aufgefordert werden, solche Arbeiten unter allen Umständen zurückzuweisen. Einmüthig gelangte sodann eine Resolution zur Annahme, in welcher die Anwesenden sich verpflichten, treu zur Organisation zu halten und erklären, so lange auszuhalten, bis sämtliche Forderungen bewilligt sind. Unter Verschiedenem wurde das Verhalten der Gutgeschäftsinhaber M a m l o d, Weihenburgerstraße, und J u l o w -Bankow getadelt, weil sie trotz der Befehle Arbeiten von Ausständigen verrichten. Nachdem noch bekannt gegeben wurde, daß das Streikbureau zu Biedemann, Blumenstr. 83, Teleph. Amt VII Nr. 8760 verlegt worden sei, erfolgte der Schluß der Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf das Gelingen der Bewegung.

Die ausständigen Musikinstrumenten-Arbeiter tagten am Dienstag Nachmittag in der Brauerei Friedrichshain in einer stark besuchten Versammlung. Die Kommission erhaltete durch R ö h n einen eingehenden Bericht über die gegenwärtige Situation des nun schon sieben Wochen dauernden Kampfes. Da sich trotz der entgegengegesetzten Versammlungsbefehle die Arbeiter einer Anzahl Fabriken veranlaßt gesehen haben, nachdem ihnen einige Zugeständnisse von einzelnen Fabrikanten gemacht wurden, die Arbeit wieder aufzunehmen, wie bei Schmidt, Nieber, Jaskinsky, in der „Euterpe“ bei Buchholz und Kufka, so hat es die Kommission für richtig gehalten, noch einmal einen Versuch zu machen, mit den Fabrikanten zu verhandeln. Auch auf Seite der Unternehmer sei man dieser Nachprobe müde. Die Kommission habe daher einen formellen Antrag an das Gewerbegericht zur Herbeiführung eines Einigungsversuchs zwischen den streikenden Parteien gestellt und werde es sich nun zeigen, ob es dem King daran liege, sich ins Unrecht zu setzen und seine Arbeiter zu knebeln oder ob man ihnen Annehmbares bieten wolle. Medner empfiehlt den Streikenden, diesen Schritt der Kommission gut zu heißen, eine Anzahl von Personen zur Vertretung der Interessen vor dem Gewerbegericht zu bestimmen, aber bis zur Beendigung der Streitigkeiten im Streik auszuharren. In der Diskussion äußern sich Bogiez, Markmann, Wustrow, Pieper, Carow, Schumann, Mahne für die Vorschläge der Kommission. Seibt, Voigt, Kleinlein ermahnen die Streikenden auszuharren bis zum letzten Augenblick, um nicht von einem kleinen Häuflein Kapitalisten zur Strecke gebracht zu werden. Nach einem Schlußwort Röhns gelangt folgender Antrag zur Annahme: Die Versammlung beschließt: Das Gewerbe-gericht als Einigungsamt anzurufen und bestimmt die Kollegen Wustrow, Carow und Röhns, die Vertretung der Streikenden vor dem Gewerbegericht zu führen. Der Kampf wird so lange fortgeführt, bis das Resultat der Verhandlungen des Einigungsamts in einer demnächst stattfindenden Versammlung bekannt gegeben worden ist.

Vermishtes.

Ueber das gemeldete Aufsteigen einer Plattermine auf dem Monierübungsplatz bei Weisshof wird der „Danz. Ztg.“ aus Thorn unterm 31. Mai geschrieben: Die 2. Kompanie des hier garnisonirenden 2. pomm. Pion.-Bat. übte unter Leitung des Hauptmanns Adam das Minenlegen. Dabei wurde eine Plattermine mit 10 Pfund Pulver gelegt, in deren Nähe die Kompanie stand, als die Mine mit einem Male in die Luft ging. Der Luftdruck und die umherliegenden Erd- und Steinmassen der Mine richteten im ersten Augenblick eine große Verwirrung an. Hauptmann Adam, Lieutenant Jannemann I. und viele Leute wurden von Erdmassen getroffen und zur Erde geschleudert. Unteroffizier Plater wurde in die Luft gehoben und fiel dann mit dem Kopf zuerst auf die Erde. Hauptmann Adam ist am Kopf schwer verletzt. An der Stirn hat er schwere Wunden erlitten, auch ein Auge ist gefährdet. Lieutenant Jannemann I hat schwere Verletzungen an den Beinen erlitten, Unteroffizier Plater solche am Kopf. Die weiter vorgekommenen Verletzungen sind unbedeutend. Die Entzündung der Mine schreibt man einem unglücklichen Zufall zu. Die Verunglückten hofft man am Leben zu erhalten.

Aus Antwerpen wird gemeldet: Die auswärts verbreiteten Meldungen über eine angebliche Katastrophe bei der letzten Sonntagsvorstellung in hiesigen Circus Lockhart sind übertrieben. Etwa zwanzig Personen erlitten am Gesicht und an den Händen leichte Hautabschürfungen; der Vorfall entbehrt jeglicher Bedeutung.

Durch die Raubthätigkeit eines Schauspielers der Lyrischen Oper zu London ist eine Katastrophe vermieden worden. Mitten in der Vorstellung des patriotischen Dramas „For England“ faßte eine der Kuffen auf der Szene plötzlich Feuer. Schon stürzte alles schreiend nach den Thüren, als der Schauspieler ausrief: „Keine Furcht! Das gehört zum Stück!“ In demselben Augenblick ließen die Esprituellen den eisernen Vorhang fallen. Zwanzig Personen höchstens hatten den Saal verlassen. Die übrigen nahmen ihre Plätze wieder ein, und wenige Minuten später war man hinter der Bühne des Feuers Herr geworden. Die Heistesgegenwart des Künstlers, der den Brand als zum Stück gehörig bezeichnete, hatte eine Katastrophe entschlichter Art verhindert.

In Sassari auf Sardinien ist am Dienstag infolge von Wollenbrüchen ein Haus zusammengefallen; drei Personen wurden dabei getödtet.

Aus Kairo meldet der Telegraph: In der Hochschule der Araber Moschee sind am Montag Unruhen vorgekommen. Die Studenten widersetzten sich dem Eintritt von Sanitätsbeamten, welche Maßregeln bezüglich eines Cholerafalles in Anwendung bringen wollten. Die Anführer schlossen das Thor der Moschee und empfingen den Gouverneur Maher Pascha und den stellvertretenden Gouverneur mit einem Hagel von Steinen. Beide wurden verwundet und gezwungen, sich zurückzuziehen. Die Bewegung hat sich gelegt, nachdem die Ordnung durch den Polizeikommandanten Coles Pascha wiederhergestellt war. Nach weiteren Meldungen wurde die Polizei, welche in der Moschee eintraf, mit Steinwürfen empfangen; die Polizei schoß darauf, tödtete einen Unruhstifter und verwundete drei, davon zwei lebensgefährlich. Hierauf ergriff die Menge die Flucht. 120 Personen, meist syrische Türken, wurden verhaftet.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend, abends von 6-7 Uhr statt.

Tischler Franz. In numismatischen Fragen sind wir schlecht unterrichtet. Vielleicht weiß einer unserer Leser Ihre Frage, welche Jahrgänge von hannoverschen Thalern gesucht werden, zu beantworten.

Th. Thomas, Nizdorf. Wir bitten um Ihren gelegentlichen Besuch.

M. L. 13. M. L. 1. Vorläufig unbrauchbar. — **Armand.** 1. Die Kündigung muß spätestens am 15. Juni aber jeden Tag zuvor erfolgen. 2. Den ganzen Monat. — **J. B. Vredow.** Verjährung liegt vor. — **Postf. 1.** Ja. 2. Ihre Frage, ob Vorstandsmitglieder eines Vereins aus Anlaß eines Streits bestraft sind, beantworten wir nicht. — **A. Libig.** In dem zweiten Vertrag waren Sie nicht verpflichtet. Nachdem Sie ihn abgeschlossen haben, sind Sie aber an denselben gebunden. — **W. R. 101.** Ja. — **Hans und Vertha.** Der Gebrauch ist sehr verschieden. — **E. G. 16.** In Berlin ja. — **L. G. Welsch-**

korn. Die Klage wäre auf Zahlung gegen den Vormund zu richten und müßte bei dem Amtsgericht des Bezirks, in dem der Vormund wohnt, angestellt werden. Das scheint Rottbus zu sein. Die Annahme eines Anwalts ist nicht erforderlich aber zweckmäßig, da der Anspruch nicht leicht durchzuführen sein dürfte. — **A. S.** Als Mitglied einer Orts-Kranenkasse ja, einer freien Hilfskasse nein. — **O. G. 14.** Ja. — **A. J. Rein.** — **Humboldtshain.** 1. Aber! 2. Sie sind zur Zahlung verpflichtet. — **7 1/2 Hedwig.** Die letzten 4 Jahre sind einlagbar. — **L. Sch.** 1. Ist nichts anderes vereinbart, so besteht für das Darlehen eine Monatsfrist von der Kündigung bis zur Rückzahlungszeit. — **Frühbier.** Die Auffassung des Amtsvorstehers wird möglicherweise durchdringen; die beste Verteidigung ist hierbei die nackte Klarlegung des Sachverhalts. — **N. G. 1.** und **2.** Nein. — **A. S. und 1000 S. S.** Dem Wirtz steht ein Pfand- und Retentionsrecht an den der Pfändung entgegengehenden Sachen (namentlich Kleiderstücke, Betten, Haus- und Küchengeräte, auf zwei Wochen erforderlichen Nahrung- und Feuerungsmittel, Handwerkszeug u. s. w.) nicht mehr zu, wohl aber besteht nach wie vor das Pfand- und Retentionsrecht des Vermieters. — **R. S. N. 37.** Nein. — **D. A. Ja.**

Eingelaufene Druckschriften.

Von der Wiener Wochenschrift „Die Zeit“ ist folgendes abgedruckt erschienen. Aus dem Inhalt derselben haben wir hervor: Graf und Ärtlich. Von K. — Der süddeutsche Particularismus. Von Eduard Engel. — Eine neue Art von Versicherung. Von Ernst Ullmann. — Der deutsche Bauer. Von Dr. Robert Trill. — Das Rechtswesen der Spekulation. (Finanzieller Brief aus Deutschland.) Von S. v. S. — Das Problem der Lebenskraft und seine Lösung. Von Karl von Grell. — Revolutionäre Chronologie. Von Dr. J. Valtia. — Die neue Dichtung in Frankreich. Von Edmund Wilson. — Jola Urka. Von —. — Der Zerrissene. Von Hermann Bohr. — Die Woche. — Bücher. — Revue der Revuen. — Ein Verlangen. Von Louis Couperus.

Deutsche Worte, Monatshefte, herausgegeben von Engelbert Berner. 1. Jahrgang 1896. Inhalt des 6. (Juli-) Heftes: Das Karli (soziologisch betrachtet). Von Dr. S. Tschann. S. 241. — Die Wirtümer des süddeutschen Normalarbeitstages in Deutschland. Von August Zimmer (Winterthur). S. 244. — Untersuchung der wirtschaftlichen Verhältnisse in 24 Gemeinden des Königreichs Bayern (1896). Von Franz Schindler (Wien). S. 249. — Tarnung und seine Fortschritte im Gebiete der Pflanzenwelt. Von Dr. Arthur Wulberger (Frankfurt). S. 264. — Die Entwicklung der Elbe. Von Hans Jarius. S. 266. — Was Müller und die vergleichende Religionswissenschaft. S. 271. — Literarische Anzeigen. S. 288.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion kein Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 3. Juni.

Opernhaus. Die Walfäre.

Neues Opern-Theater. (Kroll.) Der Barbier von Sevilla. Die Puppenfee.

Schauspielhaus. Der Revisor.

Deutsches Theater. Lumpacivagabundus.

Festung-Theater. Waldmeister.

Berliner Theater. Wilhelm Tell.

Neues Theater. Tata-Toto.

Kleiner-Theater. Hals über Kopf. Der neue Ganymed.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Theater Unter den Linden. Der Großherzog.

Schiller-Theater. Natalie.

Adolph Ernst-Theater. Das flotte Berlin.

Selle-Alliance-Theater. Die Kinder des Kapitän Grant.

National-Theater. Die Reise durch die Gewerbe-Ausstellung.

Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater. (Wallner-Theater.)

Mittwoch, abends 8 Uhr: Natalie. (Natalie: Frau Clara Meyer a. S.)

Donnerstag, abends 8 Uhr: Das letzte Wort.

Theater Alt-Berlin. (Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896.)

Jeden Nachmittag 3 1/2 u. 5 1/2 Uhr:

Märkisches Ringelstechen.

Entritt 50 Pf., Parter 1 M., Loge 2 M. Abends 7 1/2 Uhr.

Gotskowsky.

Au mein Volk. Ringelstechen.

Alt-Berlin.

Bei günstiger Witterung nachmittags 3 Uhr: Wendischer Jagd- u. Beutezug. Nachmittags 6 Uhr:

Aufzug zum Ringelstechen. Drei Musikkorps. Gemischter Chor d. Theaters Alt-Berlin. Volksbelustigungen. Seiltänzer. Zauberei etc. Irrgarten. Diorama etc. etc.

Entritt: 25 Pf. Donnerstag 50 Pf. Passpartouts à 4 Mk.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.

Direktion: Max Samst.

Sache dich tod! in der tollen Gefangenschaft Die Reise

durch die Gewerbeausstellung in 3 Akten (6 Bildern) von Hugo Basse. Regie: Max Samst. Auf der Sommerbühne 28 Spezialitäten. Glanznummer des Abends Mr. Hall der Dynamitmonsch, der Mann mit dem Steinkopf. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.

Zum 52. Male:

Das flotte Berlin.

Große Ausstattung. Gesangsposse in 3 Akten v. L. Treptow u. E. Jacobson, Kupletz u. Quodlibets v. G. Wörz. Musik v. G. Steffens. 2. Akt: Alt-Berlin. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Puhlmann's Vaudeville-Theater.

Schönhauser Allee 148.

Mittwoch, den 3. Juni ex.

Großer Gesellschafts-Abend.

Große Extra-Vorstellung.

Entrée 30 Pf. Entrée 30 Pf.

Urania.

Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.

Naturkundliche Ausstellung täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab. Entritt 50 Pf.

Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr. Invalldenstr. 57/62, Leber. Stadtbahn. Sternwarte täglich geöffnet v. 7 Uhr abends ab. Entritt 50 Pf.

Passage-Panopticum.

Texte Woher!!

Ein afrikanischer **Harem** mit echten Bauchtänzerinnen.

Castan's Panopticum.

165 Friedrichstrasse 165.

Das Bärenweib

phänomenales Naturspiel aus den Felsenbergen New-Mexico's! Illusionen — Kasperl-Theater — Damen-Kapelle — Irrgarten.

Apollo-Theater und Konzert-Garten

Friedrichstraße 218. Dir. J. Gllök. Täglich um 9 Uhr:

Die Spree-Amazone und neue Debuts.

Die Spree-Amazone und neue Debuts.

Die Spree-Amazone.

Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Konzert 7 Uhr. — Anf. der Vorstellung 8 Uhr.

Kaufmann's Variété-Sommer-Theater

Königsstraße, Colonnaden.

Im neu renovierten Garten: Das neue sensationelle Programm m. 26 Nummern.

Blanck's Stadtklatsch.

Von 6 Uhr:

Gr. Garten-Konzert. In Vorbereitung: **Fahrend Volk im Jahre 2000.**

Ausschank!

Berl. Gewerbe-Ausstellung 1896

Kosthalle

Berliner Großdeffillantenre. Abtheilung Nr. 12:

Julius Abraham empfiehlt seine bekannten 5200L* Spirituosen und Spezialliköre.

Zur Leuchtugel!

Weissensee, König-Chaussee 46. Empfehle allen Freunden und Bekannten mein neu renoviertes Weis- und Pilsener-Bier-Lokal. **Julius Brenner.** 1576b

Viktoria-Brauerei

Lützowstrasse 111/112.

Heute sowie täglich (außer Sonnabends):

Stettiner Säger (Meysel, Pietro, Britton, Stold, Krone, Röhl und Schrader).

Anfang präz. 8 Uhr. Entrée 50 Pf. Vorverkaufsbillets für die Hochzeit à 40 Pf. u. Familienbillets à 1 Mark (für drei Personen gültig). Siehe Plakate! Bei schönem Wetter im herrlichen Garten, bei schlechtem Wetter im großen Konzert-Saal!

Bereinszimmer mehrere Tage frei. **Plick, Simeonstr. 29.** Vereinszimmer zu vergeben 2022b Epimweg, Brunnenstr. 99.

Sensationellster Erfolg der Saison.

Kiralfys „Orient“ im **OLYMPIA-Riesentheater.**

Alexanderstrasse, Ecke Magazinstrasse.

Heute und folgende Tage **2 Vorstellungen, nachmittags 5-7 Uhr, abends 9-11 Uhr**

Grösstes Schauspiel der Welt.

Feenhafte Wasserschauspiele, Grossartige Scenerien. Ca. 1000 mitwirkende Personen. Im Olympia-Theater zu London über 500 Mal ohne Unterbrechung gegeben.

Beginn des Garten-Konzerts 4 Uhr.

Der Vorverkauf ohne Aufgeld findet an der Theaterkasse vormittags von 10-1 Uhr und nachmittags von 3 Uhr an statt. Ausserdem sind Billets im Invalidendank zu haben.

Preise der Plätze von 0,50 M. bis 5,10 M. aufwärts. Für die Nachmittags-Vorstellungen zahlen Kinder auf sämtlichen Plätzen die halben Preise!

Der „Orient“ übertrifft alles bisher Dagewesene. Von Publikum und Presse einstimmig anerkannt.

Gewerbe-Ausstellung 1896.

Spezial-Ausstellung KAIRO.

Von 7 Uhr abends ohne Gewerbe-Ausstellungs-Billet direkt v. Köpenicker Landstrasse u. v. Anstaltungs-Bahnhof zugänglich. Waffensammlung d. Chediwo. — Ausstellungen egypt. Staatsbehörden. — Salon bedeutender Orientaler. — Hofkapelle des Chediwo in Uniform. Riesen-Arena: Monstre-Aufzüge v. ca. 500 Arabern etc. um 5 u. 8 1/2 Uhr nachm. Entrée 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. **Elitetag (Dienstag) 1 M.** Kasseneröffnung 10 Uhr vormittags. Dauerkarten: à 15 M. f. Erwachsene; Kinder unter 12 Jahren 8 M. zu haben im **Direktionsbureau Kairo und Stangen's Reisebureau, Mohrenstraße 10.**

Schweizer Garten

Am Königshor. Am Friedrichshain.

Täglich:

Konzert. Theater-Vorstellung. Spezialitäten-Revue. — Volksbelustigungen.

Im großen Saale während und nach der Vorstellung **Billets à 25 Pf.** sind vorher in den Handlungen zu haben.

Freier Ball. **Entree 30 Pf.**

Ostbahn-Park

Rüdersdorferstr. 71. Am Küstriner Park.

Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Garten-Concert von der 24 Mann starken Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn P. Nimschook. Kaffeeküche 3-5 Uhr. — Entrée 15 Pf., wofür ein Glas Bier gratis. Volksbelustigungen jeder Art. 4 Pregelbahnen zur Verfügung. Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen. **H. Jmbs.**

W. Noack's Sommer-Theater.

Brunnenstr. 16. Täglich:

Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag:

Im Saal: **Gr. Ball.** **Das Königreich der Weiber.** Operette in 3 Bildern von Millöcker. Julius Ernst, Liedersänger. Franziska Wunsch, Kostüm-Soubrette. Willi Reuschel, Gesangs-Humorist. Janka Rosl, Opernsängerin. Geschw. Romany, Gesangs-Duettisten.

Meinen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich am 1. Mai 1896 die Stehberghalle von R. Pirthe, Elisabethkirchstr. 14, in Vertretung übernommen habe. 5200L* Für gute Speisen und Getränke wird nach wie vor bestens gesorgt und bittet um geneigten Zuspruch **Otto Wolf, Restaurateur, Elisabethkirchstr. 14.**

M. J. Hahlo, Patentanwalt, Berlin NW., Karlstrasse 8. **Patentnachsichtung und Verwertung.** [50148] **Kath, Aukunst und Konferenzen kostenfrei.** Erste Referenzen im In- u. Auslande.

Möbel u. Polsterwaren, reelle Waare empf. **Franz Tutzauer,** Tischlermeister, (49928) Berlin SW., Glinde-Strasse 14. **Unfallschaden,** Klagen, Eingaben, Puffer, Steglitzerstr. 65.

Reichshallen Im prachtvollen Garten. Leipzigerstraße, am Dönhofsplatz. **Täglich:** **Norddeutsche Säger** Stürmische Heiterkeit bei **Alle fünf Barrisons** Anfang Wochentags 8 Uhr, Entrée 30 Pf., reserv. 50 Pf. Sonntags 7 Uhr, Entrée 50 Pf. Bei ungünstiger Witterung im Saal Sonntags durchweg 50 Pf. Vereine erhalten Vorzugspreise. Zur Abhaltung von Sommerfesten Saal und Garten bestens empfohlen. Auslauffte Bedingungen.

Speziale, Restaurant, Vereinszimmer, Garten und Regelpark v. **Jul. Wernau,** Schwedterstraße 23/24. Gesellschaften, Freunden und Bekannten bestens empfohlen. Telephon Amt III Nr. 2440.

4 Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten unentgeltlich zu vergeben. **„Englischer Garten“**, 5262L* Alexanderstr. 27c.

Zähne 1 M., auf. haltb., fest., sehr brauchb. b. Essen, Garank., Spezialität Aluminium. Dresdenerstr. 105. [46/11

Achtung! Künstl. Zähne v. 8 M. an, Arbeit, wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervödten bei Bestellung unsonst. **Gudel, Bauherplatz 2, Elbasserstr. 12**

Milchkübel, Kannen, Saiten, Dezimal- u. Tafelwagen **Jordan,** Kleine Markus-Strasse Nr. 28.

**Kinderwagen-
Kranken-, Sport-
und Leiterwagen
Kinderklappstühle,
etc. Theilzahl. gest.
A. W. Schulz,
1. Geschäft: Brunnenstr. 95,
gegenüber Humboldtshain.
2. Geschäft: Brunnenstr. 145, Ecke
Mehringstraße. Rufber. grt. u. frk.
Beruspr. Amt III. Nr. 1787.**

Kinderwagen, großart. Auswahl, billigt, viele Anerkennungen, Musterbuch gratis und franco. Theilzahlung gestattet. **Max Brinno,** Jernsalemstr. 42 und Brunnenstr. 6.

Knaben-Stoff und Wasch-Anzüge sehr billig. **Sofmann,** Veteranenstr. 14

Große Betten 12 M. (Cherheit, Unterbett, zwei Kissen) mit gereinigten neuen Federn bei **Gustav Duldig,** Berlin N., Prinzenstr. 46. Preisliste 1. Heft. **Die Anrechnungsschreiben.**

Theilzahlung. Monatl. v. 10 M. an liefert elegante Anzüge nach **Maß** **Tomporowski,** Schneidermeister. Berlin C., Jüdenstr. 37, 1 Tr.

Gerichts-Beilage.

Eine Reihe von Diebstahl- und Geflügelstehlen in der Zentralmarkthalle in Berlin hatten die unverdächtig Arbeiterinnen Sophie Kramer, Hedwig Hassen und Elisabeth Kramer nach vorheriger Abrede gemeinschaftlich begangen. Sie sind deshalb am 14. März vom Landgericht I. in Berlin wegen Bandendiebstahls zu Gefängnisstrafen von 1 1/2 Jahr bzw. sechs Monaten und 2 Monaten verurteilt worden. Ein eigentümlicher Umstand führte dahin, daß das Reichsgericht auf die Revision der drei Angeklagten das Urtheil am Montag aufhob. In der Urtheilsbegründung wird ausgeführt: Das Reichsgericht hat bereits früher dargelegt, daß eine Verurteilung wegen Bandendiebstahls nur erfolgen kann, wenn zwischen den Dieben eine Verabredung zur Begehung mehrerer Diebstähle erfolgt ist. Daraus war auch im vorliegenden Falle die Anklage gegangen. Wenn nun aber das Landgericht nicht das Vorhandensein mehrerer selbständiger Diebstähle festgestellt hat, sondern ein fortgesetztes Vergehen, so war damit unvereinbar die Feststellung, daß Bandendiebstahl vorliege, denn es liegt dann zwar einzelne Diebstahlhandlungen, aber es liegt nur ein Diebstahl im ganzen vor, und zu diesem konnten sich die Angeklagten im Sinne des § 243b nicht verbinden. In der neuen Verhandlung wird zu prüfen sein, ob wirklich ein fortgesetzter Diebstahl vorliegt.

Ein fehlerreicher Versicherungsvertrag ist kürzlich vor dem hiesigen Amtsgericht I. entschieden worden. Ein Agent hatte für eine Versicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit einen Versicherungsvertrag vermittelt, dem betreffenden Versicherungsnehmer aber erhebliche Umstände verschwiegen und bezüglich der Solidität u. der Gesellschaft falsche wesentliche Thatsachen vorgespiegelt. Der Betroffene hat darauf hin auf Aufhebung des Versicherungsvertrages geklagt und das Amtsgericht hat seiner Klage Folge gegeben. Es heißt in dem Erkenntnis u. a.: „Nach § 2024 II 8 Allg. Landrecht und §§ 539 u. folg. I 11 d. selbst sind bei Schließung eines Versicherungsvertrages beide Theile zu besonderer Treue, Redlichkeit und Aufrichtigkeit verpflichtet und sind beide Theile schuldig, einander allen zur Zeit des Vertrages ihnen bekannten Umstände, wovon der Erfolg der Begebenheit oder die Beschaffenheit des davon zu erwartenden Urtheils ganz oder zum Theil abhängen, treulich anzugeben dergestalt, daß wenn ein Theil überführt werden kann, dem anderen Umstände verschwiegen zu haben, die nach vernünftigem Ermessen der Sachverständigen auf den Entschluß desselben, in den Vertrag sich einzulassen, hätten Einfluß haben können, der andere befragt ist, vom Vertrage wieder abzugehen, das Gebotene zurück zu fordern und wenn dergleichen Umstände mit Vorbedacht verschwiegen sind, Schadensersatz zu fordern.“ — Diese Bestimmungen sind auch auf Gegenseitigkeits-Versicherungsgesellschaften Anwendung.

Eine neue Gerichtstragödie in Kottbus. Am Sonnabend wurde vor der ersten Strafkammer des Landgerichts Kottbus gegen elf frühere Arbeiter der Geißler'schen Fabrik verhandelt wegen Landfriedensbruchs. Es waren die Arbeiter Richard Keller, 17 Jahre alt, Friedrich Schuppen, 33 Jahre, Friedrich Döcker, 21 Jahre, sämtlich aus Kottbus, Friedrich Lisk, 17 Jahre, aus Kottbus, Friedrich Deutschmann aus Sandow, 33 Jahre, Wilhelm Friedrich aus Ströbzig, 21 Jahre, Martin Hellwig aus Sandow, 22 Jahre, Paul Richter-Kottbus, 25 Jahre, Bruno Mattzien aus Kottbus, 19 Jahre, Reinhold Buder aus Karlsdorf, 23 Jahre, Robert Kroll aus Karlsdorf, 22 Jahre. Die Geißler'sche Fabrik war eine der ersten Fabriken, wo es zur Arbeitniederlegung gekommen war. Es waren dort etwa 60 Arbeiter beschäftigt, die einer Kommission von 11 Mitgliedern aufrugen, mit dem Besitzer betreffs Aufbesserung der Löhne zu verhandeln. Da die Kommission abschlägig beschieden wurde, legten sämtliche Arbeiter die Arbeit nieder. Zwei alte Leute traten am nächsten Tage wieder an, auch gelang es dem Fabrikanten Geißler in den nächsten Tagen, das Arbeiterpersonal bis auf 18 Mann zu er-

gänzen. Die letzteren wurden nun von den Ausständigen selbstverständlich nicht gerade wohlwollend betrachtet, auch andere Arbeiter aus anderen Betrieben sprachen sich mißbilligend über diese Arbeiter aus. Durch die ausständigen Geißler'schen Arbeiter wurde kontrolliert, wer und wieviel an ihrer Stelle die Arbeit angefangen, und zu diesem Zwecke gingen einige der alten Arbeiter zu verschiedenen Tageszeiten in der Nähe der Fabrik des Herrn Geißler auf und ab, besonders aber um die Feierabendzeit sammelten sich mehrere Gruppen an. Der Fabrikant Geißler wußte noch auszusagen, daß allerlei Janhagel und Knoddes aus der Stadt um diese Zeit in jene Gegend kamen. Als sich nun die „neuen“ Geißler'schen Arbeiter am 18. Februar gegen 1/2 7 Uhr in geschlossener Zug zu zwei und zwei nach der Stadt begaben, hatte sich wieder eine große Menge angeammelt, zu der sich noch die aus den in jener Gegend sehr zahlreichen Fabriken kommenden Arbeiter hinzugesellten, die fast alle, um nach Hause zu gelangen, diesen Weg benutzen mußten. In der ziemlich engen, stellenweise kaum drei Meter breiten Pflasterstraße kam es zu Schimpereien und Thätlichkeiten gegen die nichtstreikenden Arbeiter; einige wollten auch durch Steinwürfe beschädigt sein, andere wollen sogar bis in die Stadt hinein durch unbekannte Personen verfolgt worden sein. Es wurden am nächsten Tage 11 Personen verhaftet, darunter die jetzigen Angeklagten, die bis jetzt zum größten Theile in Untersuchungshaft sich befinden. Auf Grund der Beweisaufnahme lautete der Spruch des Gerichtshofs, der „Volks-Zeitung“ zufolge, dahin, daß die Angeklagten Deutschmann, Keller, Buder und Döcker der Theilnahme am Landfriedensbruche schuldig befunden seien, während alle übrigen Angeklagten freizusprechen seien. Den Verurtheilten seien mildere Umstände bewilligt und laute demgemäß das Urtheil bei Deutschmann auf ein Jahr sechs Monate, bei Keller auf neun Monate, bei Buder und Döcker auf je sechs Monate Gefängnis. Ein hierauf von der Vertheidigung gestellter Antrag auf vorläufige Entlassung der Verurtheilten wurde wegen Furchtsverdachts abgelehnt.

Prozess Gisch-Hildeheimer. Der Buchdruckereibesitzer Gisch in Dresden läßt in seinem Verlage die sogenannten „Politischen Bilderbogen“ erscheinen, die einen ausgesprochen antisemitischen Charakter tragen. Auf die Nr. 18 dieser Bilderbogen vom Jahre 1893 ließ der Herausgeber der „Jüdischen Presse“, Dr. Hirsch-Hildeheimer zu Berlin, in seinem Blatte einen Abwehrartikel mit der Ueberschrift: „Die lange noch?“ erscheinen. Durch den Inhalt dieses Artikels, der das antisemitische Treiben geißelte und namentlich die „Politischen Bilderbogen“ einer scharfen Kritik unterzog, fühlte sich Gisch beleidigt und erhob die Beleidigungsklage gegen Dr. H., der seinerseits die Widerklage erhob, worauf das hiesige Schöffengericht unter Einziehung der biederseitigen Druckwerke gegen beide Parteien auf je 25 Mark Geldstrafe erkannte. Die hiergegen von beiden eingelegte Berufung wurde von der Strafkammer verworfen. G. rügte nun in der Revision die Ansicht des Vorderrichters, daß die Verjährung eines Verdrüßnisses nicht mit dem ersten, sondern mit dem letzten Vorbereitungsakt beginne, weil thätlich alle Vorbereitungsbandlungen ein einziges fortgesetztes Delikt bilden. Dr. H. hob dagegen in der Revision namentlich als rechtsirrtümlich hervor, daß der Vorderrichter ihn als einzelnen Juden nicht für antragberechtigt halte in Bezug auf die Beleidigung, die in den G'schen Bilderbogen gegen die Gesamtheit der Juden gerichtet waren. Der Strafsenat des Kammergerichts erkannte am 20. Jg. infolge vorgestrichen nach langer Beratung dahin, daß die Revision des Dr. H. zurückzuweisen, dagegen auf die Revision des G. die Verentscheidung abzuändern und die Widerklage gegen G. zurückzuweisen sei. Das Kammergericht stellte sich auf den Standpunkt, daß der Verjährungseinwand durchgreife, weil die Verjährungsfrist mit der ersten Vorbereitungsbandlung zu laufen beginne.

Soziale Rechtspflege.

Der Schankkeller Leonce, der in Restaurants Vorstellungen mit einer automatischen Puppenfamilie giebt, hatte den Inhaber des „Artenhof“, Greife, beklagt, ihm den Lohn für eine Vor-

stellung mit 20 M. zu zahlen. Greife weigerte sich, indem er geltend machte, das fragliche Auftreten des Herrn Leonce sei ein Probe-Auftreten gewesen, für das nichts gezahlt werde. Hiergegen protestirte der Kläger energisch; er ließe sich überhaupt nicht auf die sogenannten Proben mehr ein, denn die Herren Restaurateure trieben damit groben Unfug. Das Gewerbegericht hielt eine Beweisaufnahme für überflüssig und wies den Kläger unter der Begründung ab, daß das Gericht unzuständig sei. Wenn auch Leute wie der Kläger als Künstler nicht angesehen würden, so wäre er doch noch kein Lohnarbeiter. Die Verträge zwischen ihm und seinen Auftraggebern seien Verträge zwischen selbständigen Leuten. Kläger habe ein „ideales, selbständiges Produkt“ hingestellt, dessen Genus im Anschauen der Puppenfamilie bestehe. Des Beklagten Arbeiter würde er nur dann gewesen, wenn seine Thätigkeit lediglich den Zweck gehabt hätte, dem Beklagten bei seinem Gewerbebetriebe behilflich zu sein.

Soziale Ueberblick.

Von der Seeverbündgenossenschaft. Die am 1. Juni zu Königsberg in Preußen abgehaltene Delegirtenversammlung der Seeverbündgenossenschaft beschloß im Beisein des Präsidenten des Reichs-Versicherungsamtes Dr. Bödiker und unter Theilnahme der Direktoren des „Germanischen Lloyd“, in die Unfallverhütungsvorschriften Bestimmungen aufzunehmen über die Stärke und Stellung der Schotten auf Post- und Postdampfern, über die Stellung und Unternehmung der Rettungsboote, die Vornahme regelmäßiger Bootsmanöver, Anlegung von Abtheilern auf größeren Schiffen, Anbringung von Schlingerschotten bei Kohlenladungen, Marhalten der Pumpen, Aufstellung der Petroleumtanks, Beschaffenheit der Dampf-Kochapparate, Schirnung der Arbeiter an Pflastermaschinen und Anbringung von Schwachrohren und Maschinen-Telegraphen. Für die Schiffsbesichtigungen wurden 30 000 M. bewilligt. Endlich wurde einstimmig beschlossen, an den Bundesrath den Antrag zu richten, die See-Verbündgenossenschaft als Kassenanstellung für Invaliditäts- und Altersversicherung zuzulassen, wozu die Verbündgenossenschaft die Wittwen- und Waisenernährung allgemein übernehmen und eventuell alle über die jetzigen Beiträge hinausgehenden Ausgaben auf alleinige Kosten der Uebernehmer will.

Gegen die Ueberlastung des Pferdebahn-Personals hat das Leipziger Stadtvorordneten-Kollegium einstimmig auf Antrag seiner sozialdemokratischen und acht bürgerlichen Mitglieder beschlossen, den Rath zu ersuchen, im Interesse der Sicherheit des Verkehrs seinen Einfluß auf die Gestaltung der Dienstvorschriften für das Fahrpersonal der Großen Leipziger Straßenbahn zur Geltung zu bringen in der Richtung, daß die gegenwärtige Ueberanstrengung des Fahrpersonals verhindert wird.

Ein Redakteur ist zur Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherungskasse nicht versicherungspflichtig, so entschied am 23. Mai das Krankenversicherungsamt in Leipzig. Ein Redakteur, der über Gerichtsverhandlungen, Verhandlungen des Bezirks- und Kreislandesschiedes, der Handels- und Gewerbekammer und über Versammlungen zu referiren hat, zeitweilig auch das Blatt verantwortlich zeichnet, war vom Verleger zu den genannten Kassen als Mitglied angemeldet worden. Nach dreimonatlicher Mitgliedschaft hob der Vorstand aber diese auf und gab dem Verleger die gezahlten Beiträge zurück. Auf seine Beschwerde verzichtete das Krankenversicherungsamt seine Versicherungspflicht. In der Begründung heißt es unter anderen: „Die Redakteure aber werden nicht mit ausführenden Arbeiten vorwiegend materieller Art, sondern mit einer ihrer Natur nach höheren, mehr geistigen Thätigkeit beschäftigt. Dieser Charakter darf im vorliegenden Falle auch seiner Thätigkeit zuerkannt werden. Denn sie erfordert, objektiv betrachtet, zweifellos eine gewisse Begabung, ein durchgebildetes Verhältniß, Kenntnisse und Fertigkeiten. Sachlich bedarf kein Anlaß, sie ihm in der Ausübung seines Berufes anzusprechen. . . Er gehört deshalb nicht zu denjenigen Personen,

Internationale Kunstausstellung II.

Die moderne Abtheilung unserer Jubiläumsausstellung trägt diesmal entschieden den weitesten internationalen Charakter. Doch nicht in dem Sinne, als könnten die Besucher eine umfassende Anschauung über die internationalen Kunstbestrebungen unserer Tage gewinnen und als könnten sie sich zumal über Wandlungen und Ziele der jüngsten Zeit unterrichten. Das liegt einerseits daran, daß Massenausstellungen, wie die gegenwärtige, auch für die fremde Künstlerschaft immer mehr zum Jahrmarkt werden, daß also der Ehrgeiz, das Beste und Besondere nur zu einer Glanzsammlung zu vereinigen, erst in zweiter Reihe steht; und andererseits ist die internationale Jubiläumsschau in gewissem Sinne ebenfalls historisch. Denn ihre wichtigsten Kunstwerke sind nicht mehr neu. Die fremden Künstler werden immer noch München als die Hauptstätte für den internationalen Wettbewerb betrachtet, und wenn die Urtheile über ihre Bestrebungen sich geklärt haben, dann erst sind sie bereit, in Berlin auszustellen. Im übrigen hat diesmal das Komitee der Jubiläumsausstellung den fremden Künstlern in größtem Maße freies Spiel gelassen. An ein planmäßiges, zielbewusstes Sammeln dachte man nicht; und so kommt es, daß die eine Nation verhältnismäßig glänzend dasteht, während man anderer, so der französischen oder italienischen Urrecht thäte, wollte man ihren heutigen Kunstzustand nach den unzulänglichen Proben, die sie gezeigt hat, beurtheilen.

Es fehlt ja sogar in der deutschen Kunst ein wesentlicher Faktor, die Münchener Sezession mit ihren jungaufstrebenden Kräften, gerade der Theil der bedeutendsten deutschen Kunstgenossenschaft, von dem man die kräftigste Fortentwicklung heimischen Kunstschaffens erwartet. Für die Kunstausstellung Berlin in der gegenwärtigen Ausstellung ist das nicht von Nachtheil. Die Berliner Abtheilung besteht besser, da München nur fragmentarisch kam. Eines läßt Berlin allerdings nach, wie vor vernünftig: den Jugendenthusiasmus, den freilichbaren Enthusiasmus, das unbedinnete Draufgehen eines jungen Geschlechts, das an sich glaubt und den Muth hat, zu irren, wenn es nur freit. Es ist wahr, die Berlinerische Familienblatt- und säße Anekdoten-Malerei ist zurückgegangen, technische Köpfe sind im allgemeinen gestiegen. Aber seit mehreren Jahren stößt man nicht mehr auf eine noch neue Künstlerindividualität, von der man behaupten könnte: Hier kommt uns ein ganzer Keil entgegen. Die jüngere Künstlerschaft Berlins feilt und schiebt die Schuld auf die Jury. Ob sie damit recht hat? Die Beweise fehlen. Und die Jury war diesmal gewiß nicht allzu stark voringenommen. Sonst hätte sie den das Alterthümliche pfeifenden Ländeleien und der falsch-naiven Märchenseligkeit des Norwegers Gerhard Munthe nicht so breiten Spielraum gegönnt. Diese Märchenseligkeit, die zu den Kläffschlägen gegenüber dem

schroffen Naturalismus in der Kunst gehört, wird von den Berlinern mannigfach gestreut. Leider trägt sie so bewußt absichtliche Züge bei Hermann Hendrich, der gerne an allgermanische Worte rührt, und bei Müller-Schönfeld, dem bei allem lieblichen Gethue die naive Unmöglichkeit nicht gegeben ist. Selbst ein Mann von Geist, wie Dettmann, schreitet nach seiner Empfindung daran, in seinem Bilde von der Prinzessin und dem verschlafenen Schweinehirtin den Ton großhumoristischen Märchenzaubers zu treffen. Einbringlicher wirkt Dettmann in seiner schlichteren Oselelandschaft Heimsfahrt vom Kirchhofs.

Wonach die Hendrich und Müller mit vergehenen Mähen ringen, Siner hat es von der Berliner Künstlerschaft in sich: E. v. Hofmann. In seiner Seele lebt die künstlerische Naivität, und sein „Jagd“ ist das bewundernswürdige Gemälde der Berliner Abtheilung und ein der ursprünglichsten Kunstwerke in der gesammten Ausstellung. Hofmann hat Berlin verlassen und ist nach Rom gewandert. Als er vor mehreren Jahren in Berlin aufsuchte, da wußte unser kunstfeindliches Spießbürgertum seinen Witz gegen die „Jüdische Malerei“ Hofmann's nicht genug zu schärfen. Bald wird vor der Künstlerschaft Hofmann's der Witz verstimmen. Ein junges Menschenpaar in heiterer Landschaft. Der Mann nackt, das blonde Weib mit entblößtem Oberleib. Das ist alles. Keine Geschichtserzählung, keine Deklamation, keine Märchenreminiszenz. Aber in wie einfachen und großen Linien ist dies weitestreckte Menschenpaar dargelegt und welche feierliche Ruhe athmet die Landschaft. Ein Sonnenuntergang von Hofmann behandelt ein Motiv, wie es der Künstler ähnlich im Vorjahre auf der Münchener Sezession in einem Bilde „Largo“ behandelt hat. Der Sonnenschein schwebt über dem Meere. Ich gewann von dem Bilde Largo einen tieferen Eindruck, als von dem zweiten ähnlichen Versuch auf unserer Ausstellung.

Von Pariser Einflüssen ließen sich Dora Sig in ihrem Bildniß und Freix Stahl in seiner impressionistischen flotten Studie „Blumenspekt in Paris“ lebhaft bestimmen. Aber Freix Stahl zeigt nicht die richtige Energie, im flüchtigen Augenblicksbild das wesentliche der gesellschaftlichen Erscheinung festzuhalten. Es geht ihm ähnlich, wie dem Gemüthsverwandten Franz Starbina mit seinem Altersbildniß. Daß die Theatralik, die auf Stelzen schreitet, bei uns nicht anspricht, dafür bürgt Fahrenkrog's anspruchsvolle Höllefahrt Christi. Die Anzahl von Genrestücken, vorletzten Portraits vom Schlage Comers und ähnliches mehr im einzelnen zu nennen, das würde bei der Massenhaftigkeit der internationalen Schau zu weit führen. Nur auf ein Gemälde eines Künstlers, dessen Schaffen heute bereits zur kunstgeschichtlichen Vergangenheit führt, sei noch besonders hingewiesen: Es ist eine Szene aus dem Ghetto von Ludwig Knaut; das figurenreiche Genrestück weist wesentliche Eigenschaften dieses Meisters aus alter Schule auf.

Freix Mackensen's großes Gemälde „Andacht im Freien“ würde man zu unrecht der Berliner Abtheilung, in der es untergebracht ist, zuzählen. Mackensen ist ein Niederdeutscher,

der inmitten einer kleinen Künstlergemeinschaft in Worpösede bei Bremen sich niedergelassen hat. Auf ihn und die Kolonie Worpösede wurde man erst im vergangenen Sommer durch die Ausstellung im Münchener Glaspalast in weiteren Kreisen aufmerksam. Es war eine wohlthunende Ueberschau. Still und ernst, mit herbem norddeutschen Ernst arbeitet die Worpöseder Kolonie in ihrer Weltabgeschiedenheit. Ihre künstlerische Art paßt nicht auf den ersten Blick. Man muß auch der sinnenden Beschaulichkeit Mackensen's folgen können. Mit ruhigen Ernst, ähnlich wie die Holländer, vertiefen sich Mackensen und die Worpöseder in die intimen Reize niederdeutscher Landschaft und in die durch raube Arbeit und rauhes Wetter gebärdeten Vorgesalten der niederdeutschen Ebene. Nicht auf das Was, nicht auf den Vorgang lege man das Hauptgewicht: Wie die Menschen gemalt sind, die da zur Andacht im Freien versammelt sind, halb aus frommem Bedürfnis, halb der Gewohnheitsmacht ruhig ergeben, das betrachte man eindringlich.

Die Berliner Bildhauerei zeigt seit Jahren auf unseren Kunstausstellungen dasselbe Aussehen; und man fragt sich, wie wird es werden, wenn nun, wie notwendig, die Befestigung der Fürstendenkmäler und der Sieges- und Friedensmonumente für 1870 aufhören? Unter den jungen Kunstbildhauern Berlins herrscht jetzt schon ein beträchtlich hartes Proletariat und immer geben die zahlreichen Akademien und Kunstschulen eine überzählige Schaar junger Kräfte ab.

Ein besonderes Merkmal erhält die Berliner Bildhauerei auf der Ausstellung durch eine ganze Sammlung von Vega'schen Bildwerken und durch das Modell Mangel's zu seinem Monumentalbrunnen für Stettin. Reinhold Vega, der bekannte Erbauer des „Jordenbeckens“ auf dem Schloßplatz, des Kaiser Wilhelm-Denkmal's auf dem Platz der Schloßfreiheit, ist ungewisselhaft der bedeutendste und geistreichste Bildhauer des neuen Berlin. Besonders zeichnet ihn eine künstlerische Eigenschaft aus, die auf Berliner Boden nicht gerade heimisch ist. Bewegliche, leichtfüßige Anmuth. Seine Künstlerphantasie ist der Grazie zugewandt, der freien Feinheit; er hat darin Ähnlichkeit mit dem jüngst verstorbenen Viktor Tilgner, dem Schöpfer des Mozartdenkmals in Wien, der in Paris vom antikisirenden Druck zu freierer moderner feiner Beweglichkeit erwacht war. Der glänzenden Seite seiner Begabung steht aber bei Vega'schroff ein Fehlbetrag gegenüber. Er ist der Bildner jugendlicher und Frauenanmuth, nicht der Bildner muskulöser Männerkraft im irdischen, wie im übertragenen Sinne. Wo er heroisches Pathos ankündigt, da versagt seine Kunst. Das sieht man auch jetzt bei der Sammelausstellung seiner Werke und das war es, was sein Kaiserdenkmal so flach und konventionell erscheinen ließ. Mangel's Stettiner Brunnen verdient Beachtung, weil der Künstler zum großen Theil wenigstens sich vom üblichen allegorischen Kräftekreis löst und in der frischen Panoplie, einem jungen, kraftbewußten, herrschenden, norddeutschen Weib, in stolzer und doch ungewungen leichter Haltung eine erquickliche Studie geschaffen hat.

die das Krankenversicherungs-Gesetz für versicherungspflichtig erklärt. Seine Versicherungspflicht mußte folglich verneint werden."

Mecklenburgisches. Die merkwürdigen Zustände der beiden Großherzogthümer Mecklenburg, wo nach der Versicherung des Herrn v. Buchta alles zum besten eingerichtet ist, spiegeln sich auch wieder in den soeben erschienenen Jahresberichten für 1895 des Gewerbeinspektors (Landbauinspektors) für diese Länder ab. „Gewerbeberichte finden sich nirgends.“ „Öffentliche Arbeitsnachweise sind nirgends vorhanden.“ „So heißt es u. a. in dem Bericht für Schwerin, und in demjenigen für Stralsund liest man über „wirthschaftliche und sittliche Zustände der Arbeiterbevölkerung.“ „Auch hier ist bei dem geringen Bereiche wesentlich neues nicht alljährlich zu berichten.“ Außerdem macht es, so sagt die „Soziale Praxis“, den Eindruck, als wenn der Aufsichtsbeamte, dessen Eintreten für das Koalitionsrecht der Arbeiter aus dem großen Güstrower Streik von 1894 bekannt ist, mit wesentlich geringerer Freude und Liebe für die Sache als früher an die Berichterstattung gegangen sei. Er theilt meist nur einiges über die Formalien des Arbeiterschutzes mit, und verschiedene Stellen seiner Berichte sind punktiert. Sollte hier die Aufsichtsbehörde Streichungen vorgenommen oder sonst hemmenden Einfluß geübt haben? Immerhin sind doch nach der Zählung von 1895 die Arbeitsverhältnisse von 1819 erwachsenen Arbeiterinnen, 502 jugendlichen und 17 kindlichen Arbeitern — die Ziffer der erwachsenen männlichen Arbeiter wird noch immer nicht wieder mitgetheilt! — in beiden Staaten zu kontrolliren und die Zucker- und Ziegelindustrie im Aufsichtsbereich haben ihre Nachteile, auf die alljährlich ausführlicher eingegangen werden könnte. Betreffs der Ziegelindustrie geschieht dies theilweise infolge der Anfrage des Reichstags. Im übrigen hat der Beamte den größten Raum auf eine Darstellung der Schwierigkeiten verwendet, welche sich wegen alter, landesgesetzlicher, eigentlich noch über die neuen Vorschriften hinausgehender, aber noch sehr wenig gehandhabter Sonntagsbestimmungen der Durchführung der neuen gewerblichen Sonntagsruhe entgegenstellen. Daß die reichsgesetzliche Regelung doch an der Zeit war, belegt der Bericht unfehlbar mit folgender Mittheilung: „Ein alter Meister in einer Papierfabrik erzählte mir in Gegenwart des Unternehmers und nicht etwa als eine Abnormität, über die er sich beklagte, daß er seit 17 Jahren keinen freien Sonntag gehabt habe.“

Die freie Vereinigung der Krankenkassen des Großherzogthums Mecklenburg hielt am 31. Mai vormittags 9 1/2 Uhr im Hotel „Zum weißen Roß“ ihre Generalversammlung ab. Erschienen waren 78 Delegirte, welche 54 Orte vertraten, darunter 82 Orts-Krankenkassen, 3 Innungs- und 18 Betriebs-Krankenkassen. Nach Begrüßung der Versammlung durch den Bürgermeister von Wingen erfolgte der Bericht des Ausschusses. Punkt 2 der Tagesordnung betraf die Auslegung des § 54a von Seiten des sächsischen Ministeriums, wonach einem erwerbsfähigen Kranken im Falle der Erwerbsunfähigkeit Krankenrente gezahlt wird, auch wenn er mit dem wöchentlichen Beitrag im Rückstande ist. Man beschloß, eine Petition an den Bundesrath zu richten, den § 54a des Krankenversicherungs-Gesetzes dahin abzuändern, daß nur dann die Krankenrente bezahlt wird, wenn das Mitglied bis zu seiner Erwerbsunfähigkeit mit seinen Beiträgen nicht im Rückstande ist. Weiter wurde beschlossen, den Vorständen der Kasse zu empfehlen, die am Orte getroffenen Abmachungen mit den Ärzten auch auf die umliegenden Orte auszudehnen, um die Kassen gegen allzu hohe ärztliche Honorare zu schützen. Auf Antrag Obbel-Mainz beschloß die Versammlung, den einzelnen Orts-Krankenkassen mit Rücksicht auf die die Kassen berührenden gesetzgeberischen Fragen den Anschluß an den Zentralverband der Orts-Krankenkassen im Deutschen Reich angelegenlich zu empfehlen. Der Beitritt der gemeinsamen Vereinigung wurde als zur Zeit unthunlich abgelehnt. Weiter wurde beschlossen, eine Petition an den Bundesrath zu richten, den § 27 des Krankenversicherungs-Gesetzes in der Weise zu ergänzen, daß Kassenmitglieder, welche aus der Mitgliedschaft begründenden Beschäftigung ausscheiden, nur dann freiwillige Mitglieder bleiben können, wenn sie der Kasse bis zum Ausscheiden aus genannter Beschäftigung mindestens sechs Wochen ununterbrochen angehört haben. Der Sitz des Ausschusses, welcher sich seit der Gründung der Vereinigung in Mainz befand, wurde nach Worms verlegt. Als Ort der nächsten Tagung des Vorstandes wurde Bad Nauheim bestimmt.

Die Arbeiter-Krankenkassen in Oesterreich. Das österreichische Ministerium des Innern veröffentlichte soeben den Rechenschaftsbericht über die Verhältnisse der Arbeiter-Krankenkassen im Jahre 1894. Danach bestanden im Berichtsjahre ausschließlich der Bezirks-Krankenkassen 2914 Kassen, darunter 1410 Betriebs-Krankenkassen und 557 Bezirks-, 832 Genossenschafts- und 165 Vereinskrankenkassen. Die größte Zahl von Versicherten entfiel auf die Bezirkskassen (740 835), während auf die ungleich zahlreicheren Betriebskassen nur 540 066 Mitglieder gezahlt wurden. Den Gesamtbeitragsleistungen aller Kassen per 18,18 (1893: 15,06) Millionen Gulden standen 14,46 Millionen Gulden Ausgaben gegenüber, darunter größtentheils (12,68 Millionen) Kassenleistungen für die Mitglieder in Krankheits- und Todesfällen. Die Kassenlage ist eine zum Theil gute und gestattet die Erhöhung des Reservefonds. Die Beiträge werden zu einem Drittel von den Unternehmern und zu zwei Dritteln von den Arbeitern aufgebracht. Die Kassenleistungen zerfallen in Krankengeld (7,8 Millionen Gulden), Kosten für ärztliche Hilfe (2,4), Medikamente (1,7), für Spitalverpflegung (0,8) und für Verdignungskosten (0,4 Millionen Gulden, während die Verwaltungskosten 1,2 Millionen Gulden = 7,8 pCt. der laufenden Beiträge beanspruchten.

Literatur über die Bäckereiverhältnisse. Soeben erschien das „Stenographische Protokoll über den Kongreß der Arbeiter in den Lebensmittelbranchen Oesterreichs am 5. und 6. April 1896 in Wien. Nebst Anhang der Eingaben der Meister an das Handelsministerium um Abschaffung des Erfahrungslozes und Gegeneingaben der Gehilfen der Bäcker und Zuckerbäcker und Situationsberichte.“ Bei dem großen Interesse, das für die Arbeiterverhältnisse und die Forderungen der Bäckergehilfen in weiten Kreisen herrscht, kann auch diese Schrift, die trotz ihres großen Umfangs (117 Seiten) und ihrer schönen Ausstattung bloß 25 Pf. kostet, auf Beachtung auch in Deutschland rechnen.

Das schweizerische Industrie- und Landwirtschafts-Departement gab im Jahre 1895 im ganzen 3 228 357,94 Fr. (zirka 2 688 000 M.) aus, wovon 605 840,40 Fr. (zirka 485 000 M.) Beiträge an die gewerbliche und industrielle Berufsbildung, 59 797,42 Fr. (zirka 48 000 M.) für die Fabrik-Inspektion.

Arbeiterleid in der Kargauer Strohhut-Industrie. Ein düsteres Bild aus der freimächtig Strohhutindustrie giebt ein dortiges Lokalblatt. Es kommt vor, schreibt dasselbe, daß Flechter schon abends von 6 Uhr an bis 12, ja bis 2 Uhr oder gar bis zum folgenden Morgen ununterbrochen arbeiten; in vielen Häusern ist es Regel geworden, erst um Mitternacht zur Ruhe zu gehen. Dieses Ueberarbeiten hat für das Augenlicht ernste Gefahren im Gefolge. Das anhaltende steife Hinsehen auf das Kunstreich, oft dunkle Gesichte, das grelle Licht und die Hitze der Lampe und vorzugsweise die lange Dauer der Arbeit schaden den Augen ungemein. Nicht weniger leidet die Lunge, welche sechs bis acht Stunden lang nur halb atmen kann, da der Körper vorgebeugt und still, oft in einer schiefen, fehlerhaften Haltung verharrt, der Brustkorb verengt, die Verdauung und die Blutcirculation eingeschränkt wird. Kein Wunder, wenn die Tuberkulose (Ausdehnung) so überhand nimmt und die Leute immer mit allerlei Krankheiten zu kämpfen haben. Und erst die Jugend, die nur zu sehr gezwungen wird, ebenso mitzumachen, wird sich

diese nicht schon frühzeitig den Todeskeim oder doch bleibende Nachteile zuziehen?

Ueber die Thätigkeit der Fabrik-Inspektoren von Rouen in Frankreich meldet der Jahresbericht der französischen Fabrik-Inspektion folgendes: Die Gewerbe-Inspektion im sechsten Aufgabebereich ruht in den Händen von sechs Departements-Inspektoren und einer Inspektorin mit dem Sitz in Rouen. Beherrschend hat die Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen in den Städten Rouen, Le Havre, Dieppe, Elbeuf etc. zu überwachen. Die Inspektorin ist ihren Amtspflichten mit größter Gewissenhaftigkeit und bemerkenswerthem Eifer nachgekommen. In den kleinen Werkstätten, die bis dahin noch nie inspiziert worden waren, hat sie hygienische Maßregeln durchgesetzt, sie hat die für die Fabrikarbeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen zur Kenntniß der interessirten Kreise gebracht und ihre Durchführung bewirkt. Näheres wird in dem Berichte ferner erwähnt, daß die Inspektorin mit Hilfe angegebener Bürger einen Hilfsverein für die in der Kleinindustrie und handwerkstüchtigen Betriebe beschäftigten Arbeiterinnen gegründet hat. Ohne jeden Vorbehalt führt der Bericht außerdem an, daß die Fabrik-Inspektorin eine Rede mit den Worten schloß: „Es wäre zu wünschen, daß alle wichtigeren Industriezentren weibliche Inspektoren erhielten, die je nach Bedürfnis ein oder mehrere Departements beaufsichtigen sollen.“ Sprechend die Mittheilungen des offiziellen Berichtes der französischen Fabrik-Inspektion vielleicht gegen die Anstellung weiblicher Fabrik-Inspektoren?

Arbeiter als Bergwerks-Inspektoren in Belgien. Gerade während in Italien die Bergarbeiter des westlichen Europas über die Verbesserung ihrer Lage berathen, hat in der belgischen Kammer der Arbeitsminister Vysen einen Gesetzesentwurf eingebracht, der ein tüchtiger Schritt vorwärts auf dem Wege des Arbeiterschutzes ist. Schon 1895 hat Deputirter angeregt, daß neben den staatlichen Ingenieuren, die als Bergwerks-Inspektoren fungiren, Arbeiter mit der Aufsicht über die Gruben betraut würden; dieser Anregung folgend, hat die Kammer damals eine Kommission eingesetzt, der zu Beginn dieses Jahres die Regierung einen Gesetzentwurf über diesen Gegenstand vorlegte. In den ausführlichen Motiven wird die Bedeutung des Vorschlages mit einigen Vorbehalten anerkannt aus Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse in den Bergwerken, die eine vorzügliche und unablässige Ueberwachung bedingen. Ohne einige reaktionäre, gegen die Sozialdemokratie gerichtete Striche ging es freilich nicht ab, da man nicht, wie unsere Genossen vorgeschlagen hatten, den Arbeitern die Wahl der Inspektoren anvertraut, sondern bestimmt, daß der oberste Industrie- und Arbeiterrath, in dem die Vertreter der Unternehmer und Arbeiter sitzen, für jede Stelle zwei Arbeiter als Inspektoren vorschlagen soll, aus denen dann der Minister den ihm als geeignetsten erscheinenden auswählt. Immerhin aber ist der Gesetzesvorschlag von hoher Bedeutung und wird sicherlich nicht ohne gute Wirkungen für die Bergwerksverhältnisse Belgiens bleiben.

Italienische Analphabeten. Der nordamerikanische Verein für Beschränkung der Einwanderung, welcher für die sogenannte Bildungsprobe eintritt, veröffentlicht, wie die „Deutsche Lehrer-Zeitung“ mittheilt, folgende statistische Angaben über den Bildungsstand italienischer Einwanderer vom ersten Viertel dieses Jahres. Es wanderten in diesem Zeitraum ein 13 948 Italiener, von denen über die Hälfte, nämlich 7001 nicht lesen und schreiben konnten. Von den 3114 über 14 Jahre alten Einwanderern, die von Genua und Neapel aus im Monate April ankamen, waren gar zwei Drittel des Lesens und Schreibens unkundig.

Achtstündige Arbeitszeit für Strafgefangene. Im Staate Alban, U. St., ist ein Gesetz in Kraft getreten, wonach Strafgefangene nur für öffentliche Anstalten, wie Armenhäuser, Hospitäler und dergleichen Bedürfnisgegenstände anfertigen dürfen und daß sie nur acht Stunden täglich arbeiten dürfen.

Vierter Verbandstag des Verbandes der Arbeiter-Stenographenvereine Deutschlands in Hamburg am 24. und 25. Mai 1896. Aus dem Geschäftsbericht des Vorstandes ist erwähnenswerth, daß die Mitgliederzahl des Verbandes im letzten Jahre um 95 pCt. gestiegen ist und sich über 65 Orte Deutschlands mit 30 Vereinen und zirka 50 Einzelmitglieder vertheilt. Unterrichtet wurden im letzten Jahre ca. 720 Arbeiter und Arbeiterinnen. Betreffs des Bestehens der Parteipresse gegenüber den stenographischen Bestrebungen der Arbeiter wurde vielfach bedauert, daß viele Parteiblätter und gegnerisch gegenüberstünden. Bei den Wahlen wurden Burmeister-Hamburg, Lippeltstr. 7, als Vorsitzender, C. Windus-Altona, gr. Bergstr. 147, als Kassier, und S. Dehloff-Altona, Wilhelmstr. 90 Hl., als Schriftführer gewählt. Außerdem wurden 2 Beisitzer, 1 Redakteur und 1 Verlagsverwalter neu gewählt.

Arbeiter-Adfahrerkongreß in Offenbach. Am Pfingstsonntag und Montag tagte der dritte Kongreß der Arbeiter-Adfahrer Deutschlands in Offenbach. Die Einnahmen der Agitationskommission betragen 449,80 M., die Ausgaben 890,28 M., somit ein Kassenbestand von 89,27 M. Die Berichte werden seitens der Delegirten gutgeheißen und wird nun in die Beratung der gestellten Anträge eingetreten. Die Kongress der süddeutschen Arbeiter-Adfahrer, die zu Ostern in Karlsruhe tagte, stellt den Antrag, an Stelle der bisherigen losen Organisation eine geschlossene Organisation, mit Wegfall der Politik, zu gründen, und wird der Antrag dahin begründet, daß es dadurch mehr den Arbeiter-Adfahrern möglich wird, sich zu vereinigen, ohne daß es dem einzelnen unmöglich gemacht wird, sich in den Dienst der Partei zu stellen. Die von Stuttgart gestellte und vom Kongreß angenommene Resolution lautet: „In Erwägung, daß es nur mit Hilfe einer geschlossenen Organisation möglich ist, die tadelfreien Arbeiter Deutschlands zu einem Ganzen zu vereinigen, in fernerer Erwägung, daß denselben der Beitritt in die bereits bestehenden radsportlichen Verbände immer mehr erschwert oder unmöglich gemacht wird, mögen diese Gründe nun in finanziellen Schwierigkeiten liegen, oder in der Thatfache, daß die dazu zählenden Radsportvereine sich immer mehr als Wertgegenstände oder Dekorationsstücke für patriotische Feiern etc. hergeben, wird die Gründung eines Arbeiter-Adfahrer-Bundes „Solidarität“ beschlossen. Aus den beschlossenen Statuten ist zu entnehmen, daß der Zweck des Bundes die Hebung und Förderung des Radsports in Arbeiterkreisen ist; die Verwaltung des Bundes leitet ein Vorstand von 5 Personen und ein Ausschuss von 3 Personen, letzterer muß sich aber an einem anderen Orte befinden. Die Bundestage finden alljährlich statt. Als obligatorisches Organ wurde der „Arbeiter-Adfahrer“ bestimmt, auch wurden die seit her getragenen Abtheilungen als Bundesorgane festgesetzt. Der Bundesauslautet „Frisch auf“. Der Bundesbeitrag wird auf 15 Pf. pro Monat festgesetzt. Nach Erledigung einiger Anträge wird als Ort für den zu Pfingsten 1897 stattfindenden Bundestag Altona bestimmt, der Sitz des Bundes kommt nach Stuttgart, der Sitz des Ausschusses nach Berlin. Als Vorsitzender des Bundes wurde V. v. St. Stuttgart, als Redakteur des Bundesorgans Walluf-Stuttgart gewählt.

Gewerkschaftliches.

Der Ausstand der Schuhmacher ist zu gunsten der Arbeiter entschieden. Erreicht wurde durchschnittlich eine 20 prozentige Lohnerhöhung, die Abschaffung verschiedener Mißstände und die Entlassung einiger Streikbrecher. Folgende Firmen haben die Forderungen noch nicht bewilligt: Breitensprecher, Neue Wilhelmstr. 13a; Herr. Müller, Nordamerikanische 22a; Wolf, Französischer 19; Pape, Kochstr. 5; Rath, Neue Wilhelmstr. 8a; Herzberg, Friedrichstr. 250, und stehen deren Arbeiter noch im Ausstand. Trotzdem der Streik im allgemeinen beigelegt, ersuchen wir die auswärtigen Kollegen, Berlin

zu meiden, da die Arbeitgeber ihre Niederlage noch nicht verkennen können und Differenzen mit denselben in längerer Frist zu erwarten sind. Augenblicklich sind noch die in vorgenannten Geschäften ausstehenden Kollegen, zirka 40, zu unterstützen.

Zur Lohnbewegung der Steinseher. Die beiden Brandenburger Steinsehermeister scheinen es bereits aufgegeben zu haben, fremde Arbeitskräfte zum Erfas heranzuziehen, denn dieselben arbeiten bereits seit voriger Woche — selber im Schweiße ihres Angesichts in Hemdbärmeln und Holzpantinen. Sie haben den heroischen Entschluß gefaßt, keine Verbandsmittelglieder zu beschließen, andere haben sie bis jetzt aber auch nicht bekommen. Es kommt nun bloß darauf an, wie lange sie es so aushalten werden; denn die Erfahrung haben die Herren ja doch schon längst gemacht, daß es mehr einbringt, wenn man andere für sich arbeiten läßt. Es ist also auch weiterhin Zugung streng fernzuhalten. In Hamburg ist am Montag ein partieller Streik ausgebrochen; es handelt sich vorläufig um zwei Firmen mit im ganzen 84 Arbeitern. Die Ursache ist die geforderte Lohnzulage für sogenannte „Ueberland-Arbeit“. Zwar haben die Unternehmer erklärt, daß sie die geforderten Löhne zahlen wollen, nur weigern sie sich entschieden, dies an die Lohnkommission zu schreiben. Es handelt sich also um eine Krassprobe. Bei der vorzüglichen Organisation gerade der Hamburger Steinseher und Berufsgenossen kann aber der Ausgang des von den Unternehmern herausgeschworenen Kampfes kaum zweifelhaft sein.

Zur Berliner Tabakarbeiter-Bewegung geht uns die folgende Zuschrift des Herrn J. Raphael zu:

Auf die letzte Erklärung der Lohnkommission sehe ich mich gezwungen, hier nochmals festzusetzen, daß es in der Annonce derselben vom Sonnabend, den 23. Mai etc., ausdrücklich heißt: „Den tarifmäßigen Lohn zu zahlen haben die nachstehenden Firmen abgelehnt, resp. es wird nicht zum tarifmäßigen Lohn gearbeitet.“ Die Lohnkommission nennt dann an erster Stelle meine Firma, trotzdem sie mußte, daß ich nicht fabrizire. Auf die Thatfache, daß die Lohnkommission erstanden hat — ich bewillige nicht den tarifmäßigen Lohn — erwiderte ich in meinem Inserat am Sonntag, den 24. Mai, daß ich bereits seit Mitte Januar die Fabrikation eingestellt geworben war, da ich die Läden, in denen gearbeitet wurde — vermietet hatte, in der 4. Etage aber, nachdem die Läden vermietet waren — eine Zigarrenfabrik hergestellt hatte, worin nach polizeilicher Bestimmung nur 19 Arbeiter respektive Arbeiterinnen arbeiten dürfen beziehungsweise beschäftigt worden sind; — es ist also auch das eine Unwahrheit, daß die Arbeiter sofort entlassen worden sind. — In meinem Inserat vom 24. Mai etc. sagte ich ferner, daß ich in 2 Monaten — nach Fertigstellung der neuen vergrößerten Räume — die Fabrikation wieder fortsetze, und daß ich dies thue, geht wohl schon daraus hervor, daß ich heute noch 250 Ballen Rohtabak (darunter 18 Seronen Havanna) auf dem königlichen Pachtlager habe, — wovon sich auch die Konkurrenten aus der Lohnkommission überzeugen können; — um nur zur Klärung fabrizirt zu haben, legt man sich nicht 250 Ballen Tabak im Werthe von zirka 30 000 M. hin.

Bei sämtlichen auswärtigen Fabrikanten, die für mich arbeiten lassen, ist bisher weder ein Streik noch eine Lohnbewegung gewesen, was dafür zeugt, daß die Löhne der Arbeiter für dieselben zufriedenstellend sein müssen. Wenn die „Konkurrenz“ aus der Lohnkommission sich den Kopf darüber zerbricht, woher ich im Stande bin, so billig zu verkaufen, will ich ihr das Geheimniß in kurzen Worten verrathen: Ich habe Posten von ca. 3 Millionen Zigarren aus einer Liquidation einer Fabrik in Königsberg i. Pr. im Durchschnitt zu 19 1/2 M. per 1000 Stück gekauft, die notorisch überwiegen mehr als den dreifachen Werth hatten. Die Zigarren wurden nach Preislaourant neuer Fabrik von 30—250 M. per 1000 Stück verkauft; von einem großen Bremer Hause, welches sich verspekulirte, kaufte ich ca. 5 Millionen Zigarren mit 22 M. per 1000 Stück, die theilhaftig mit 40—42 M. von dem Hause verkauft wurden. — Verartige Posten kommen sehr oft vor und ich bin auch stets Abnehmer dafür gewesen und werde es auch bleiben, denn hieran hängt nicht der Schweiß der Arbeiter, sondern das verlorene Geld der großkapitalistischen Fabrikanten.

Zur Buchdruckerbewegung. Die Leipziger Buchdrucker haben in einer am 1. d. M. abgehaltenen von 2000 Personen besuchten Versammlung, zu der sich auch verschiedene Mitglieder der Tarifkommission eingefunden hatten, zu den Berliner Beschlüssen Stellung genommen. G. W. Leipzig und andere sprachen gegen, D. B. Berlin und A. B. Leipzig für eine Tarifgemeinschaft. Die Versammlung nahm eine Resolution an, die gegen die Beschlüsse der Gehilfenvertreter in Berlin protestirt, den Tarifentwurf für ein Attentat auf das Koalitionsrecht der Arbeiter bezeichnet, den Gehilfenvertreter wegen ihrer Verhalten tiefsten Bedauern ausdrückt und sie auffordert, ihre Mandate niederzulegen. Die Versammlung erklärte sich schließlich mit der Haltung des „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker“ ausdrücklich einverstanden.

Am 31. Mai fand in Essen eine stürmisch verlaufene Buchdrucker-Versammlung statt, die sich mit der „Tarifgemeinschaft“ beschäftigte. Der Delegirte des rheinisch-westfälischen Gaus zum Gehilfenausschuß, Herr B. v. Essen, trat für die Tarifabmachungen ein, fand aber fast einstimmigen, erregten Widerspruch. Alle Redner, mit Ausnahme von Brauch-Essen und Miro-Bielefeld, sprachen sich schärf gegen die Ueberwälzung des Gehilfenausschusses aus. Herr Miro-Bielefeld zitierte zur Bekräftigung seiner harmonisirenden Stellung den „Vorwärts“, von dem er behauptete, er (der „Vorwärts“) habe sich auch mit der „Tarifgemeinschaft“ einverstanden erklärt! (Lauter Widerspruch. Rufe: Beweise. „Vorwärts“ vorlesen!) Brauch-Essen beantragt, den Redakteur des „Correspondent“, G. W., abzusehen, da G. W. gegen die Tarifgemeinschaft sei. Hier nahm die Versammlung so unruhigen Charakter an, daß eine polizeiliche Auflösung bevorstand. In 14 Tagen soll eine weitere Beratung der Sache stattfinden.

Ganz im Stillen bereitet man in Leipzig eine Organisation der Eisenbahnarbeiter vor. Den Anstoß hierzu gab die Art und Weise, wie die neue preussische Eisenbahndirektion Halle sich ihrer sozialen Pflicht den Arbeitern gegenüber zu erlöbigen gedachte. Sie hatte einen Lohnetat aufgestellt, der eine Verschlechterung der Löhne der preussischen Eisenbahnarbeiter in Leipzig bezweckte. Der bisherige Mindestlohn sollte von 2,20 auf 2,10 M. pro Tag reduziert werden und der Höchstlohn von 2,50 M. pro Tag anstatt wie bisher in 10 Jahren, erst nach 15 Jahren erreicht werden. Demgegenüber war für die Eisenbahnarbeiter in Halle ein Mindestlohn von 2,20 M. und ein Höchstlohn von 2,60 M. vorgesehn. Am 25. April wandten sich deshalb 721 Eisenbahnarbeiter in Leipzig in einer Petition an die Eisenbahndirektion Halle und verlangten mit Rücksicht auf die unglücklichen Lebens-, Wohnungs- und Steuerverhältnisse in Leipzig eine Lohnerhöhung von 25 pCt. und einen Höchstlohn von 3 M. pro Tag. Vorläufig ist ihnen auf eine erneute energische Anfrage nun der Lohn vorläufig soweit erhöht worden, daß sie mit den Arbeitern in Halle gleichstehen. Die Lohnbewegung ist zur Schaffung einer Organisation benutzt worden und soll sich dieselbe über ganz Deutschland erstrecken, w. h. wenn sie nicht von der Behörde im Keime erdrückt wird. Diese Lohnbewegung ist auch ein Beweis, wie man bestrebt ist, die staatlichen Betriebe als „Musterbetriebe“ aufzubauen.

Die Glasergehilfen in Leipzig und im Umkreis streiken.

In dem Emaille-Werk von Püttmann u. Cie. in Schwelm ist ein partieller Streik der Brenner und Aussträger ausgebrochen. In der Fabrik sind ca. 200 Arbeiter beschäftigt. Die Aussträger haben die Geschirre mit der Emaille zu versehen und die Brenner besorgen das Einbrennen der Emaille so, daß die dauerhafteste Glasur zu stande kommt. Die Brenner haben fortwährend bei einer Hitze von 40 bis 45 Grad zu arbeiten. Die Firma bewilligte auch zunächst die Forderung der Brenner nach einer Lohnerhöhung, als dann aber die Aussträger ebenfalls wegen Lohnerhöhung vorstellig wurden, lehnte die Firma nicht nur diese ab, sondern wurde auch wortbrüchig den Brennern gegenüber, indem sie die ihnen zugewilligte Lohnaufbesserung wieder rückgängig machte. Daraufhin stellten die Aussträger und Brenner die Arbeit ein. Leider sind einige Arbeiter zu verzeichnen, welche sich an dem Streik nicht beteiligten.

Ueber den Streik der Tischler und Lackierer in Neu-Jensenburg wird uns berichtet: Am 26. Mai wurde auf der hiesigen Gewerbe-Kammer unter dem Vorsitz des Herrn Kreisrath Haas ein Einigungsversuch angestrebt, der jedoch zu keinem Vergleich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern führte. Nach einer Feststellung beträgt die Forderung der Gehilfen durchschnittlich 8 1/2 pCt., während die Arbeiter nur auf einzelne Möbel, die am wenigsten Absatz finden, 2 1/2 pCt. bewilligen wollten, dagegen auf die Massentafel angeblich nichts bewilligen können. Der Schiedspruch lautete dahin, daß eine 6 prozentige Lohnerhöhung für Akkordarbeit unbedingt erforderlich sei, sowie ein 10 prozentiger für Lackierer, der einen Wochenlohn von 18-20 M. beziehen. Aus dem Schiedspruch, der von dem Gewerbegericht einstimmig abgegeben wurde, ist klar ersichtlich, daß die Forderungen als gerecht anerkannt wurden.

Diesem Schiedspruch haben die Arbeitgeber abgelehnt und in ihrem prohenhaften Uebermuth beschlossen, ihre Arbeiter noch weitere 14 Tage auszusperren, d. h. innerhalb dieses Zeitraums ihre Fabriken überhaupt nicht zu öffnen. Vom Ausstand betroffen werden 135 organisierte Arbeiter, davon 80 verheiratete mit 250 Kindern. Wir richten deshalb an alle Kollegen die dringende Bitte, uns in unserem Kampfe zu unterstützen. Die Arbeiter werden nach wie vor treu im Kampfe ausharren. Vor allem aber bitten wir dringend, den Zugang streng fernzuhalten und uns materiell zur Seite zu stehen, dann muß der Sieg unser werden. — Briefe und Geldsendungen sind zu richten an den Vorsitzenden der Holzarbeiter der Zahlstelle Neu-Jensenburg, Jean Seel, Ludwigstr. 89.

Die Schmiede in Stuttgart haben über einen weiteren günstigen Verlauf ihrer Lohnbewegung zu melden, daß die Zahl der Streikenden auf 30 gesunken ist und weiter Bewilligungen in Aussicht stehen.

Die Lohnbewegung der Gannstatter Wassergehilfen ist zu deren Gunsten beendet. Die ursprünglich aufgestellten Forderungen wurden etwas reduziert und in dieser Form von sämtlichen Prinzipalen bewilligt.

Der Streik der Zimmerleute bei Ernst Kirchherr in Galm ist beendet zu Gunsten der Arbeiter.

Der Ausstand der Maurer in Köln endete mit einem Siege der Arbeiter.

Der Maurerstreik in Dortmund greift immer weiter um sich.

Die Maurer in Gonsenheim bei Mainz stehen vor dem Streik.

Die Maurer von Engans haben am Montag die Arbeit niedergelegt.

Zur Streikbewegung in München. Der Formierstreik in der Landes'schen Maschinenfabrik ist beendet. Die Betriebsleitung ließ sich zu nachstehenden Zugeständnissen herbei: Einführung des zehnstündigen an Stelle des bisher elfstündigen Arbeitstages in der ganzen Fabrik, 20 Pf. Lohnerhöhung pro Mann und Tag für alle im Betrieb beschäftigten Arbeiter, circa 300 Mann ausschließlich der Tagelöhner, welche jüngst um 10 Pf. pro Tag aufgebessert wurden, Einstellung sämtlicher 28 Streikenden, Einführung der geforderten Lohnzettel und Hintanhaltung jeglicher Maßregelung. Von den Büttchen befinden sich 400 Mann im Ausstand und erklärten sich sämtliche Ausständigen für die Weiterführung des Streiks. Ein Gerücht, als ob die Brauer infolge dieses Ausstandes gleichfalls die Arbeit niederlegen wollen, erklärt der Vorsitzende des Zentralverbandes der Brauer für unbegründet. Der Streik in der Penzberger'schen Büttchenfabrik dauert gleichfalls ungeschwächt fort. In einer Versammlung der Kempner, die am Sonntag tagte, berichtete die Lohnkommission, daß bisher 14 größere Firmen die Einführung der 9- bzw. 9 1/2 stündigen Arbeitszeit zugestanden haben. Die Versammlung beschloß sodann, am Montag den Unternehmern die Forderung einer 1 1/2 stündigen Mittagspause zu unterbreiten und die Ablehnung der Forderung durch Niederlegen der Arbeit zu beantworten.

Der Streik in der Schuhfabrik von B. G. S. r. b. u. Co. in Krefeld dauert fort. Ausständig sind noch 34 Mann

mit 70 Kindern. Die Streikenden appellieren an das Solidaritätsgefühl der Arbeiter und bitten, Zugang streng fernzuhalten.

Der Verein für kaufmännische Angestellte zu Frankfurt a. M., dessen Organ, die „Kaufmännische Presse“, Dr. Quard redigiert, soll aus dem Deutschen Verbande kaufmännischer Vereine ausgeschlossen werden. Ein Braunschweiger kaufmännischer Verein hat die Vorbereitung für diese Großthat in die Hand genommen. Aus der Begründung heben wir den folgenden Absatz hervor:

„Der Verein für kaufmännische Angestellte zu Frankfurt a. M.“ hat es sich überdies eingelassen, nach der Aufgabe gemacht, in den Reihen des deutschen Verbandes kaufmännischer Vereine Verwirrungen anzustiften und sich zum Vorkämpfer für diese seine Aufgabe den sozialdemokratischen Agitator Herrn Dr. Quard in Frankfurt a. M. als Vorstandsmitglied und besoldeten Redakteur seines Vereinsorgans „Die kaufmännische Presse“ erkoren.

Damit ist wieder einmal erwiesen, daß das Zusammengehen ernsthafter sozialpolitischer Vereine mit Harmonievereinen auf die Dauer unmöglich ist.

Die ausländigen Perlmutterdrehler in Wien haben beschlossen, den Streik vorderhand einzustellen und, so lange nicht genügende Bestellungen zu den neuen Löhnen vorliegen, drei Tage in der Woche bei neunstündiger Arbeitszeit zu arbeiten.

In Krakau streiken, wie uns eine Privatdepesche meldet, 2000 Biegelarbeiter. Unterstützungsgelder werden erbeten unter Adresse Franz Sulzewski, Redaktion des „Naprzod“ in Krakau.

Ueber die Streiks in Frankreich im Jahre 1895 veröffentlicht das amtliche Bulletin de l'Office du Travail eine Zusammenstellung. Danach fanden im Jahre 1895 in Frankreich 405 Streiks statt, die 45 801 Streikende (85 787 Männer, 6881 Frauen und 1688 junge Leute) aus 1258 Etablissements (darunter 85 Aktiengesellschaften mit 9689 Streikenden) betrafen. Für 405 Streiks ist das Ergebnis festgestellt: 28,81 pCt. endeten mit dem Erfolg der Arbeiter, 29,03 pCt. mit einem Vergleich und 48,16 pCt. gingen verloren. Die größte Zahl der Streiks betraf ein Etablissement allein, 80 betrafen 2-5 Etablissements, 20 umfaßten die Arbeiter von 6-10 Anlagen, 27 diejenigen von 11-25 und 8 dehnten sich gleichzeitig auf 26-30 Anlagen aus. 104 Ausstände dauerten nur einen Tag und weniger, 276 nur eine Woche und weniger. Die Forderung einer Lohnerhöhung oder Widerstand gegen eine Lohnherabsetzung sind auch im letzten Jahre die Hauptmotive zur Arbeitsniederlegung gewesen, nämlich bei 62,47 pCt. der Ausstände; dann kommen die Personalfragen (Wiedereinstellung Gemahregeltes, Forderung der Entlassung von Arbeitern und Aufsehern) als Streitanlässe bei 85 Ausständen. Wegen Verkürzung der Arbeitszeit wurde in 49 Fällen gestreikt, wobei in 14 Fällen eine Herabsetzung der Arbeitszeit von 12 auf 11 Stunden, in 8 Fällen von 11 auf 10 Stunden, in vier Fällen von 12 auf 10 Stunden erreicht wurde.

Aus Paris wird uns gemeldet: Der Kriegsminister verfügte die Herabsetzung des Lohnes in der Waffenfabrik von Puteaux um 10 bis 45 pCt. So ist das Kabinett Meline sein Programm-Versprechen ein, für die Verbesserung der Lage der Lohnarbeiter durch „praktische Reformen“ zu sorgen.

Am 4. Juni tritt in Paris der siebente Jahreskongress der Eisenbahnarbeiter zusammen. Die Tagesordnung enthält neben Statuten- und Organisationsfragen folgende Punkte: 1. Vorschläge zur Mobilisation des Eisenbahnpersonals im Kriegsfall; dadurch will man dem Gesellschaftsvertrag gegen das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter auch den Schein der Berechtigung nehmen. 2. Wiedereintritt in die Arbeitsbüchse. 3. Gewerkschaftliche Propaganda. 4. Altersversorgungskassen. 5. Generalstreik.

Versammlungen.

Von den Angestellten der Privatpost wird uns mitgeteilt, daß in unserem Versammlungsbericht in der gestrigen Nummer eine Unrichtigkeit Aufnahme fand. Die Angestellten erhalten nicht, wie irrtümlich berichtet wurde, im zweiten Jahre eine Gehaltserhöhung von 60 auf 70 M., sondern diese Vergünstigung sollte bereits im siebenten Monat eintreten. Es ist denn auch, wie weiter berichtet wird, am Montag früh den Angestellten auf Amt 2 im Beisein des Betriebsinspektors Klaus eröffnet worden, daß in betreff der Gehaltserhöhung ein Versehen obgewaltet hat und die betreffenden Beamten sofort die an ihrem Gehalt fehlenden 10 M. in Empfang nehmen können. Ob auf den anderen Ämtern das gleiche geschah, konnten wir bisher nicht ermitteln.

Im Verein der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen berichtete am 23. Mai Schöpke über den Verlauf des Streiks bei der Firma Wunsch u. Lange. Durch einen Vergleich wurde von der Firma den Arbeitern die neunstündige Arbeitszeit, Bezahlung der gesetzlichen Feiertage und ein Mindestlohn von

21,80 M. für Steinbrucker gewährt. Auf die Wiedereinstellung sämtlicher Arbeiter mußte verzichtet werden, dagegen fanden fünf von den Streikenden sofort Aufnahme. Hierauf gelangte eine spezialisierte Abrechnung vom Unterstützungsfonds zur Verlesung, die mit einem vorhandenen Bestand eine Einnahme von 1209,85 M. und eine Ausgabe von 620,70 M. aufweist. Auf Antrag wurde der Steinbrucker Jonas aus dem Verein ausgeschlossen.

Am Gärtner in Berlin und Umgegend wendet sich die Agitationskommission mit der Bitte, für die in nächster Zeit in Aussicht genommenen öffentlichen Versammlungen rege zu agitieren. Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß die Mitgliederversammlungen des Zentralvereins der Gärtner jeden Mittwoch nach dem ersten des Monats bei Faller, Ballaststr. 16, und jeden Mittwoch nach dem 15. des Monats bei Siegemund, Alexanderstr. 11, stattfinden.

Eine gut besuchte Versammlung der Zimmerleute für den Westen und Schöneberg tagte am 31. Mai bei Ost. Kaspar hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Das Handwerk im Zeichen des Fortschritts“. Im 3. Punkt der Tagesordnung „Verschiedenes“ wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heutige Versammlung schließt sich den im Feenpalast gefassten Beschlüssen voll und ganz an und verpflichtet sich den Neunstundentag und 55 Pf. Minimallohn hochzuhalten. Mit einem begeisternden Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung schloß die Versammlung.

Die Schlosser hielten beifällig Stellungnahme zum Neunstundentag am Montag eine gutbesuchte öffentliche Versammlung bei Gente ab. Besonders eingeladen waren die Schlosser der Firmen Semmler u. Weisberg, Platiner Nachfolger, Blume, Ernst Franke, Heinrich, Kahlberg und Schulz. Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter Otto Käthe hielt das einleitende Referat. Er schilderte in demselben den Entwicklungsgang der Technik der Metallindustrie, die Veränderung der Produktionsformen vom Kleinbetrieb zur Großproduktion mit all den Begleiterscheinungen, die naturgemäß mit der Lage der Arbeiter dieser Industrie in allgemeinen, wie die der Schlosser im besonderen ungünstig beeinflusst. Das Anwachsen der Zahl der ungelerten Arbeiter, die immer größere Spezialisierung der Arbeit hat auch das einst so ehrsame Schlosserhandwerk „auf den Hund gebracht“. Große Arbeitslosigkeit, wie im Winter 1892/94 mit 2000 Mann in Berlin, ließen die Reserve-Armees immer mehr anschwellen und erzeugen auch einen Druck auf die Löhne. Es käme durchaus nicht nur in vereinzelten Fällen vor, daß Berliner Schlosser 12 M. verdienen pro Woche. Nebner stellt die Versammlung vor die Frage, ob die Schlosser gewillt sind, die günstige Geschäftslage unbenutzt vorübergehen zu lassen oder ob sie wie die übrigen Branchen den Kampf für den Neunstundentag aufnehmen wollen. Auf die Aussperrung der Eisenarbeiter hinweisend, ermahnt Nebner, den gefassten Beschluß, 50 Pf. pro Woche zur Unterhaltung an den Streikfonds abzuliefern, strikte durchzuführen. Die Zeit, bis in den Kampf getreten werden könne, solle benutzt werden, um sich zu rüsten, d. h. zu organisieren und Werkstättenversammlungen abzuhalten. In der kurzen Diskussion ergänzt Pohl die Ausführungen Käthe's und ermahnt die Indifferenten zum Anschluß an die Organisation und zu regem Versammlungsbesuch. Beschlüsse wurden in dieser Versammlung noch nicht gefaßt. Im Verschiedenen wurden die Schlosser auf das am 18. Juni in der „Neuen Welt“ stattfindende Sommerfest der Metallarbeiter aufmerksam gemacht.

Die Tapezierer beschlossen in einer Versammlung, die am 1. Juni tagte, bei der Firma Wodenheim u. Meyer die Sperre aufzuheben, jedoch will man zu geeigneter Zeit sich wiederum mit der Firma beschäftigen. Der Streik als solcher wurde als im Sande verlaufen bezeichnet. Die Werkstätte konnte zum Teil besetzt werden, andererseits wurde den Firmeninhabern von ihren Auftraggebern Stundung der Lieferungen gewährt. Der Streik währte circa 4 Wochen; gegenwärtig sind noch 5 Mann ausständig. Diesen Verhandlungen voran ging ein recht interessanter Vortrag des Genossen Zubeil, in dem er in anschaulicher Weise die Begehrtheit der Agrarier kennzeichnete.

Arbeiter-Gildenschule. Mittwoch Abend von 8-10 Uhr: Süd-Ostschule, Waldemarstraße 14: Geschichte. (Neuere Geschichte von der Reformations bis zur Gegenwart mit besonderer Berücksichtigung der Entwicklung des Sozialismus und der politischen Parteien Deutschlands) Herr Dr. G. Sinn. — Nord-Ostschule, Wälderstraße 179a: Deutsch. (Literatur des neunzehnten Jahrhunderts. Aufsätze). Herr Heinrich Schulz. Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichhaltigen Lektürematerials schon von 8 Uhr an geöffnet.

Arbeiter-Fängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Finkenauerstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Mantelstr. 49, v. 2 Tr.

Arbeiter-Vaubund Berlins und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Otto Schulz, Rottebuserdamm 72.

Bund der geschulten Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Alle Buchschriften den Bund betreffend sind zu richten an: Hermann Jahn, Schönhauser Allee 177c.

Kaufmannschaft der Schleswig-Holsteiner in Berlin. Mittwoch, den 3. Juni 1895, abends 8 Uhr: Sitzung im Vereinslokal, Rottebunderdammstr. 10-11. Wichtige Tagesordnung. Geschäftsleit. sind willkommen.

Theater- und Vergnügungs-Verein „Seigeland“. Heute abends 8 Uhr: Sitzung. Besprechung über Sternfahrt am 21. d. M.

Warenhaus
A. Wertheim
Nur für 3
Tage gültig
Ausnahme-Preise

Weisse englische Battiste, glatt, Meter 45 u. 60 Pf.
„ **durchbrochene Stoffe 45 u. 60 Pf.**
„ **Stickerei-Roben für Damen 3,75, 4,50, 6 Mk.**
„ **für Kinder 1,75, 2,50 Mk.**
Seidene Foulards, bedruckt, Meter 80 Pf. u. 1,35 Mk.

Damen-Strohhüte 75 Pf.
elegante neue Formen, bisheriger Preis 1,40 bis 2 Mk.

Mittwoch Donnerstag Freitag. Damen-Lasting-Schuhe 1,65 Braune Salon-Schuhe 2,90
3. 4. 5. Juni. Schuhe Segeltuch-Schuhe 2,50 Braune Schnür-Schuhe 3,90
Die Sommer-Preisliste ist erschienen.
Sehnür-Schuhe, schwarz 4,25, schwarz u. braun 6 Mk.
Ziegenleder 6 Mk.
Vorsand-Abteilung Berlin W., Leipziger-Strasse 111.

Achtung! Achtung!
Volkerversammlung
 am Mittwoch, den 3. Juni, abends 8 Uhr,
 bei **Lips, Am Friedrichshain.**

Tages-Ordnung:
 1. Wahl einer Delegirten zum internationalen Kongress in London.
 2. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten August Bebel über: Bürgerliche Ehe und freie Liebe. 3. Diskussion.
 Zellerfassung findet statt.
 Um zahlreiches Erscheinen, besonders der Genossinnen, ersucht
 Die Einberuferin. Ottilie Baader.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 (Zahlstelle Berlin.)
Vertrauensmänner-Versammlungen

Heute, Mittwoch, den 3. Juni, abends 8 Uhr:
Süd-Westen: Lindenstr. 106 bei Zubeil.
Süd-Osten: Oranienstr. 180 im Lokal des Herrn Rautenberg.
Osten: Fruchtstr. 36a bei Herrn Thiel (oberer Saal).
Rosenthaler- und Schönhauser Vorstadt:
 Schönhauser Allee 28 bei Mörschel.
Wedding und Gesundbrunnen: Reibbergerstraße 23 bei Raabe.
Moabit: bei Holzbäcker, Churstr. 84.
 Tages-Ordnung:
 Besprechung von Lohn- und Arbeitsverhältnissen.
 Die Vertrauensmänner werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen, damit die Versammlungen zeitig geschlossen werden können.
 Die Ortverwaltung.

Achtung! Maurer. Achtung!

Am Donnerstag, den 4. Juni 1896, abends 8 1/2 Uhr:
Ordentliche Mitgliederversammlung
 des Vereins zur Wahrung der Interessen
 der **Maurer** Berlins u. Umg.
 im Lokale des Herrn Hoffmann, Alexanderstr. 27c.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Lohnbewegung der Berliner Maurer und wie ist dieselbe zur Durchführung zu bringen? 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom gemüthlichen Beisammensein. 4. Vereinsangelegenheiten.
 Die Mitglieder sind verpflichtet alle zu erscheinen. — Alle Maurer sind hierzu eingeladen. — Neue Mitglieder werden aufgenommen.
 Der Vorstand.

Achtung! Schlosser. Achtung!

Donnerstag, den 4. Juni, abends präzis 8 Uhr:
Öffentliche
Versammlung der Kunstschmiede und Schlosser
 im Lokale des Herrn Meier, Müllerstr. 7.
 Tages-Ordnung:
 1. Wie stellen wir uns zum Neunstundentag? Referent: Otto Kaeber. 28974
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Die Kollegen der nachfolgenden Firmen sind hierzu besonders eingeladen: Kammerich u. Co., Schulz u. Goldschmidt, Fabian, Zimmermann u. Buchloh, Hochader, Arnheim, Bretschneider u. Krüger in Bankow.
 Kollegen, es ist Pflicht eines jeden zu erscheinen, um hierdurch zu zeigen, daß auch wir endlich gewillt sind, unsere Lage zu verbessern.
 Der Vertrauensmann der Schlosser Berlins: Paul Quast, NO., Hochtstraße 4, Aufg. c. 3 Tr.

Donnerstag, den 4. Juni, abends 7 Uhr, bei Buske,
 Grenadierstraße 33:
Versammlung der Baudeputirten der Putzer Berl.

Tages-Ordnung: Bericht der Kommission. 1401
 Auf dem Bau-Grabenstraße 5 hat der Putzer Kamm genannt Fleisburger die innere Putzarbeit für 19 Pf. pro Meter übernommen. Dies zur Kenntniß der Kollegen.
 Die Lohnkommission der Putzer.

Das 100000 Lied vom Rhein.
Möbeltischlerei

ii. Lager compl. Wohnungseinrichtungen
 von den einfachsten bis zu den elegantesten in jeder Preislage in solider Ausführung zu den billigsten Preisen empfiehlt
 Julius Apelt, Tischlermeister, Skalitzerstr. 6.
 Eigene Werkstatt im Hause.

Krankenhaus- und Hotel-Einrichtungen

in massiv Eisen- und Gasrohr-Bettstellen, Stahldrahtmatratzen, Polstermatratzen etc. Grösste Leistungsfähigkeit. Preislisten und Kostenanschläge gratis und franko.
 R. Jaekel's Patent-Möbelfabrik
 Berlin SW., Markgrafenstr. 20, Ecke Kochstraße.

Ben Anaty Cigaretten sind die besten der Welt.

Martin Meyerstein
 Magazin für elegante Herren-Moden
 Berlin W., Friedrichstr. 72, zwischen Tauben- und Jägerstrasse.
 Fertige Anzüge in ersten Qualitäten und besser Arbeit von 30 Mark an.
 Anfertigung nach Maass stellt sich 8 Mark theurer.
 Die Firma besteht seit 1848.
 Ich bitte, um Verwechslungen zu verhüten, genau auf meine Firma zu achten. 52361.*

Unseren Freunden und Bekannten zeigen wir hiermit die glückliche Geburt eines Töchterchens an.
 Hermann Lesser und Frau, geb. Darmuth.
 Berlin NO., Landsberger Allee 8.

Allen Freunden, Bekannten und Kollegen die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater und Schwiegervater, der Ruher
Carl Steinicke
 nach langen, schweren Leiden am Montag, abends 6 1/2 Uhr, im Alter von 50 Jahren verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt. Die trauernden Hinterbliebenen.

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend. 293/6
Todes-Anzeige.
 Am Sonnabend, den 30. Mai, verstarb unser Mitglied, der Radler
Ernst Brahmfeld.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 3. Juni, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhause Friedrichshain, nach dem Begräbnisplatz der Freien Gemeinde in der Pappel-Allee, statt. Um rege Theilnahme ersucht.
 Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
 Hiermit allen Genossen die traurige Nachricht, daß der Drahtarbeiter, Genosse
Ernst Brahmfeld
 am 30. Mai im städtischen Krankenhause Friedrichshain an einer Bleivergiftung gestorben ist. In ihm verliert die Partei einen braven und thätigen Genossen.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 3. d. M., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des genannten Krankenhauses nach dem Friedhofe der Freireligiösen Gemeinde, Pappel-Allee, statt. Um rege Theilnahme ersucht.
 Die Vertrauenspersonen.

Todes-Anzeige.
 Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau Christiane, geb. Hindenberg, am 30. Mai, abends 9 1/4 Uhr, im 47. Lebensjahr nach kurzem aber schwerem Krankenlager in der Charité verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 3. Juni, nachm. 4 Uhr, von dort aus nach dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde statt. Heinrich Endrikatis nebst Kindern. 2090b

Warnung.
 Warne hiermit jedermann meiner Tochter Bertha auf meinem Namen etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme.
 Bernhard Passche, 2026b
 Galenlee, Westfälischestr. 55.

Für die mir am 1. Juni bewiesenen Aufmerksamkeit sage meinen Herren Kollegen und Mitarbeitern der Firma Firschmüller u. Großkopf, Schönleinstr. 3, meinen herzlichsten Dank.
 2023b
 J. Kolla,
 Werkführer u. Maschinenmeister.

Möbel-Ausverkauf,
 vortreffliche Gelegenheit für Brautleute. In meinem größten Möbelspeicher, Neue Königstr. 62, sollen ca. 200 Wohnungs-Einrichtungen, vortheilhaft gewasene und neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Durch sehr große, billige Gelegenheitskäufe ist es mir möglich, schon ganze Wirthschaften für 90, 100, 200 Mark abzugeben. Theilzahlung gestattet. Beantworte ohne Anzahlung. Kleiderständer 15 Mark, Kommoden, Küchenschränke 12, Aufbaum-Kleiderständer, Vertikowal 20 Mark, Wandschränke 25, Vertikowal mit Matrassen 18 Mark, Sophas 18, Säulenspendeln, Kleiderständer, hochselegant 26, Trümmel und Säulen und Kronleuchter 20, Herrenschreibtisch, Tischgarnituren 20 Mark, Pianos 75 Mark, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 6 Mark. Gekaufte Möbel können drei Monate kostenfrei auf meinem Kassenabrechnungsspeicher lagern, werden durch eigene Kasse transportirt, auch nach außerhalb. 4881.*

**Sophaplüsch-
 Reste**
 in glatt, gepreßt und gewebten Qualitäten, auch echt Friso und Moquet, enthaltend 6 bis 22 Meter, spottbillig! Muster franko!
 Abgepaßte Sattelstaschen sehr hochlegante billig.
 Emil Ledvra, Berlin S., Oranienstr. 158

Bur Frühjahrsaison
 verkaufe ich meine Schuhwaaren nach wie vor zu den bisherigen alten ausserordentlich billigen Preisen und zwar:
Herrenstiefel: von den einfachsten bis zu den elegantesten, nur bekannt gute Qualität
 M. 4,75, 5,50, 6,50, 7,75 u. s. w.
Damen-Zug-, Knöpf- und Schnürstiefel
 M. 4,50, 5,40, 6,30, 7,20 u. s. w.
Ball- u. Gesellschaftsschuhe, feinste Ausführung von M. 2,50 an.
 Ganz besonders mache ich auf mein sehr großes Lager von Einsegnungstiefeln zu aussergewöhnlich billigen Preisen aufmerksam. Versandt nur gegen Nachnahme oder vorherige Einzahlung des Betrages.
 Zuschriftliche Preislisten gratis und franko.
S. Selbiger, Schuhfabrik,
 Berlin NO., Landsbergerstr. 40, Ecke Lietzmannstrasse.

Fett ohne Schwarte zum Ausbraten
 à Pfund 40 Pfennige.
 Liefen à Pfund 45 Pfg.
 Geräuchert. Backenspeck " " 50 "
 do. Bauchspeck " " 60 "
 Preßwurst " " 45 "
 Poln. Bratwurst 1. Kochen, auch roh zu essen " " 70 "
 empfiehlt **F. Nietsch, Schlächtermeister,**
 Friedrichstr. 245 und Wilhelmstr. 109-110.
 Nach Auswärts
 sende Postpakete gegen Nachnahme.

Fritz Eiermann, Volks-Café u. Speisehaus,
 Rosenthalerstr. 60, Ecke Steinstr.
 Grösste Auswahl schmackhaft bereiteter Speisen; täglich 8 bis 10 Gerichte von 10-30 Pf. Bier 1/10 10 Pf., 2/10 20 Pf. aus der Brauerei Müggelschlässchen.

Deutscher Vortier.
 Dessert- u. Malzkrautbier 1. Ranges.
 Brauerei Burgalter, Potsdam, gegr. 1736, besond. f. Blutarum, Brustle., Weichl., Wösch., Refolv. u. d. leicht bestimm., nahrhaft. kräftigste Bier. — Ist blutbildend, besch. bei. Gesichtsfarbe u. Gewichtsanz. über- rasch. 14 Hl. drei 50 Hl. zehn Mt. exkl. In Geb. (1/4, 1/2, 3/4) s. Selbstlab. wesentl. billiger. Allein-Ver- sandt f. Berlin u. Provinz: Vortier- kellererei Ringler, Berlin, Brunnen- strasse 152. Nicht Flaschenzahl, Quali- tät entscheidet!

Zähne v. 2 M. ev. Theilz.
 Frau Olga Jacobson, Invalidenstr. 145.
Mühlenstraße 8,
 nahe Oberbaum, ist ein freundlicher Laden nebst Stube und Zubehör, für jedes Geschäft passend, billig zu vermieten. 52858*
 Schlafst. f. 2 H. Waldemarstr. 10a bei Winkelmann. 2029b
 Sof. findet Herr Schlafst. im Vorder- zimmer. Monat 6 M. Wollnerstr. 67, III L.

Arbeitsmarkt.
Achtung, Parquetbodenleger!
 Folgende Geschäfte haben unseren Tarif nicht bewilligt: Ende, Koch- strasse 50/51; Rosenfeld u. Cie., Mohren- strasse 11; Bendix Söhne, Andraastr. 92, und Vater, Steglitz, Schützenstr. 49.
 Zuzug ist fernzuhalten.
 Die Ortverwaltung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Herren-Hüte 65 Pf.
 Confirmanden u. bessere Hüte, enorm billig, verkauft das Fabrik-Komptoir 50511.*
Barnimstr. 45,
 Eröffnet bis 10 Uhr abends auch Sonntags.
Kastanien-Allee 101.

66. Resterhandlung. 66
 billig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an, bis zum feinsten Kammingart, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Paletotstoff, sowie zu Mänteln, Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide. [49918*
 Auf Wunsch alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge.
 66. Karle, Waldemarstrasse 66.
 Teleph. Amt IV. 1597.

Portièren
P=Restbestände=
 2 bis 8 Cbals, à 2,50, 3, 4, 6 bis 15 Mark.
 Probe-Chals bei näherer Angabe franco zu Diensten.
 mit Portièren-Ab- bildungen gr. u. fr.
**Teppich-
 Fabrik
 Emil Lefèvre,**
 Berlin S., Oranienstraße 158.

**Achtung! Buchdruckerei-Hilfs-
 arbeiter und Arbeiterinnen.**
 Bei folgenden Firmen sind unsere Forderungen noch nicht bewilligt: Blüxenstein, Ashelm, Baensch, Elsner, Gädick & Gallinck, Kempel & Co., Schenk, Boll, „Neueste Nachrichten“, Nauck, Klockow, Rosenthal, Alexan- drinenstraße, Stankiewicz, Guttenberg, Schönhauser Allee. 96/6
 Zuzug ist fernzuhalten!
 Die Kommission.

Gesucht!
 wird von einer leistungsfähigen Kleider- fabrik ein thätiger Vertreter für Lindenwald und Umgegend.
 Bewerber wollen ihre Adressen in der Expedition dieser Zeitung unter Kl.-F. niederlegen. 2082b

Verf. v. A. Doose, Liegnitzerstr. 15.
Plätterinnen 1963b
 auf Manschetten, Servietten und Um- legelagen finden dauernde Beschäfti- gung bei Felix Karpe, Blumenstr. 70.
 Gräbde Kartonnarbeiterinnen verl. Bedert, Schmidtstr. 15. 2024b

Erfahrene Monteur für Haus- telegraphen-Reparaturen und kleine Anlagen finden bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung. Kreuzbergstr. 7.
Giechmeister
 gesucht für eine Stearinferzen- fabrik zum baldigen Eintritt unter günstigen Bedingungen.
 Offerten unter Angabe der seitherigen Thätigkeit und Gehaltsansprüche be- fördern Daase u. S. u. Bogler H.-O., Berlin unter M. 2026.